

# STATISTISCHE MONATSHEFTE RHEINLAND-PFALZ

23. JAHRGANG

DEZEMBER 1970

**12**

INHALT

Seite

Rheinland Pfalz 1970 - Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung 257

Die „Kleine Kommunalwahl“ am 8. November 1970 272

Wohnungsmieten 1968 273

Spar- und Vermögensformen der privaten Haushalte  
Anfang 1970 277

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz 89\*

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes 95\*



HERAUSGEBER  
STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ BAD EMS



In Kürze erscheinen in der Reihe Statistik von Rheinland-Pfalz

## **BAND 210 DIE INDUSTRIE IN RHEINLAND - PFALZ 1969**

Ca. 200 Seiten, DIN A 4, Karton, DM 8,--

Der Band setzt die Reihe der jährlich erscheinenden Quellenbände mit den Ergebnissen aus der Industriestatistik fort. Er bringt einmal Angaben aus der monatlichen Industriebericht-erstattung über Beschäftigte, geleistete Arbeiterstunden, Lohn- und Gehaltssumme, Umsatz (In- und Auslandsumsatz), Energieverbrauch sowie der industriellen Produktion, zum ande-ren aus der vierteljährlichen Produktionsstatistik die Produktion ausgewählter Erzeugnisse sowie aus der jährlichen Totalerhebung Daten zur Größenklassenstruktur und regionalen Verteilung der Betriebe. Außerdem werden die Ergebnisse der Unternehmens- und Investi-tionserhebung 1968 dargestellt.

## **BAND 206 DIE VIEHWIRTSCHAFT IN RHEINLAND - PFALZ 1969**

94 Seiten, DIN A 4, Karton, DM 5,--

Die Veröffentlichung gibt einen detaillierten Überblick über Stand und Entwicklung der Pro-duktionsvoraussetzungen und -leistungen im Bereich der für die Nahrungsmittelerzeugung mehr und mehr an Bedeutung gewinnenden tierischen Veredelungswirtschaft. Sie informiert darüber hinaus auch über die im Zuge der allgemeinen Entwicklung in der Landwirtschaft speziell auf diesem Sektor eingetretenen tiefgreifenden Veränderungen der Haltungs- und Betriebsgrößenstruktur und deutet damit künftige Entwicklungstendenzen an. Ferner ergeben sich aus den sachlich und zum Teil auch regional tief gegliederten Daten Hinweise auf die Marktleistung dieses Produktionszweiges und schließlich auch auf den im Hinblick auf die Verwertbarkeit der Fleischerzeugung bedeutsamen Gesundheitszustand der Schlachttiere. Das in dem Band zusammengestellte, textlich erläuterte und durch graphische Darstellungen veranschaulichte Zahlenmaterial basiert auf einer Reihe statistischer Einzelerhebungen, nämlich der allgemeinen Viehzählungen, den repräsentativen Viehzwischenzählungen sowie der Milch-, Molkerei-, Schlachtungs-, Schlachtgewichts-, Geflügel- und Fleischbeschau-statistik.

### **Zeichenerklärungen**

- = nichts vorhanden	$\phi$ = Durchschnitt
0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit	p = vorläufige Angabe
· = kein Nachweis vorhanden/Angabe nicht möglich	r = berichtigte Angabe
... = Angabe fällt später an	s = geschätzte Angabe
( ) = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist	

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 - 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.

STATISTISCHE MONATSHEFTE RHEINLAND-PFALZ \* 1.-8. Jahrgang 1948-1955 unter dem Titel Wirtschaftszahlen Rheinland-Pfalz; 9. und 10. Jahrgang 1956 und 1957 unter dem Titel Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz \* Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz - Satz: Druckerei Gebrüder Wester, Andernach - Druck: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz - Bezugspreis: Einzelheft DM 2,- Jahresabonnement DM 20,- zuzüglich Zustellgebühr - Bestellungen direkt beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, 5427 Bad Ems, Mainzer Straße 15/16, Fernruf (0 26 03) \*20 91, oder durch den Buchhandel - Nachdruck mit Quellenangabe bei Einsenden eines Belegexemplares gestattet.



# STATISTISCHE MONATSHEFTE RHEINLAND-PFALZ

23. Jahrgang

1970



HERAUSGEBER  
STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ BAD EMS

# Systematisches Inhaltsverzeichnis

## des Textteils der Statistischen Monatshefte Rheinland-Pfalz

23. Jahrgang 1970

	Heft	Seite
<b>Bevölkerung und Erwerbstätigkeit</b>		
Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung am 27. Mai 1970 . . . . .	5	93
Natürliche Bevölkerungsbewegung 1968 . . . . .	1	8
Natürliche Bevölkerungsbewegung 1969 . . . . .	10	222
Wanderungen im Jahre 1969 . . . . .	10	218
Erwerbstätigkeit im April 1969 . . . . .	4	86
 <b>Gesundheitswesen</b>		
Erkrankungen an Tuberkulose 1968 . . . . .	1	16
Meldepflichtige Krankheiten im Jahre 1969 . . . . .	2	41
 <b>Unterricht und Bildung</b>		
Volksschulen im Schuljahr 1969/70 . . . . .	7	141
 <b>Wahlen</b>		
Die „Kleine Kommunalwahl“ am 8. 11. 1970 . . . . .	12	272
 <b>Land- und Forstwirtschaft</b>		
Größenstruktur der landwirtschaftlichen Betriebe 1969 . . . . .	1	6
Landwirtschaftliche Betriebe und Bodennutzung in den neuen kreisfreien Städten und Landkreisen 1969 . . . . .	2	26
Bodennutzung im Jahre 1970 . . . . .	11	243
Ernteaussichten für 1970 . . . . .	8	159
Ernte von Feldfrüchten und Futterpflanzen 1969 . . . . .	1	1
Wein-, Obst- und Gemüseernte 1969 . . . . .	2	31
Nutzviehhaltung im Jahre 1969 . . . . .	2	36
Struktur der Milchkuhhaltung 1969 . . . . .	7	154
Struktur der Schweinehaltung 1969 . . . . .	8	163
Struktur der Zuchtsauenhaltung 1969 . . . . .	9	202
Struktur der Hennenhaltung 1969 . . . . .	10	227
Schlacht tier- und Fleischschau 1969 . . . . .	7	152
Erzeugung von Milch, Fleisch und Eiern 1969 . . . . .	5	114
 <b>Industrie und Handwerk</b>		
Rheinland-Pfalz 1970 - Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung - . . . . .	12	257
Die Industriestruktur in den kreisfreien Städten und Landkreisen . . . . .	10	205
Die Bedeutung der rheinland-pfälzischen Industrie im Bundesgebiet . . . . .	9	189
Die Industrie im Jahre 1969 . . . . .	4	74
Investitionen im produzierenden Gewerbe 1968 . . . . .	3	54
Struktur und Entwicklung des Handwerks in den neuen kreisfreien Städten und Landkreisen 1962 bis 1969 . . . . .	5	103



<b>Bau- und Wohnungswesen</b>	Heft	Seite
Struktur und Entwicklung der Bauwirtschaft in den neuen kreisfreien Städten und Landkreisen 1967 bis 1969 . . . . .	2	21
Die Struktur des Bauhauptgewerbes in den kreisfreien Städten und Landkreisen . . . .	11	237
Die Bauwirtschaft im Jahre 1969 . . . . .	3	59
Gebäude und Wohnungen 1968 . . . . .	5	101
Gebäude, Wohnungen und Wohnparteien 1968 . . . . .	6	128
Wohnungsmieten 1968 . . . . .	12	273
Hochbautätigkeit im Jahre 1969 . . . . .	8	165
Struktur und Finanzierung von Sozialwohnungen 1969 . . . . .	8	172
Tiefbauaufträge der öffentlichen Hand 1969 . . . . .	8	175
Der Baulandmarkt 1969 . . . . .	9	194
Wohngeldgewährung im Jahre 1969 . . . . .	10	212
 <b>Handel und Gastgewerbe</b>		
Die Ausfuhr im Jahre 1969 . . . . .	4	89
Unternehmensstruktur im Handel und Gastgewerbe 1968 . . . . .	9	183
Umsatz und Beschäftigte im Einzelhandel 1969 . . . . .	7	147
Gastgewerbe und Fremdenverkehr 1969 . . . . .	5	108
 <b>Verkehr</b>		
Die Binnenschifffahrt 1965 bis 1969 . . . . .	3	66
Personenbeförderung mit öffentlichen Straßenverkehrsmitteln 1969 . . . . .	6	131
Straßenverkehrsunfälle im Jahre 1969 . . . . .	6	136
Ursachen, Orte und Schwerpunkte von Straßenverkehrsunfällen 1969 . . . . .	11	247
 <b>Öffentliche Sozialleistungen</b>		
Empfänger von Sozialhilfe 1968 . . . . .	1	12
Empfänger von Sozialhilfe 1969 . . . . .	9	198
Aufwand der Sozialhilfe 1969 . . . . .	6	120
Kriegsopferfürsorge im Jahre 1969 . . . . .	7	144
Öffentliche Jugendhilfe 1969 . . . . .	8	178
Wohngeldgewährung im Jahre 1969 . . . . .	10	212
 <b>Öffentliche Finanzen</b>		
Steuereinnahmen im Jahre 1969 . . . . .	4	71
Die Erschaftsbesteuerung 1967 bis 1969 . . . . .	11	229
Personal im öffentlichen Dienst 1969 . . . . .	3	45
Strukturmerkmale der öffentlich Bediensteten 1968 . . . . .	6	123
 <b>Löhne und Gehälter</b>		
Löhne, Gehälter und Arbeitszeiten 1969 . . . . .	3	49
 <b>Versorgung und Verbrauch</b>		
Einkommensverhältnisse der privaten Haushalte im Oktober 1969 . . . . .	6	117
Spar- und Vermögensformen der privaten Haushalte 1970 . . . . .	12	279
 <b>Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen</b>		
Rheinland-Pfalz 1970 - Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung - . . . . .	12	257
Das Sozialprodukt im Jahre 1969 . . . . .	5	97
Bruttoinlandsprodukt je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung in den neuen kreisfreien Städten und Landkreisen 1961 bis 1966 . . . . .	4	82



## STATISTISCHE MONATSHEFTE RHEINLAND-PFALZ

Jg. 1 - 8, 1948-1955 unter dem Titel: Wirtschaftszahlen Rheinland-Pfalz

Jg. 9-10, 1956-1957 unter dem Titel: Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz

Anstelle der sonst üblichen Kreisübersichten wurde im November 1970 der Statistische Bericht

A-P O/VV 1970-5 lose beigelegt

### Zeichenerklärungen

- = nichts vorhanden	$\phi$ = Durchschnitt
0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit	p = vorläufige Angabe
· = kein Nachweis vorhanden/Angabe nicht möglich	r = berichtigte Angabe
... = Angabe fällt später an	s = geschätzte Angabe
( ) = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist	

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 - 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.

Nachdruck mit Quellenangabe bei Einsendung eines Belegexemplars gestattet



# *Für den eiligen Leser*

## **Rheinland-Pfalz 1970**

Seite 257

Im zu Ende gehenden Jahr konnte die rheinland-pfälzische Wirtschaft den sehr kräftigen nominalen Zuwachs des Vorjahres von rund 12 % wiederholen. Die Expansion wurde allerdings in verstärktem Maße von Preissteigerungen bestimmt, so daß sie real nur etwa halb so hoch anzusetzen ist. Hauptträger der wirtschaftlichen Entfaltung waren neben dem produzierenden Gewerbe die Dienstleistungen. Durch den Engpaß auf dem Arbeitsmarkt herrschte in nahezu allen Wirtschaftszweigen akuter Personalmangel, der durch Gastarbeiter nur zum Teil kompensiert werden konnte. Trotz stagnierender Beschäftigung buchte die gewerbliche Wirtschaft — einzelne Branchen sogar beachtliche — Umsatzzunahmen, die freilich wegen durchweg höherer Preise und Löhne nur partiell auf effektiven Produktionsvergrößerungen beruhen. Im Außenhandel hat die im Herbst 1969 erfolgte DM-Aufwertung zu der erwarteten Verlangsamung des Wachstums geführt. Die an das Steueraufkommen gestellten Erwartungen wurden nicht erfüllt, denn das kassenmäßige Aufkommen aus Bundes- und Landessteuern dürfte nur um etwa 8 % über dem des Vorjahres liegen.

## **Kleine Kommunalwahl am 8. 11. 1970**

Seite 272

Im Zuge der territorialen Verwaltungsreform fanden am 8. 11. 1970 im nördlichen Landesteil Kommunalwahlen statt. Die CDU erhielt bei den sechs Kreistagswahlen im Durchschnitt 60,5% (+ 3,5 Punkte), bei den Gemeinderatswahlen in 34 Städten und Gemeinden 43,5% (+ 6,6) und bei den Wahlen für 68 Verbandsgemeindevertretungen 52,7%. Die entsprechenden Zahlen für die SPD sind: 31,0% (+ 0,6), 42,5% (+ 2,7) und 30,4%.

## **Wohnungsmieten 1968**

Seite 273

Zum 25. Oktober 1968 wurde für Mietwohnungen eine durchschnittliche Quadratmetermiete von 2,12 DM ermittelt. Dieser Betrag repräsentiert eine Schwankungsbreite zwischen 1,71 DM für Altbauwohnungen, die bis 1918 errichtet wurden, und 2,63 DM für freifinanzierte Neubauwohnungen aus der Zeit nach 1948. Für Mietwohnungen der höchsten Komfortstufe, das heißt mit Bad, WC und Sammelheizung, mußten im Durchschnitt 2,79 DM je qm Wohnfläche bezahlt werden. In der gleichen Ausstattungsstufe errechnen sich für Altbauwohnungen Belastungen von 2,27 DM (Baujahr bis 1918) und 2,33 DM (Baujahr 1919 bis 1948), für Neubauwohnungen von 3,02 DM je qm. Bei Wohnungen, die zwar ein WC, aber kein Bad besitzen, sinkt die Mietbelastung auf 1,68 DM je qm Wohnfläche.

## **Spar- und Vermögensformen 1970**

Seite 277

Aus den Anfang 1970 durchgeführten Schlußinterviews zur Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1969 geht hervor, daß 90% aller Haushalte ein Sparbuch besaßen, die Beamten- und Angestelltenhaushalte sogar zu 96 bzw. 95%, die Haushalte von Nichterwerbstätigen dagegen nur zu 82%. Wertpapiersparen, d. h. Kapitalanlage in Form von Aktien, Rentenwerten und Investmentzertifikaten, wurde bei nur 17% der Haushalte nachgewiesen, wobei solche von Selbständigen auf 31%, von Arbeitern auf nur 7% kamen. Beamten- und



Angestelltenhaushalte besaßen zu 22 und 25% solche Wertpapiere. Bausparverträge hatten 27% der Haushalte abgeschlossen (Bundesgebiet: 21%). Hier hielten die Haushalte von Selbständigen mit 44% die Spitze. Sehr verbreitet war das Versicherungssparen, denn 76% aller Haushalte hatten Lebens-, Sterbe-, Aussteuer- oder Ausbildungsversicherungen. Bei den Selbständigenhaushalten betrug der Satz sogar 87%.

## *Kurz und aktuell*

### **Volks- und Sonderschulen 1970/71**

Zu Beginn des Schuljahres 1970/71 bestanden in unserem Lande 2 020 Volksschulen mit 426 800 Schülern und 135 Sonderschulen, die von 12 600 Kindern besucht wurden. An den Volksschulen unterrichteten 13 749 Lehrkräfte, so daß auf einen Lehrer 31 Schüler entfielen (Sonderschulen 12,8). Gegenüber 1969/70 sank die Zahl der Volksschulen, vor allem bedingt durch Schulzusammenlegungen, um 448, die der Sonderschulen nahm dagegen um 10 zu. 9 500 Volksschüler und 763 Sonderschüler wurden zu Beginn des Schuljahres 1970/71 mehr gezählt als ein Jahr zuvor. Eine relativ stärkere Zunahme verzeichnete die Zahl der Lehrer, so daß sich das Zahlenverhältnis von Schülern zu Lehrern um 0,6 bzw. 1,1 Punkte verbesserte.

### **Binnenschiffe 1970**

Am 1. Januar 1970 umfaßte die rheinland-pfälzische Binnenflotte 356 Güterschiffe mit einer Gesamttragfähigkeit von 271 202 t und einer Maschinenleistung der Güterschiffe mit eigener Triebkraft von 112 671 PS. Außerdem verfügte sie zu diesem Zeitpunkt über 59 Schlepper sowie über 66 Fahrgastschiffe. Damit setzte sich die in den letzten Jahren zu beobachtende Verkleinerung des Schiffsbestands 1969 weiter fort. In der Baualtersstruktur der Schiffe war nur eine geringe Verbesserung zu beobachten. Der Anteil der Partikulierschiffe an der Gesamtzahl der Güterschiffe blieb mit rund 54 % etwa konstant.

### **Gemeindefinanzen im I. bis III. Quartal 1970**

In den ersten drei Quartalen des Jahres 1970 beliefen sich die gemeindlichen Steuereinnahmen auf 664 Mill. DM. Während von 1968 zu 1969 eine erheblich höhere Steigerung erzielt wurde, betrug die Zunahme von Januar bis September 1970 nur 2,7 % gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum. Beeinflußt wurde diese Entwicklung im wesentlichen dadurch, daß insbesondere die kleineren Gemeinden — im Hinblick auf das Gemeindefinanzreformgesetz, welches ab 1970 eine Gewerbesteuerumlage vorsieht — die Einziehung dieser Steuer im letzten Quartal 1969 intensiver betrieben. Das Aufkommen an Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (vor Abzug der Gewerbesteuerumlage) lag daher in den ersten drei Quartalen 1970 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum mit 413 Mill. DM um 6 % niedriger.

Die abgeführte Gewerbesteuerumlage der Gemeinden erreichte von Januar bis September insgesamt 109 Mill. DM, der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer jedoch 143 Mill. DM, was den Gemeinden einen Überschuß von 34 Mill. DM einbrachte.



# STATISTISCHE MONATSHEFTE

## RHEINLAND-PFALZ

23. Jahrgang

Heft 12

Dezember 1970

### Rheinland-Pfalz 1970 - Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung

Im Interesse einer möglichst aktuellen Berichterstattung werden bereits zum jetzigen Zeitpunkt erste Ergebnisse für das zu Ende gehende Jahr veröffentlicht. Dabei handelt es sich zum überwiegenden Teil um Ergebnisse aus monatlichen und vierteljährlichen Statistiken der Monate Januar bis Oktober bzw. September, die auf das volle Jahresergebnis geschätzt wurden und somit von dem späteren Gesamtergebnis leicht abweichen können. Es wurden alle bis Redaktionsschluß (Ende November) vorliegenden Daten mit einbezogen. Im allgemeinen wurde bei der Hochrechnung davon ausgegangen, daß die in den ersten drei Quartalen des Jahres zu beobachtende starke Anspannung der Konjunktur, insbesondere von der preislichen Seite her, in den letzten drei Monaten etwas nachlassen dürfte. Stichtagsergebnisse sind auf den entsprechenden Vorjahresstichtag bezogen. Wenn es erforderlich schien, insbesondere bei Strukturdaten, die sich erfahrungsgemäß kurzfristig nur wenig ändern, wurden als Vergleichsdaten auch solche von früheren Jahren gewählt. Bei Bundesergebnissen, die durchweg dem „Statistischen Wochendienst“<sup>1)</sup> entnommen sind, wurde auf eine Hochrechnung verzichtet.

#### Nominales Wirtschaftswachstum ungebrochen

Das zu Ende gehende Jahr stand, volkswirtschaftlich gesehen, im Zeichen einer Hochkonjunktur, die im ersten Halbjahr in vielen Wirtschaftszweigen sogar die bereits sehr starken Zuwachsraten des entsprechenden Vorjahreszeitraums noch übertraf. Erst im Herbst machten sich gewisse Entspannungstendenzen bemerkbar, die sich zum Jahresende hin verstärkten. Nach den bis jetzt vorliegenden Indikatoren konnte die rheinland-pfälzische Wirtschaft im Jahre 1970 mit einer erneut sehr hohen nominalen Zuwachsrate des Sozialprodukts von rund 12% das wirtschaftliche Wachstum des Vorjahres wiederholen und entspricht damit der Entwicklung im Bundesgebiet. Das Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen wird sich auf knapp 35 Mrd. DM beziffern. Hauptträger des wirtschaftlichen Wachstums war diesmal neben dem produzierenden Gewerbe, das seinen Beitrag wie im Vorjahr um rund 14 % zu steigern vermochte, der lohnintensive Bereich Dienstleistungen, der eine Zuwachsrate von 13% erreichte, während Handel und Verkehr mit + 9% etwas unter dem Durchschnitt blieben. Die nominale Zuwachsrate der Land- und Forstwirtschaft konnte, nicht zuletzt infolge der allgemeinen Preisrückgänge bei landwirtschaftlichen

Produkten, mit den übrigen Wirtschaftsbereichen nicht Schritt halten. Hierbei ist anzumerken, daß die Wachstumsraten der Wirtschaftsbereiche um durchschnittlich 1 Prozentpunkt überhöht sind. Der Mehrbetrag bei der Gliederung nach Wirtschaftsbereichen besteht aus der Differenz zwischen dem Vorsteuerabzug an Umsatzsteuer auf Investitionen und der Investitionssteuer gemäß § 30 UStG.

Anders als in früheren Jahren war allerdings das nominale Wachstum diesmal in verstärktem Maße von Preissteigerungen getragen, so daß die realen Zuwachsraten wesentlich geringer ausfallen. Auf Landesebene ist eine Berechnung des Sozialprodukts in konstanten Preisen zum jetzigen Zeitpunkt zwar nur mit Einschränkungen möglich, doch treten erfahrungsgemäß in der Preisentwicklung der einzelnen Wirtschaftsbereiche zwischen den Bundesländern keine allzu großen Differenzen auf, so daß von der Bundesentwicklung durchaus auf die Regionaldaten geschlossen werden kann. Im gesamten Bundesgebiet ist das Bruttosozialprodukt im ersten Halbjahr 1970 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in jeweiligen Preisen um 13,2% gestiegen, während sich gleichzeitig das reale Wachstum auf + 5,4% stellt. Hieraus resultiert eine Preissteigerung des Sozialprodukts von 7,3%, die sich im zweiten Halbjahr nach dem „Jahresgutachten 1970 des Sachverständigenrates zur

Sozialprodukt

Berichtsmerkmal	Einheit	1970	Veränderung zum Vorjahr in %	
			1969	1970
Rheinland-Pfalz				
Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen	Mrd. DM	34,8	12,2	12
Produzierendes Gewerbe	"	20,4	14,4	14
Handel und Verkehr	"	5,0	8,9	9
Dienstleistungen	"	8,4	11,4	13
BIP je Einwohner	DM	9 500	11,5	11
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1962	Mrd. DM	27,5	8,4	6
Bundesgebiet (1970 1. Halbjahr)				
Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen	Mrd. DM	319,0	11,8	13,2
in Preisen von 1962	"	250,7	8,0	5,4
Preisindex des Bruttosozial- produkts	1962=100	127,2	3,5	7,3

Jahresergebnisse 1970 in allen Übersichten vorläufige Zahlen.

<sup>1)</sup> Statistischer Wochendienst. Herausgeber Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, Jg. 1970, Heft 1 bis 47.



Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ sogar noch geringfügig auf + 7,5% gesteigert hat. Für das gesamte Jahr 1970 nimmt der Sachverständigenrat ein nominales Wachstum von 12,5%, ein reales von + 5,0% und einen Preisniveauanstieg des Bruttosozialprodukts von + 7,5% an.

Der die Preisentwicklung aller erstellten Güter und erbrachten Dienstleistungen ausdrückende *Preisindex des Sozialprodukts* darf nicht mit den später zu behandelnden Indizes der Lebenshaltung oder der Einzelhandelspreise verwechselt werden, die einen wesentlich geringeren Preisanstieg ausweisen. Der Preisindex des Sozialprodukts zeigt relativ große Abweichungen zwischen den einzelnen Wirtschaftsbereichen. Während er im produzierenden Gewerbe im Bundesgebiet im ersten Halbjahr rund 7% ausmachte, stellte er sich im Handel und Verkehr auf rund 4%, in den gewerblichen Dienstleistungen auf 9%, bei Staat, privaten Haushalten und privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter sogar auf fast 14%. Besonders stark haben sich mit + 17,5% die Bauinvestitionen verteuert, die ebenso im Gesamtpreisindex des Sozialprodukts enthalten sind wie die Waren und Dienstleistungen des privaten Verbrauchs, die im gleichen Zeitraum im Durchschnitt um 3,5% teurer wurden. Für die letztgenannten unterstellt der Sachverständigenrat im zweiten Halbjahr 1970 einen Zuwachs um 4,0%. In Rheinland-Pfalz ist unter Berücksichtigung dieser Relationen mit einem *realen Wachstum* des Bruttoinlandsprodukts im Jahre 1970 um rund 6% zu rechnen.

**An jedem dritten Arbeitsplatz eine Frau**

Die Bevölkerungszahl, als wichtigste Komponente für die Bestimmung des Arbeitskräftepotentials, hat in Rheinland-Pfalz von Mitte 1969 bis Mitte 1970 um etwas weniger als 1% auf rund 3,69 Mill. zugenommen. Die männlichen Einwohner sind, hauptsächlich wohl infolge vermehrter Zuwanderung von ausländischen Gastarbeitern, zahlenmäßig stärker angewachsen als die weibliche Wohnbevölkerung.

Von den Einwohnern des Landes waren im April des Jahres 1,51 Mill. erwerbstätig. Daraus ergibt sich eine Erwerbsquote, das ist der Anteil der Erwerbspersonen an der Wohnbevölkerung, von 42%, die gegenüber April 1969 erneut geringfügig abgenommen hat. Vor 20 Jahren war beinahe die Hälfte

aller Rheinland-Pfälzer erwerbstätig. Ein großer Unterschied besteht weiterhin zwischen den Erwerbsquoten von Frauen und Männern. Während von 100 Männern 56 einer wirtschaftlichen Tätigkeit nachgingen, waren es bei den Frauen im April dieses Jahres nur 29. An jedem dritten Arbeitsplatz stand somit eine Frau. Erfahrungsgemäß unterliegt die Struktur der Erwerbspersonen kurzfristig keinen großen Änderungen, trendmäßig deuten sich jedoch auch 1970 einige Strukturwandlungen an. Durch das weitere Hineinwachsen der geburtenstarken Jahrgänge Mitte der 50er Jahre in das Berufsleben hat sich die Altersstruktur etwas zugunsten der jüngeren Erwerbstätigen verlagert. In der Fluktuation zwischen den Wirtschaftszweigen ist in den letzten Jahren eindeutig ein Zug von der Landwirtschaft weg zum produzierenden Gewerbe, zu Handel und Verkehr und zum Dienstleistungsbereich festzustellen. In der Land- und Forstwirtschaft waren am 1. April 1970 nur noch 14% aller Erwerbspersonen tätig. 20 Jahre zuvor hatte ihr Anteil 36% ausgemacht, gerade soviel wie derjenige des produzierenden Gewerbes, das in diesen 20 Jahren, insbesondere in der ersten Dekade, seinen Anteil auf 44% zu steigern vermochte. In noch stärkerem Umfange profitierten, insbesondere in den letzten zehn Jahren, die Dienstleistungen von der Abwanderung landwirtschaftlicher Arbeitskräfte; ihr Anteil ist von 15% auf 26% angewachsen. Handel und Verkehr hatten bei jetzt 16% nur eine geringe Zunahme in ihrer Bedeutung für die Erwerbstätigkeit der Bevölkerung. Seit April 1969 ist die Quote der land- und forstwirtschaftlichen Erwerbstätigen um weitere 2 Prozentpunkte zurückgegangen. Das produzierende Gewerbe sowie Handel und Verkehr konnten ihre Anteile konstant halten, während der des Dienstleistungsbereichs erneut um 2 Punkte angestiegen ist.

**Arbeitsmarkt zeigt Entspannungstendenzen**

Die zugespitzte Situation auf dem Arbeitsmarkt hat sich zum Jahresende hin gegenüber 1969 etwas entspannt. Es läßt sich allerdings nicht mit Bestimmtheit quantifizieren, in welchem Ausmaß dies konjunkturelle Auswirkungen sind, denn erfahrungsgemäß beeinflussen gerade zu Herbstbeginn auch saisonale Gegebenheiten den Arbeitsmarkt. Nach den Unterlagen des Landesarbeitsamtes Rheinland-Pfalz-Saarland liegt die Zahl der *Arbeitslosen* Ende September dieses Jahres mit 5 141 etwas über dem Vorjahresstand (4 543), und gleichzeitig reduzierte sich die Zahl der *offenen Stellen* um rund 4% auf 33 798. Während bei den Arbeitslosen Männer und Frauen etwa gleich stark vertreten sind, dominieren bei den offenen Stellen in sehr starkem Maße diejenigen für Männer. Als *Arbeits-suchende* sind beim Landesarbeitsamt 11 748 Personen registriert, davon über die Hälfte Frauen. Somit kommen auf einen Arbeitslosen fast 7 offene Stellen, auf einen Arbeitssuchenden nahezu 3. Wegen der wesentlich höheren Zahl freier Arbeitsplätze für Männer zeigen diese Relationen erhebliche Unterschiede für Männer und Frauen. Einem männlichen Arbeitslosen stehen durchschnittlich nahezu 9 Stellenangebote zur Auswahl, einer arbeitslosen Frau dagegen nur halb so viel. Für Arbeitssuchende

Erwerbstätigkeit im April 1970

Berichtsmerkmal	Einheit	1970	Veränderung zum Vorjahr in %	
			1969	1970
Erwerbstätige	1 000	1 508	- 0,7	- 2,7
Land- und Forstwirtschaft	"	206	- 7,3	- 18,9
Produzierendes Gewerbe	"	668	2,1	- 1,0
Handel und Verkehr	"	244	- 4,3	-
Dienstleistungen	"	390	1,6	3,4
Männer	"	957	- 0,4	- 2,3
Frauen	"	551	- 1,4	- 3,2
Erwerbsquote	%	42	- 1	- 1
Männer	%	56	- 1	- 2
Frauen	%	29	- 1	- 1



Berichtsmerkmal	Einheit	1970	Veränderung zum Vorjahr in %	
			1969	1970
Arbeitslose	Anzahl	5 141	- 39,4	13,2
Männer	"	2 473	- 48,4	- 3,5
Frauen	"	2 668	- 21,7	34,7
Offene Stellen	"	33 798	42,7	- 3,9
für Männer	"	21 952	50,6	0,4
für Frauen	"	11 846	31,4	- 10,9
Beschäftigte Gastarbeiter	"	61 989	35,6	33,2
Italiener	"	13 876	13,9	13,6
Jugoslawen	"	11 234	112,7	76,4

ergeben sich über 4 freie Plätze für Männer und nicht ganz 2 für Frauen.

Besonders angespannt war die Arbeitslage 1970 bei den *Berufen des Baugewerbes*. Hier kommen auf einen Arbeitslosen 48 offene Stellen. Ebenfalls sehr hoher Arbeitskräftebedarf besteht bei Schmieden, Schlossern und Mechanikern (30 offene Stellen auf je einen Arbeitslosen), bei Maschinisten (20), Forst-, Jagd- und Fischereiberufen (20), Elektrikern (18), Holzverarbeitern (17) sowie bei Gaststätten- und Reinigungsberufen (je 15). Gemessen an der absoluten Zahl der offenen Stellen rangieren Schmiede, Schlosser und Mechaniker (3 665) vor Bauberufen (3 263), Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufen (2 818) sowie den ungelernten Hilfskräften (2 678).

Die Arbeitslage der rheinland-pfälzischen Wirtschaft wäre noch weit prekärer, wenn nicht durch Einstellung *ausländischer Arbeiter* viele Arbeitsplätze ausgefüllt würden. Insgesamt waren Ende September 1970 in den Betrieben des Landes 62 000 nichtdeutsche Arbeitnehmer tätig, darunter rund ein Viertel Frauen. Die hierzulande amtlich registrierten Gastarbeiter kommen zum überwiegenden Teil aus Italien (22%), Jugoslawien (18%), der Türkei (17%), Spanien (9%) und Griechenland (8%). Damit ist zur Zeit ungefähr jeder 25. Erwerbstätige in Rheinland-Pfalz Ausländer. Ohne Gastarbeiter würde sich die Zahl der derzeit offenen Stellen nahezu verdreifachen.

Die *Arbeitslosenquote*, das heißt der Anteil der Arbeitslosen an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen, ist mit etwas über 0,3% weiterhin äußerst gering. Im September 1969 hatte sie mit knapp 0,3% sogar noch etwas niedriger gelegen.

Im Oktober und November hat sich die Arbeitsmarktlage weiter entspannt. Die Zahl der Arbeitslosen ist auf 6 773 gestiegen, die offenen Stellen haben zahlenmäßig weiter auf 27 270 abgenommen. Einzelne Betriebe, insbesondere der Schuhindustrie, sind sogar zu Kurzarbeit übergegangen.

### Weniger Betriebe in der Landwirtschaft

In der Land- und Forstwirtschaft hat sich die bereits seit vielen Jahren zu beobachtende rückläufige Tendenz der *Betriebszahl* verstärkt fortgesetzt. Während im vorangehenden Jahreszeitraum rund 5 000 Landwirte ihren Betrieb einstellten, waren es von Frühjahr 1969 bis Frühjahr 1970 weitere 10 000. Damit hat sich die Gesamtzahl der

land- und forstwirtschaftlichen Betriebe ab 0,5 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche gegenüber 1950, als über 210 000 existierten, in zwei Jahrzehnten nahezu halbiert. Im Frühjahr 1970 wurden nurmehr 115 000 registriert. Bei zunehmend größeren Betriebseinheiten hat die Zahl der Kleinbetriebe abgenommen, und zwar nicht nur die der ausgesprochenen Kleinstbetriebe, sondern in diesem Jahr erstmals auch der als mittlere Familienbetriebe anzusprechenden mit 15 bis 20 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche.

Der Wandel der Agrarstruktur zeigt sich auch in dem seit Mitte der 50er Jahre zu beobachtenden Rückgang der *landwirtschaftlich genutzten Fläche*, der im letzten Jahr 2 000 Hektar betrug. Dieser Schwund resultiert unter anderem aus starken Abnahmen bei den Futterpflanzen, die durch den vermehrten Anbau von Getreide und Hackfrüchten, insbesondere Kartoffeln, nicht ganz kompensiert werden konnten. Zugenommen hat 1970 in beachtlichem Ausmaße das Rebland (+ 2 000 ha). Dem steht eine beachtliche Zunahme der Brachflächen um fast 5 000 Hektar gegenüber, die in erster Linie auf die oben angesprochene Aufgabe von Kleinbetrieben mit Landwirtschaft als Nebenerwerb zurückzuführen ist und darauf, daß vermehrt stark parzellierte Flächen geringer Bodengüte nicht mehr bewirtschaftet werden. Erstmals seit langer Zeit zeigten 1970 auch die Waldflächen eine größere Abnahme.

Wegen der ungünstigen Witterungsverhältnisse im Frühjahr liegen die diesjährigen *Hektarerträge* der meisten Feldfrüchte und Futterpflanzen unter denen von 1969 und auch unter dem mehrjährigen Durchschnitt. Daher ist trotz Ausdehnung der Anbaufläche die Getreideernte mit knapp 1,2 Mill. t um 14% geringer ausgefallen als 1969. Das gleiche gilt für Kartoffeln, deren Erntemenge mit 1,3 Mill. t

### Land- und Forstwirtschaft

Berichtsmerkmal	Einheit	1970	Veränderung zum Vorjahr in %	
			1969	1970
Betriebe	Anzahl	114 603	- 3,7	- 8
Landwirtschaftlich genutzte Fläche	ha	912 027	- 0,3	- 3
Ackerland	"	541 000	- 0,4	- 0
Bestocktes Rebland	"	57 267	1,6	4
Ernte				
Getreide	1 000 t	1 157	6,1	- 14
Weizen	"	448	4,8	- 16
Zuckerrüben	"	1 011	- 5,9	1
Kartoffeln	"	1 326	1,0	- 5
Wein	1 000 hl	7 229	0,8	65
Viehbestand				
Rindvieh	1 000	765	- 0,8	- 2
Schweine	"	754	- 9,6	3
Schlachtungen				
Rindvieh	"	244	1,3	6
Schweine	"	1 190	- 3,0	- 3
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte im Oktober (ohne Mehrwertsteuer)	1961/63 = 100	98P	5,1	- 8
(Bundesdurchschnitt)	"	85P	13,7	- 8
Pflanzliche Produkte	"	84	6,5	- 3
Getreide und Hülsenfrüchte	"	85P	39,3	- 26
Hackfrüchte	"	102P	2,8	- 8
Tierische Produkte	"			



die von 1969 um 5% unterschreitet. Gemüse und Obst erbrachten im allgemeinen höhere Erträge. Eine Rekordernte konnten die Winzer einbringen. Mit mehr als 7 Mill. hl übertrifft sie die bisher größten Weinmosterntn der Jahre 1960 und 1964 sogar ganz erheblich. Die Qualität des 70er Jahrgangs wird allerdings die des 69ers nicht ganz erreichen.

In der landwirtschaftlichen *Viehhaltung* dauert die seit Jahren zu beobachtende Konzentrationsbewegung ebenfalls fort. Im Jahre 1970 war die Zahl der Rindviehhalter um 8%, die der Schweinehalter um 5% kleiner als im Jahr zuvor, während sich zur gleichen Zeit der Viehbestand nur geringfügig änderte (Rindvieh — 2%, Schweine + 2%). Der Milchkuhbestand zeigte allerdings infolge der von der EWG gezahlten Abschichtprämien eine deutlichere Einschränkung (— 6%). Zur Jahresmitte standen in den Ställen von rheinland-pfälzischen Viehhaltern 765 000 Stück Rindvieh und 754 000 Schweine.

Die *tierische Produktion* hat sich gegenüber dem Vorjahr geringfügig erhöht. Ochsen, Kälber und Schweine wurden zum Teil erheblich weniger geschlachtet, Kühe, infolge der genannten EWG-Abschlachtungssaktion, Bullen und Färsen dagegen mehr. Bei im großen und ganzen unveränderten durchschnittlichen Schlachtgewichten hat die Gesamtschlachtmenge 1970 um etwa 2% auf 170 000 t zugenommen. Die weiter gestiegene Milchleistung je Kuh (von 304 auf 307 kg monatlich) konnte den Bestandsabbau nicht kompensieren, so daß die Milcherzeugung mit rund 1,05 Mill. t um etwa 2% kleiner ausfallen wird als 1969. Der Trend zu verstärkter Marktproduktion hat sich fortgesetzt, denn der Anteil der Milchproduktion, der an Molkereien geliefert wird, stellt sich nunmehr auf über 80%. Die Eierzeugung nahm im Berichtszeitraum um etwa 2 bis 3% zu.

Geldmäßig fällt die Nahrungsmittelproduktion der Landwirtschaft 1970 voraussichtlich geringer aus als im Vorjahr, denn bei im allgemeinen gleichgebliebenen oder gar kleineren Produktionsmengen sind die *Erzeugerpreise* fast ausnahmslos und zum Teil sogar erheblich zurückgegangen. Im Bundesgebiet fiel der Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte (ohne Mehrwertsteuer) von Oktober 1969 bis Oktober 1970 um 8% auf 98. Bei den pflanzlichen Produkten, die in ihrer Gesamtheit ebenfalls um 8% niedriger notierten, waren die Hackfrüchte am stärksten betroffen, deren Erzeugerpreisindex in diesem Zeitraum um 26% auf 85 zurückfiel. Auch die Weinmostpreise sind zum Teil wesentlich niedriger ausgefallen als 1969. Der Preisrückgang bei tierischen Produkten um 8% auf 102 resultiert aus Abnahmen der Preise für Schlachtvieh um 9%, für Milch um 3% und für Eier um nicht weniger als 24%. Gleichzeitig haben die Preise für landwirtschaftliche Betriebsmittel angezogen, und zwar hauptsächlich die Kosten für Neubauten (+ 18%), für die Neuanschaffung größerer Maschinen (+ 7%) und für Brenn- und Treibstoffe (+ 3%).

## Industrie an den Kapazitätsgrenzen

Bereits zu Beginn der zweiten Jahreshälfte zeichnete sich ab, daß die Zuwachsraten der industriellen Produktion und der Umsatz der Industrie nicht mehr ganz an die des Vorjahres herankommen würden. Bei dem hohen Niveau, das die industrielle Fertigung im Jahr zuvor erreicht hatte, ist zu vermuten, daß hierfür in erster Linie eine Auslastung bis zur Kapazitätsgrenze die Ursache war. Das gleiche gilt für die Entwicklung der geleisteten Arbeitsstunden, die das Wachstum vom Jahre 1969 ebenfalls nicht mehr wiederholen konnten. Abgeschwächt hat sich auch die Zunahme der Arbeitsproduktivität. Ganz anders verlief indessen die Entwicklung der Lohn- und Gehaltssumme, die eine seit Beginn der 50er Jahre nicht mehr beobachtete Zunahmerate erzielte, welche auf höhere Stundenleistungen, zum weitaus überwiegenden Teil jedoch auf Lohnsteigerungen zurückzuführen ist. Die effektiven Stundenverdienste der Industriearbeiter stiegen von Juli 1969 bis Juli 1970 um mehr als 16%.

Erstmals seit Mitte der 60er Jahre hat sich im Monatsdurchschnitt 1970 die Zahl der *Industriebetriebe* mit im allgemeinen zehn und mehr Beschäftigten geringfügig auf etwas über 3 000 vergrößert. Im Bundesgebiet wird ihre Zahl voraussichtlich leicht gesunken sein. Die kleineren Betriebe, deren Anteil am gesamten Industrieumsatz rund 2% ausmacht, sind in den folgenden industriestatistischen Daten nicht berücksichtigt. Die Zahl der *Beschäftigten* nahm im Monatsdurchschnitt um 5% zu (Bundesgebiet Januar bis August + 3%) und hat mit mehr als 409 000 erstmals die Grenze von 400 000 überschritten. Gleichzeitig expandierte die Zahl der *geleisteten Arbeiterstunden* wie im Bundesgebiet um 4% auf 585 Mill. und die *Lohn- und Gehaltssumme* um nicht weniger als 23% (Bundesgebiet + 21%) auf knapp 6 Mrd. DM. Diese Steigerung von 1969 auf 1970 entspricht etwa der in den drei vorhergegangenen Jahren zusammen. Infolgedessen erhöhte sich die Lohn- und Gehaltsquote (Anteil am Umsatz) um 1,5 Prozentpunkte auf über 21%.

Der *Jahresumsatz* 1970 der rheinland-pfälzischen Industrie, in den folgenden Ausführungen stets ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer, wird nach den bisher vorliegenden Ergebnissen mit 28 Mrd. DM um rund 14% über dem des Vorjahres liegen. Diese Wachstumsrate dürfte diejenige des Bundesgebietes geringfügig überschreiten. Ebenso wie 1969 ist auch im zu Ende gehenden Jahr die Umsatzzunahme — infolge der DM-Aufwertung im Herbst 1969, partiell in Verbindung mit der August-Abwertung des französischen Franc — stärker auf vermehrte Binnengeschäfte und in geringerem Umfang auf Exportsteigerungen zurückzuführen. Der Auslandsumsatz hat im Berichtsjahr mit der gleichen Rate wie im Bundesgebiet um 10% auf 6 Mrd. DM zugenommen, der Inlandsumsatz um 16% auf 22 Mrd. DM. Je Beschäftigten errechnet sich 1970 ein Umsatz von 68 500 DM, was einer Steigerung um 8% gleichkommt.



Industrie  
(Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten)

Berichtsmerkmal	Einheit	1970	Veränderung zum Vorjahr in %		
			1969	1970	
Rheinland-Pfalz					
Betriebe	} Monats- durch- schnitt	Anzahl	3 005	- 0,9	0
Beschäftigte		1 000	409	5,5	5
Arbeiter		"	308	5,8	5
Angestellte		"	101	4,7	7
Geleistete Arbeiterstunden		Mill.	585	6,0	4
Lohn- und Gehaltssumme		Mill.DM	5 957	15,7	23
Lohnsumme		"	3 984	16,1	23
Umsatz		"	28 029	15,1	14
Grundstoff- und Produk- tionsgüterindustrien		"	10 995	10,6	13
Chemische Industrie		"	6 764	6,1	12
Investitionsgüterindustrien		"	8 081	26,4	24
Maschinenbau		"	2 924	20,3	17
Straßenfahrzeugbau		"	2 614	34,9	32
Verbrauchsgüterindustrien		"	5 639	14,6	10
Schuhindustrie		"	1 213	6,3	4
Nahrungs- und Genußmittel- industrien		"	3 302	9,5	6
Auslandsumsatz		"	6 002	11,6	10
Produktion		1962=100	216	14,5	10
Grundstoff- und Produk- tionsgüterindustrien		"	226	12,5	12
Chemische Industrie		"	269	11,8	13
Investitionsgüterindustrien		"	289	22,5	17
Maschinenbau		"	248	16,6	14
Straßenfahrzeugbau		"	1 035	30,2	21
Verbrauchsgüterindustrien		"	163	14,3	2
Schuhindustrie		"	109	6,1	- 9
Nahrungs- und Genußmittel- industrien		"	162	6,4	5
Arbeitsproduktivität je Beschäftigten		"	192	8,3	4
Bundesgebiet (Januar - August)					
Betriebe	} Monats- durchschnitt	Anzahl	56 257	- 0,8	- 0
Beschäftigte		1 000	8 446	5,3	3
Geleistete Arbeiterstunden		Mill.	8 062	5,5	4
Lohn- und Gehaltssumme		Mill.DM	80 366	14,0	21
Umsatz		Mrd.DM	338	16,0	14
Produktion		1962=100	154	14,3	8

Der Index der industriellen Produktion auf Basis 1962 gleich 100 hat 1970 bei einer Zuwachsrate von rund 10% den Wert 216 erreicht. Im Bundesgebiet ist hingegen die Produktion in den ersten drei Quartalen um 7% gewachsen. Diese Divergenz bei etwa gleichstarker Umsatzentfaltung (+ 14%) dürfte wesentlich aus der Entwicklung des für Rheinland-Pfalz bedeutendsten Industriezweiges, der Chemie, resultieren, deren Produktion stärker angestiegen ist als der Umsatz. Schließt man Bauhauptgewerbe und Energiewirtschaft in den Produktionsindex mit ein, so reduziert sich der Index für unser Land auf 196, was einer Wachstumsrate von 9% entspricht. Die Zunahme der Arbeitsproduktivität schwächte sich, gemessen am Produktionsergebnis je Beschäftigten, weiter ab. 1967 hatte sie sich auf + 12% belaufen, 1968 auf + 11%, 1969 auf + 8% und 1970 stellt sie sich auf rund + 4%.

Die höchsten Umsatzsteigerungen unter den Industriezweigen - und zwar in der Gliederung nach beteiligten Zweigen - hatten 1970, wie bereits seit Jahren, die Investitionsgüterindustrien. Diese vermochten den Vorjahresumsatz um 24% auf 8,1 Mrd. DM zu heben. In den Investitionsgüterindustrien,

deren Anteil am Gesamtumsatz der Industrie sich jetzt auf knapp 30% beläuft, ist in Rheinland-Pfalz der große Nachholbedarf gegenüber dem Bundesgebiet (Anteil 38%) in den letzten Jahren durch verstärkte Bemühungen der Landesregierung, neue Betriebe anzusiedeln, weitgehend ausgeglichen worden; vor zehn Jahren hatten sich die entsprechenden Werte noch auf 15% für Rheinland-Pfalz und 35% für das Bundesgebiet belaufen. Besonders starke Umsatzzunahmen meldeten der Straßenfahrzeugbau und der Stahl- und Leichtmetallbau mit jeweils mehr als + 30% sowie die elektrotechnische Industrie und die Stahlverformung mit Werten zwischen + 25% und + 30%. Ausschlaggebend für die Höhe des Wachstums der Investitionsgüterindustrien waren die beiden vom Umsatzvolumen her stärksten Industriezweige Maschinenbau und Straßenfahrzeugbau.

Stärkere Impulse auf das gesamte industrielle Wachstum gingen auch von den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien aus, die ihren Umsatz 1970 um 13% auf 11,0 Mrd. DM steigern konnten. Dieser Industriebereich ist wegen der hierzulande überragenden Bedeutung der chemischen Industrie, insbesondere im Raum Ludwigshafen, stärker strukturbestimmend als im übrigen Bundesgebiet. Mit voraussichtlich fast 6,8 Mrd. DM Jahresumsatz ist die chemische Industrie am gesamten Industrieumsatz des Landes zu rund 25% beteiligt. Die höchsten Zuwachsraten von den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien hatten die Gießereiindustrie, die Gummi und Asbest verarbeitende Industrie sowie die Sägewerke und Holz bearbeitende Industrie mit jeweils mehr als + 20%. Mit einer Umsatzzunahme von 12% hat jedoch die chemische Industrie durch ihr Gewicht die Gesamtentwicklung in den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien bestimmt.

Etwas deutlicher unter dem durchschnittlichen industriellen Wachstum blieben die Verbrauchsgüterindustrien sowie die Nahrungs- und Genussmittelindustrien. Bei einer Zuwachsrate von + 10% (Schuhindustrie + 4%) ist für die Verbrauchsgüterindustrien 1970 ein Jahresumsatz von 5,6 Mrd. DM und für die letztgenannten Industrien bei + 6% ein solcher von 3,3 Mrd. DM zu erwarten. Während die einzelnen Industriezweige sowohl der Investitionsgüter- als auch der Grundstoff- und Produktionsgüter- sowie der Nahrungs- und Genussmittelindustrien durchweg Zunahmen zeigten, mußte die zu den Verbrauchsgüterindustrien zählende Leder erzeugende Industrie, und zwar mit einem Minus von mehr als 25%, als einziger Zweig sogar einen Umsatzrückgang hinnehmen.

Ein ähnliches Bild zeigt die Entwicklung der Industriezweige gemessen am Index der industriellen Produktion (Basis 1962 gleich 100; von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt). Anders als beim Umsatz ist im Produktionsindex die Preiskomponente nicht enthalten, so daß er die Entwicklung des mengenmäßigen outputs innerhalb einer Periode zeigt. Insgesamt ist der Index der industriellen Produktion in Rheinland-Pfalz im Jahre 1970 um rund 10% auf 216 angestiegen. Ebenso wie bei



den Umsätzen hatten die Investitionsgüterindustrien (+ 17%) sowie die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien (+ 12%) die höchsten Steigerungsraten. Hervorzuheben sind bei den Investitionsgüterindustrien die elektrotechnische Industrie, die Stahlverformung und der Straßenfahrzeugbau mit Produktionszunahmen von jeweils mehr als 20%, bei den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien die Herstellung von feuerfesten grobkeramischen Erzeugnissen sowie die Gummi und Asbest verarbeitende Industrie mit jeweils knapp + 20%. Die stärkste Produktionseinschränkung mußten hier eisenischaffende und Nichteisen-Metallindustrie hinnehmen (— 31%). Daß trotz Rückgängen und unterdurchschnittlichen Wachstumsraten in den meisten Zweigen die Produktionsausweitung der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien so deutlich ausgefallen ist, geht überwiegend auf die chemische Industrie zurück, deren Produktionszuwachs (+ 13%) sogar die Umsatzzunahme übersteigt. Bei den Verbrauchsgüter- sowie den Nahrungs- und Genußmittelindustrien hielten sich die Produktionssteigerungen mit + 2% (Schuhindustrie — 9%) und + 5% in relativ engen Grenzen.

Die divergierenden Zuwachsraten von Umsatz und Industrieproduktion sind zum Teil auf zwischenbetriebliche Leistungen und Lieferungen innerhalb eines Unternehmens über die Landesgrenzen hinweg (Produktion von Maschinenteilen hier, Montage und Umsatz in einem anderen Bundesland oder umgekehrt), zum Teil auf die zeitliche Verschiebung zwischen Produktion und Umsatz zurückzuführen. Eine wesentliche Komponente stellt hierbei jedoch die Preisentwicklung dar. Der Index der *Erzeugerpreise industrieller Produkte* ist im Bundesgebiet — länderspezifische Zahlen werden nicht errechnet — vom Oktober 1969 bis Oktober 1970 um 5% angestiegen, in den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien um 4%, den Investi-

Erzeugerpreise industrieller Produkte im Bundesgebiet im Oktober

Berichtsmerkmal	Einheit	1970	Veränderung zum Vorjahr in %	
			1969	1970
Insgesamt	1962=100	108,5	4,0	5
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	"	102,9	3,8	4
Investitionsgüterindustrien	"	112,9	5,7	7
Verbrauchsgüterindustrien	"	110,6	2,8	5
Nahrungs- und Genußmittelindustrien	"	105,2	2,3	2
Investitionsgüter	"	119,3	6,9	8
Verbrauchsgüter	"	108,7	1,7	5

tionsgüterindustrien um 7%, den Verbrauchsgüterindustrien um 5% und in den Nahrungs- und Genußmittelindustrien um 2%. Überdurchschnittlich verteuert haben sich mit jeweils mehr als + 10% bergbauliche Erzeugnisse, Mineralölerzeugnisse und Kohlenwertstoffe, Stahlbauerzeugnisse sowie Gummi- und Asbestwaren. Billiger wurden Nichteisen-Metalle und Leder. Zur Entwicklung der Erzeugerpreise industrieller Produkte, die in ihrer Gesamtheit im Oktober 1970 um 5% höher liegen als im Vorjahr, muß jedoch betont werden, daß gegen Jahresende bereits eine Beruhigung der Preisauf-

Verdienste und Arbeitszeiten in der Industrie im Juli

Berichtsmerkmal	Einheit	1970	Veränderung zum Vorjahr in %	
			1969	1970
<u>Arbeiter</u>				
Bruttostundenverdienst insgesamt	DM	5, 85	8, 2	16, 3
Grundstoff- und Produk- tionsgüterindustrien	"	6, 82	8, 8	20, 1
Chemische Industrie	"	7, 35	8, 2	24, 4
Investitionsgüterindustrien	"	5, 66	7, 0	12, 1
Verbrauchsgüterindustrien	"	5, 11	7, 7	14, 3
Nahrungs- und Genuß- mittelindustrien	"	5, 06	9, 9	13, 7
Männer	"	6, 34	8, 2	16, 5
Frauen	"	4, 20	7, 3	14, 8
Bruttowochenverdienst insgesamt	"	258	9, 7	14, 2
Geleistete Wochenarbeits- stunden	Anzahl	37, 2	1, 8	- 6, 5
Mehrarbeitsstunden	"	3, 5	21, 9	- 10, 3
Bezahlte Wochenarbeitsstunden	"	44, 2	1, 6	- 1, 8
<u>Angestellte</u>				
Bruttomonatsverdienst	DM	1 387	8, 3	13, 1
Männer	"	1 587	8, 5	12, 6
Frauen	"	996	8, 1	15, 1

triebstendenzen festzustellen ist. Im August 1970 lag der gesamte Preisindex nämlich noch um mehr als 6% über dem Vorjahreswert.

#### Industrielle Stundenverdienste stark gestiegen

Die Preissteigerungen der industriellen Produkte sind in Zusammenhang mit den verteuerten Vorleistungen und den Lohn- und Gehaltserhöhungen zu sehen. Der durchschnittliche *Brutto-Stundenverdienst eines Industriearbeiters* verbesserte sich von Juli 1969 bis Juli 1970 um über 16% auf 5,85 DM. In diesem Durchschnittswert sind auch die Verdienste der Arbeiterinnen mit eingeschlossen. Die stärksten Steigerungen verzeichneten die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien mit + 20%, und hier vornehmlich die Chemische Industrie, in der mit 7,35 DM nicht nur die Spitzenlöhne von allen Wirtschaftszweigen gezahlt werden, sondern auch die höchsten prozentualen Steigerungen zu verzeichnen waren. Der Stundenlohn ist von Mitte 1969 bis Mitte 1970 um bisher 25% erhöht worden. Alle übrigen Industriegruppen hatten Lohnsteigerungen zwischen 10 und 15%, die Verbrauchsgüterindustrien sowie die Nahrungs- und Genußmittelindustrien von jeweils + 14%, die Investitionsgüterindustrien von + 12%. Namentlich die Holz verarbeitende Industrie, die Kunststoff verarbeitende und die Textilindustrie hoben sich in diesen Industriegruppen mit überdurchschnittlichen Steigerungen der Stundenverdienste ab. Nur wenige Industriezweige hatten in diesem Zeitraum Lohnsteigerungen um weniger als 10%. Es sind die Nichteisen-Metallindustrie mit + 6% und die Leder verarbeitende Industrie (+ 8%).

Die Zunahme der Stundenverdienste war verbunden mit einem erneuten Rückgang in der *geleisteten Wochenarbeitszeit*, der im Durchschnitt zwischen 6 und 7% ausmachte. Auch hierbei nimmt die chemische Industrie mit beinahe — 12% die erste Stelle unter den Industriezweigen ein. Im Juli 1970



wurden in der rheinland-pfälzischen Industrie von Arbeitern und Arbeiterinnen im Durchschnitt wöchentlich 37 Stunden geleistet, davon fast ein Zehntel als Überstunden, und 44 Stunden bezahlt. In der chemischen Industrie wurden bei 43 bezahlten Stunden sogar nur 34 gearbeitet, obwohl in den Juli keine gesetzlichen Feiertage gefallen sind. Allerdings beginnt im Juli die Haupturlaubszeit. Die geringe Arbeitszeit führte dazu, daß die durchschnittlichen Wochenverdienste der Industriearbeiter etwas weniger stark gestiegen sind als die Stundenverdienste.

Zugenommen haben ebenfalls die Gehälter der Angestellten, wenn auch, wie erfahrungsgemäß stets in Zeiten der Hochkonjunktur, nicht im gleichen Umfang wie die Arbeiterlöhne. Männliche Angestellte in der Industrie verdienten im Juli des Berichtsjahres durchschnittlich 1 590,— DM oder rund 13% mehr als 1969, weibliche 980,— DM oder 15% mehr. Während die Arbeiterstundenverdienste in den einzelnen Leistungsgruppen linear, das heißt prozentual um den gleichen Betrag angehoben wurden, wird bei den Angestellten eine nicht unerhebliche Nivellierungstendenz deutlich. Angestellte der höchsten angemessenen Leistungsgruppe II verdienten 11% mehr, der Leistungsgruppe III 12%, der Leistungsgruppe IV 14% und die am wenigsten qualifizierten der Leistungsgruppe V 18% mehr.

10% Umsatzsteigerung im Handwerk

Im rheinland-pfälzischen Handwerk ist die 1969 festgestellte Rückläufigkeit in der Beschäftigung (— 2%) fast zum Stillstand gekommen. Ende September 1970 waren in den Handwerksbetrieben 0,5% weniger Personen tätig als vor einem Jahr (Bundesgebiet + 0,4%). Dieser geringe Rückgang resultiert aus verminderter Beschäftigung in den Handwerksgruppen Holzverarbeitung, Bekleidung, Textil, Leder und Nahrungsmittel (jeweils — 4%) und einem Anstieg in der Gruppe Glas, Papier, Keramik und Sonstiges. Die Handwerksgruppen Gesundheits- und Körperpflege, Reinigung, Bau und Ausbau sowie Metallverarbeitung konnten ihr Beschäftigungsniveau geringfügig anheben.

Handwerk

Berichtsmerkmal	Einheit	1970	Veränderung zum Vorjahr in %	
			1969	1970
Rheinland-Pfalz				
Beschäftigte	1962=100	103	- 1,6	- 0
Bau und Ausbau	"	97	- 4,2	1
Metallverarbeitung	"	122	2,5	0
Holzverarbeitung	"	101	- 1,6	- 4
Bekleidung, Textil, Leder	"	66	- 3,5	- 4
Nahrungsmittel	"	104	- 0,8	- 4
Gesundheits- und Körper- pflege, Reinigung	"	102	- 3,3	1
Glas, Papier, Keramik, Sonstiges	"	115	0,3	6
Umsatz	"	177	16,3	10
Bundesgebiet (Januar - September)				
Beschäftigte	1962=100	100	1,7	0
Umsatz	"	158	12,9	16

Ähnlich wie in der Industrie differiert auch beim Handwerk die Entwicklung des Umsatzes erheblich von derjenigen der Arbeitskräfte. Trotz des spürbaren Arbeitskräftemangels vermochte die Handwerkswirtschaft ihren Umsatz um mehr als 10% zu steigern (Bundesgebiet + 16%). Eine besonders hohe Zuwachsrate war in der Metallverarbeitung mit + 19% zu verzeichnen. Auch alle übrigen Handwerksgruppen meldeten Umsatzsteigerungen, wenn auch nicht in solchem Umfang: Glas, Papier, Keramik und Sonstiges + 8%, Bau und Ausbau, Holzverarbeitung sowie Gesundheits- und Körperpflege, Reinigung jeweils + 7%, Bekleidung, Textil und Leder + 6%. Den geringsten Zuwachs hatte erwartungsgemäß - wohl in erster Linie wegen der stark gefallen Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte - das Nahrungsmittelhandwerk mit + 3%.

Auch im Handwerk ist durch steigende Stundenverdienste die Lohnbelastung des Umsatzes stärker geworden. Bei einer durchschnittlichen Zunahme der Bruttostundenverdienste von Mai 1969 bis Mai 1970 um rund 15% auf 5,01 DM verdienten Vollge-

Verdienste und Arbeitszeiten im Handwerk im Mai

Berichtsmerkmal	Einheit	1970	Veränderung zum Vorjahr in %	
			1969	1970
Bruttostundenverdienst	DM	5,47	8,9	14,9
Vollgesellen	"	5,73	8,0	14,4
Junggesellen	"	4,35	10,4	17,6
Übrige Arbeiter	"	4,50	2,9	16,6
Bruttowochenverdienst	"	246	10,2	13,4
Geleistete Wochenarbeitszeit	Stunden	36,5	- 3,6	- 8,1
Bezahlte Wochenarbeitszeit	"	45,1	0,7	- 0,9

sellen 5,73 DM oder 19%, Junggesellen 4,35 DM oder 18% und die übrigen Arbeiter 4,50 DM oder 17% mehr. Den höchsten Stundenverdienst hatten im Mai des Jahres die Fleischer-Vollgesellen (6,09 DM), allerdings auch die nach den Bäckern längste effektive Arbeitszeit (39 Wochenstunden). Die augenfälligsten Lohnverbesserungen erreichten Klempner, Gas- und Wasserinstallateure (+ 22%), Elektroinstallateure (+ 18%) sowie Kraftfahrzeugmechaniker und Maler (jeweils + 15%). Diese Angaben beziehen sich jeweils auf Vollgesellen, die mit vier Fünfteln der Arbeitnehmer die wichtigste Gruppe darstellen.

Trotz der um 9% geringeren wöchentlichen Arbeitszeit (36 Stunden) blieben die bezahlten Wochenstunden wegen der vier gesetzlichen Feiertage mit insgesamt 45 gegenüber Mai 1969 fast unverändert, so daß die durchschnittlichen Wochenverdienste ein wenig schwächer zunahmen als die Stundenverdienste.

Bautätigkeit stagniert

Bereits seit einigen Jahren ist in der Fluktuation der Arbeitskräfte zwischen den Wirtschaftsbereichen eindeutig ein Zug zum festen Arbeitsplatz erkennbar. Dieser Trend hat sich im Jahre 1970 verstärkt fortgesetzt. Während die Industrie rund 21 000 Arbeitskräfte gewann, hat das nichtstationäre Bauhauptgewerbe von den rund 90 700 Be-



schäftigten im Monatsdurchschnitt des Vorjahres per Saldo fast 2 000 verloren, was einem Rückgang von 2% gleichkommt. Die Abnahme ist insofern besonders schwerwiegend, als es sich hier zum weitaus überwiegenden Teil um qualifizierte Facharbeiter, Poliere und Meister (— 5%) handelt. Im Bundesgebiet ist im Zeitraum von Januar bis September die Zahl der im Bauhauptgewerbe Beschäftigten um rund 1% gewachsen. Erfreulich ist dagegen die Tatsache, daß die Zahl der gewerblichen Lehrlinge, die in den drei Jahren vorher um jeweils mehr als 10% abgenommen hatte, wieder eine leicht ansteigende Tendenz zeigt.

Nach dem langanhaltenden und sehr strengen Winter 1969/70, der eine Belebung der Bautätigkeit bis in den März hinein verzögerte, ermöglichte die günstige Witterung im Frühjahr und Sommer ein nicht unbeträchtliches Nachholen, so daß die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden mit — 1% (Bundesgebiet — 2%) nicht ganz so stark zurückgegangen ist wie die Beschäftigtenzahl. Mit 150 Mill. Stunden hat sie allerdings einen Tiefstand erreicht, wie er seit 1960 nicht mehr zu verzeichnen war. In erster Linie wurden der private Wohnungsbau und der öffentliche Hochbau (jeweils mehr als — 6%) betroffen, während im Straßenbau und sonstigen Tiefbau eine geringe Zunahme und im gewerblichen Bau sogar der beachtliche Zuwachs von 17% ermittelt wurden.

Ebenso wie in der Industrie ist im Bauhauptgewerbe 1970 eine sehr erhebliche Differenz in der Entwicklung von Arbeitsleistung und Produktion einerseits sowie Lohn- und Gehaltssumme eingetreten. Stundenloohnerhöhungen für die Bauarbeiter im Hoch- und Tiefbau um durchschnittlich 20% und für die Angestellten um durchschnittlich 16% haben zu einer Ausdehnung der Lohn- und Gehaltssumme um 15% auf 1,15 Mrd. DM beigetragen.

Die verminderte Arbeitsleistung konnte trotz erneut verbesserter Maschinenausstattung nicht durch Produktivitätsverbesserungen aufgefangen werden, so daß die Bauproduktion 1970 sogar etwas geringer ausfallen dürfte als ein Jahr zuvor. Der Rückgang im Index der Bauproduktion um rund 1% resultiert aus einer Abnahme im Hochbau um 3% und einer Zunahme im Tiefbau um rund 2%. Aufgrund der bis Redaktionsschluß vorliegenden Daten ist auf dem besonders wichtigen Wohnungsbausektor mit einem Rückgang der Baufertigstellungen zu rechnen,

Verdienste und Arbeitszeiten im Hoch- und Tiefbau im Juli

Berichtsmerkmal	Einheit	1970	Veränderung zum Vorjahr in %	
			1969	1970
<u>Arbeiter</u>				
Bruttostundenverdienst	DM	6, 24	8, 8	20, 0
Bruttowochenverdienst	"	294	11, 8	19, 5
Geleistete Wochenarbeits- stunden	Anzahl	45, 5	3, 6	- 2, 4
Bezahlte Wochenarbeits- stunden	"	47, 1	2, 6	- 0, 4
<u>Angestellte</u>				
Bruttomonatsverdienst	DM	1 574	8, 5	14, 8

Bauhauptgewerbe

Berichtsmerkmal	Einheit	1970	Veränderung zum Vorjahr in %	
			1969	1970
Rheinland-Pfalz				
Beschäftigte	Anzahl	88 932	0, 9	- 2
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	150 417	- 0, 8	- 1
Wohnungsbau	"	53 762	- 7, 4	- 6
Öffentlicher und Verkehrsbau	"	67 440	5, 5	- 1
Straßenbau	"	25 514	6, 0	1
Lohn- und Gehaltssumme	Mill.DM	1 155	9, 5	15
Umsatz insgesamt	"	3 054	45, 9	16
Wohnungsbau	"	808	37, 1	- 5
Landwirtschaftlicher Bau	"	44	36, 7	- 12
Gewerblicher Bau	"	678	43, 3	56
Öffentlicher und Verkehrsbau	"	1 524	53, 5	17
Hochbau	"	329	46, 1	37
Straßenbau	"	639	66, 0	14
Sonstiger Tiefbau	"	556	44, 9	10
Öffentliche Auftragsvergaben im Tiefbau insgesamt	"	711	27, 5	- 23
Ausführungszeit bis 12 Monate	"	455	11, 4	- 25
über 12 Monate	"	256	77, 4	- 18
Auftragsbestand				
Ende September	"	1 427	34, 5	38
Wohnungsbau	"	256	36, 3	69
Öffentlicher und Verkehrsbau	"	954	35, 8	27
Straßenbau	"	351	41, 9	10
Bauproduktion	1962=100	138	4, 2	- 1
Hochbau	"	128	- 0, 4	- 3
Tiefbau	"	154	9, 4	2
Gesamtbaupreisindex für Wohngebäude im Bundesgeb.	1962=100	145	4, 6	16
Rohbauarbeiten	"	153	6, 3	19
Ausbauarbeiten	"	150	4, 2	15
Bürogebäude	"	150	6, 7	17
Straßenbau	"	118	4, 9	16
Bundesgebiet (Januar - September)				
Beschäftigte	1 000	1 517	1, 9	1
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	1 801	- 0, 1	- 2
Lohn- und Gehaltssumme	Mill.DM	15 518	8, 8	20
Umsatz	"	33 590	81, 5	24
Bauproduktion	1962=100	126	3, 4	4

nen, der wahrscheinlich noch stärker ausfallen dürfte als im Jahr zuvor.

Der baugewerbliche Umsatz (ohne Umsatzsteuer) dürfte im Jahre 1970 um knapp 16% (Bundesgebiet Januar bis September + 24%) zugenommen haben. Wegen des mit Einführung der Mehrwertsteuer 1968 geänderten Abrechnungsmodus hat der Umsatz im Baugewerbe als Kriterium für einen Zeitvergleich allerdings an Bedeutung verloren, da durch die Änderung eine beachtliche Zeitdifferenz zwischen Bauleistung und Abrechnung eingetreten ist. Zudem ist eine Vorausschätzung des Umsatzes wegen der überdurchschnittlichen Abrechnungssumme im Dezember schwieriger als in anderen Wirtschaftsbereichen. Tendenziell zeigen die Umsätze der einzelnen Bauarten - abgesehen vom öffentlichen Hochbau - etwa die gleiche Entwicklung wie die geleisteten Arbeitsstunden.

Als Folge der höheren Löhne und Gehälter, die, wegen der erheblichen Verteuerung der Vorleistungen, beispielsweise des Baustahls, nur zum geringsten Teil durch Rationalisierungsmaßnahmen kompensiert werden konnten, und infolge der wegen des Engpasses auf dem Arbeitsmarkt stagnierenden Bauproduktion stiegen die Baupreise im zu Ende gehenden Jahr ganz ungewöhnlich an. Der Gesamt-



baupreisindex für Wohngebäude auf Basis 1962 gleich 100 kletterte im Bundesgebiet - ein eigener Baupreisindex für Rheinland-Pfalz wird nicht errechnet - von August 1969 bis 1970 um 20 Prozentpunkte oder 16% auf 145. Das Ausmaß dieser Steigerung wird besonders augenfällig, wenn man bedenkt, daß in den sieben Jahren von 1962 bis 1969 der gleiche Index um insgesamt nur 25 Punkte zugenommen hat. Überdurchschnittlich sind im Hochbau unter anderem die Preise für Erd- und Grundbaurbeiten, Maurer-, Beton- und Stahlbetonarbeiten (jeweils + 21%), Estrich-, Putz- und Stuckarbeiten (jeweils + 20%) sowie Zimmererarbeiten (+ 19%) hochgeschwungen. Von den Preissteigerungen sind Einfamilien- und Mehrfamilienhäuser etwa in gleichem Umfang betroffen worden. Ebenfalls erheblich verteuert hat sich der Bau von Bürogebäuden (+ 17%), von landwirtschaftlichen und gewerblichen Betriebsgebäuden (jeweils + 18%) und der Straßenbau (+ 16%).

Gewisse Rückschlüsse, wie sich die Entwicklung auf dem Bausektor, der bei der Beurteilung der konjunkturellen Situation eine Schlüsselstellung einnimmt, 1971 fortsetzen wird, lassen der *Auftragsbestand*, die erteilten Baugenehmigungen und die öffentlichen Tiefbauvergaben zu. Der zu Beginn des Jahres 1970 ohnehin schon sehr hohe Bauüberhang ist nicht nur durch den langen Winterausfall weiter angewachsen, sondern auch durch die angestiegene Zahl der im laufenden Jahr für Wohnungsbauvorhaben erteilten Baugenehmigungen. Im Berichtsjahr wurde von den rheinland-pfälzischen Baubehörden für insgesamt 16 600 Gebäude (13 400 Wohn- und 3 200 Nichtwohngebäude) mit 28 800 Wohnungen die Baugenehmigung erteilt. Das entspricht einem Rückgang um 4% bei den Gebäuden und einem Zuwachs von 2% bei den Wohnungen. Obwohl damit gerechnet werden kann, daß viele Bauvorhaben wegen der extrem hohen Hypothekenzinsen und der starken Baupreissteigerungen auf längere Zeit verschoben werden müssen, sofern sie sich nicht sogar als undurchführbar erweisen, hat die anhaltende Nachfrage bei rückläufiger Produktion dazu geführt, daß der Auftragsbestand im Wohnungsbau im September 1970 um mehr als zwei Drittel über dem des Vorjahres liegt. Der gesamte Auftragsbestand im Bauhauptgewerbe Ende September, von dem der Wohnungsbau weniger als 20% ausmacht, ist mit mehr als 1,4 Mrd. DM so hoch, um eine, gemessen am monatsdurchschnittlichen Umsatz 1970, Beschäftigung von fast einem halben Jahr zu sichern. Im Tiefbau machte die erhitzte Konjunktur ein Zurückstellen von öffentlichen Auftragsvergaben erforderlich. Nachdem 1969 öffentliche Tiefbauaufträge über insgesamt rund 920 Mill. DM erteilt worden waren, davon die meisten als längerfristige Vorhaben, ist in diesem Jahr mit einem Vergabevolumen von 710 Mill. DM zu rechnen, das um mehr als ein Fünftel unter dem vorjährigen Niveau liegt. Auch hierbei handelt es sich in erster Linie um längerfristige Projekte. Trotz dieser Einschränkungen hat sich der Auftragsbestand des Bauhauptgewerbes im öffentlichen und Verkehrsbau infolge der bereits genannten Gründe bis Ende September dieses Jahres auf über

950 Mill. DM erhöht, das sind 27% mehr als im September 1969. Dieser Bestand reicht, gemessen am Umsatz des öffentlichen und Verkehrsbaus 1969, für eine Beschäftigung von mehr als sieben Monaten aus.

### DM-Aufwertung dämpft Zuwachsraten im Außenhandel

In den *Exporten* der rheinland-pfälzischen Wirtschaft hat die im Herbst 1969 vorgenommene DM-Aufwertung, die eine Verteuerung der inländischen Güter für ausländische Anfrager zur Folge hatte, spürbar ihren Niederschlag gefunden. Trotz der in allen Wirtschaftszweigen herrschenden Hochkonjunktur ist für das Jahr 1970 mit einem wesentlich reduzierten Wachstum der Exporte zu rechnen. Die Zuwachsrate, die 1969 noch fast 17% betragen hatte, ist nach den bis jetzt vorliegenden Ergebnissen um über die Hälfte auf etwa + 8% zurückgegangen. Insgesamt wurden im jetzt zu Ende gehenden Jahr Waren im Wert von rund 6,7 Mrd. DM exportiert, der überwiegende Teil in die benachbarten EWG- (38%) und EFTA-Länder (21%). Im Bundesgebiet ist die Abschwächung in den ersten zehn Monaten mit einem Nachlassen von + 17 auf + 9% (Januar bis Oktober) ebenfalls recht deutlich ausgefallen.

Von der Ausfuhrdämpfung waren am stärksten die Exporte in die EWG- und die Ostblockstaaten betroffen. Die EWG-Partner steigerten im Berichtsjahr ihre Nachfrage nach rheinland-pfälzischen Waren nur um knapp 5% (Vorjahr + 22%), die Ostblockländer importierten aus Rheinland-Pfalz wertmäßig sogar 12% weniger als 1969 (Vorjahr + 10%). Innerhalb der EWG-Länder hat Frankreich als unmittelbarer Grenznachbar zwar seine Stellung als bedeutendster Handelspartner für die rheinland-pfälzische Wirtschaft behalten; die Exporte dorthin, die 1969 noch um 24% zugenommen hatten, dürften 1970 jedoch nicht einmal mehr das Vorjahresniveau erreichen, sondern werden um rund 2% niedriger

Ausfuhr

Berichtsmerkmal	Einheit	1970	Veränderung zum Vorjahr in %	
			1969	1970
Rheinland-Pfalz				
Insgesamt	Mill. DM	6 748	16, 7	8
EWG-Länder	"	2 560	21, 8	5
Frankreich	"	970	23, 5	- 2
Niederlande	"	575	16, 1	13
Belgien / Luxemburg	"	461	22, 6	8
Italien	"	554	24, 1	8
EFTA-Länder	"	1 438	11, 2	9
USA	"	379	16, 6	21
Ernährungswirtschaft	"	228	10, 7	18
Wein	"	97	17, 7	20
Gewerbliche Wirtschaft	"	6 519	16, 9	8
Rohstoffe	"	115	12, 2	7
Halbwaren	"	340	- 5, 5	5
Fertigwaren	"	6 065	18, 6	8
Bundesgebiet (Januar - Oktober)				
Insgesamt	Mrd. DM	102, 3	16, 7	9
EWG-Länder	"	41, 2	25, 6	10
EFTA-Länder	"	23, 2	15, 6	11



sein (Bundesgebiet — 0,4%). Gegenüber Frankreich war die DM-Aufwertung insofern besonders wirksam, als dort im August 1969 der Franc eine beträchtliche Abwertung erfahren hatte. Ähnliches gilt für die nächstwichtigsten Importeure Niederlande, Italien und Belgien/Luxemburg, die zwar mehr kauften als 1969, die im Jahr zuvor ermittelten Wachstumsraten jedoch ebenfalls erheblich unterschritten. Anders gestaltete sich die Entwicklung des Exportes in die beiden, in der Rangliste der Abnehmer auf Platz 5 und 6 folgenden Länder Schweiz und USA, die ihre Mehrnachfrage im zu Ende gehenden Jahr (+ 17 bzw. + 21%) gegenüber 1969 noch steigern konnten. Erwähnung verdient noch der zunehmende Außenhandel mit Jugoslawien, der im Berichtsjahr die bereits sehr hohe Zuwachsrate von 1969 (+ 38%) erneut wiederholte.

Die aufgezeigte Exportdämpfung betrifft nur die gewerbliche Wirtschaft. Auf die Ausfuhr der Ernährungswirtschaft, deren Produkte zum Teil durch die EWG-Markordnung preislich gebunden sind, hatte die DM-Aufwertung keinen nennenswerten Einfluß. Sie vermochte ihre Verkäufe an ausländische Abnehmer, die allerdings nur etwa 3% der gesamten Ausfuhr ausmachten, um 18% auf 228 Mill. DM zu steigern. Die Höhe dieser Zuwachsrate wird im wesentlichen von den beiden wichtigsten Exportwaren der rheinland-pfälzischen Ernährungsindustrie, Qualitätsweinen und Tabakerzeugnissen, bestimmt. Im Jahre 1969 war der Exportzuwachs hier mit + 11% unterdurchschnittlich ausgefallen.

Mit Beginn des Jahres 1970 wurde erstmals als Pendant zur Ausfuhrstatistik eine *Einfuhrstatistik* aus den bei den Zollämtern anfallenden Einfuhrmeldungen zusammengestellt. Sie umfaßt den Generalhandel, also im Gegensatz zur Exportstatistik, die nur den Spezialhandel berücksichtigt, auch die Einfuhr auf Lager. Eine schätzungsweise Ermittlung des Jahresergebnisses 1970 ist wegen fehlender Vergleichszahlen aus dem Vorjahr nicht möglich. Von Januar bis September 1970 führte Rheinland-Pfalz Waren im Wert von 3,4 Mrd. DM aus dem Ausland ein, was einem Monatsdurchschnitt von rund 380 Mill. DM entspricht. Über die Hälfte des Imports kam aus den Ländern der EWG, insbesondere Frankreich und Italien, und 12% aus den EFTA-Ländern. Die Vereinigten Staaten lieferten für 388 Mill. DM (11%) Waren. Erwartungsgemäß ist bei der Einfuhr der Anteil der Ernährungswirtschaft mit 15% wesentlich größer als bei den Exporten (3%).

#### Steigende Einzelhandelspreise verteuern Lebenshaltung

Der rheinland-pfälzische Einzelhandel zeigt im Berichtsjahr ähnliche Tendenzen wie die bisher aufgeführten Wirtschaftszweige. Bei stagnierender Beschäftigung nahmen die Umsätze nicht unbeträchtlich zu. Der Index für die *Beschäftigten* auf Basis 1962 gleich 100 liegt im Monatsdurchschnitt 1970 ebenso wie 1969 bei 96, derjenige für die *Einzelhandelsumsätze* ist im gleichen Zeitraum um rund 10% auf 157 gestiegen (Bundesgebiet Januar bis Oktober + 11%). Die Einzelhandelsbranchen trugen

#### Einzelhandel und Lebenshaltung

Berichtsmerkmal	Einheit	1970	Veränderung zum Vorjahr in %	
			1969	1970
Rheinland-Pfalz				
Beschäftigte	1962=100	96	-	-
Umsatz	"	157	11,7	10
Index der Einzelhandelspreise im Bundesgebiet im Oktober	"	113	1,8	4
Preisindex für die Lebens- haltung im Bundesgebiet im Oktober	"	125	2,8	4
Alle privaten Haushalte	"			
Nahrungsmittel	"	115	4,0	2
Dienstleistungen	"	143	2,3	6
Wohnungsmieten	"	165	6,5	5
4-Personenhaushalte von Angestellten und Beamten mit hohem Einkommen	"	124	2,3	4
4-Personen-Arbeitnehmer- haushalte mit mittlerem Einkommen	"	124	3,0	4
2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfe- empfängern	"	127	3,6	4
Bundesgebiet (Januar - Oktober)				
Beschäftigte	1962=100	103	-	-
Umsatz	"	172	10,1	11

in unterschiedlichem Umfang zu den Veränderungsraten bei. An der Spitze rangiert der Einzelhandel mit Waren aus Metall, Kunststoffen, Keramik und Holz, der als einziger Zweig auch einen nennenswerten Beschäftigungszuwachs hatte (+ 6%), mit einem Umsatzwachstum von mehr als 20%. Jeweils 14% mehr setzten der Einzelhandel mit elektrotechnischen, feinmechanischen und optischen Erzeugnissen sowie mit Fahrzeugen, Maschinen und Büroeinrichtungen um, bei leicht rückläufiger bzw. konstanter Beschäftigtenzahl. Der Einzelhandelsumsatz mit Kohle- und Mineralölprodukten nahm um 11% zu. Die übrigen Zweige, hierunter auch die Warenhäuser mit Waren verschiedener Art, hatten Zuwachsraten zwischen 7% und 10%.

Die Umsatzsteigerungen im Einzelhandel sind zu einem Teil auf die Weitergabe der höheren Einstandspreise und *Gehälter* an die Verbraucher zurückzuführen. Männliche Angestellte im Einzelhandel verdienten im Juli 1970 durchschnittlich 15%, weibliche Angestellte 11% mehr als im Jahr zuvor. Diese Gehaltsanhebungen führten zu einem recht beachtlichen Anziehen der Einzelhandelspreise, die im Bundesgebiet von Oktober 1969 auf Oktober 1970 um durchschnittlich 4% gestiegen sind. Zwischen den Einzelhandelszweigen waren die Preissteigerungen von sehr unterschiedlichem Ausmaß: Kohle- und Mineralölprodukte verzeichneten mit + 9% den stärksten Auftrieb, während Nahrungs- und Genußmittel nur um etwas weniger als 2% teurer geworden sind.

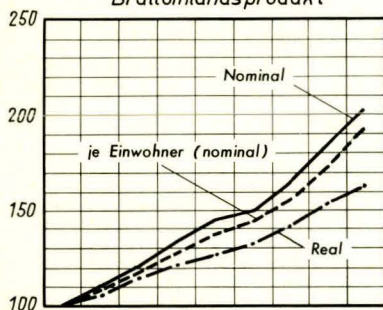
Die Preissteigerungen im Einzelhandel sind von ausschlaggebender Bedeutung für die Vertéuerung der *Lebenshaltung*, weil der überwiegende Teil der Güter für den privaten Verbrauch über den Einzelhandel bezogen wird. Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte, der nur für das Bundesgebiet insgesamt errechnet wird, weil



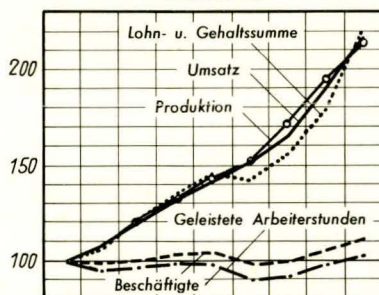
# Kurven zur Wirtschaftsentwicklung 1962-1970

1962 = 100

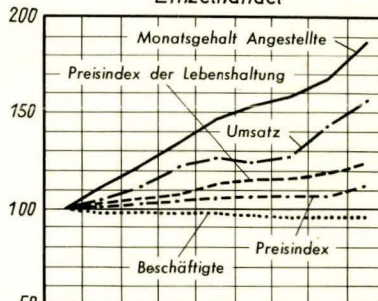
Bruttoinlandsprodukt



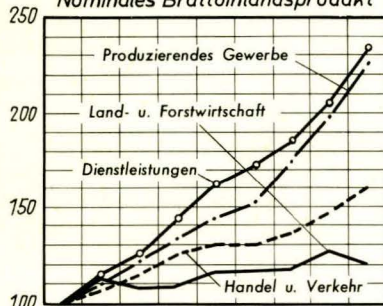
Industrie



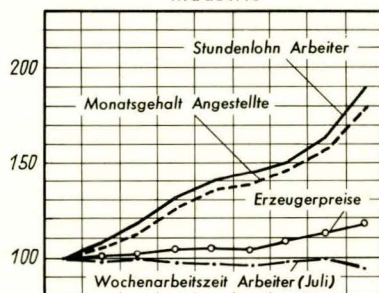
Einzelhandel



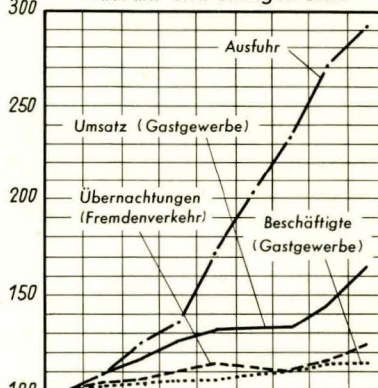
Nominales Bruttoinlandsprodukt



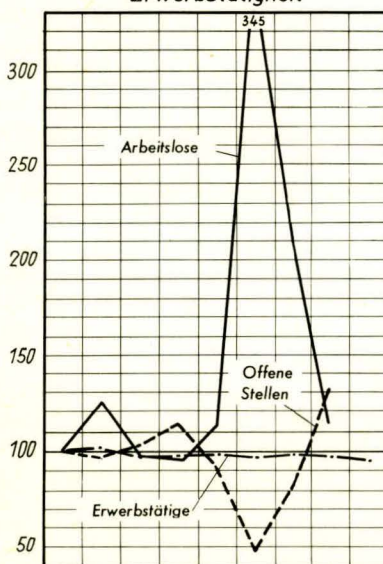
Industrie



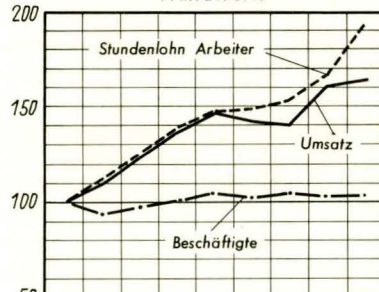
Ausfuhr und Gastgewerbe



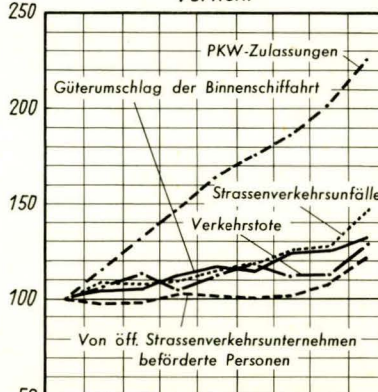
Erwerbstätigkeit



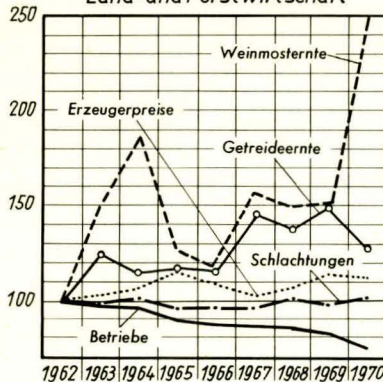
Handwerk



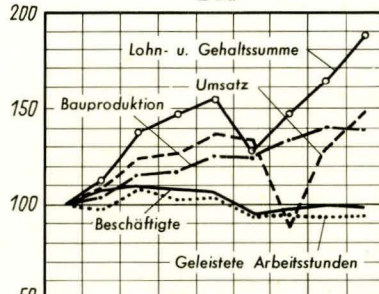
Verkehr



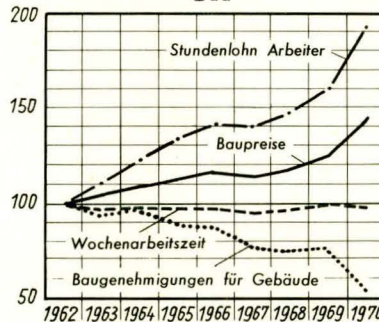
Land- und Forstwirtschaft



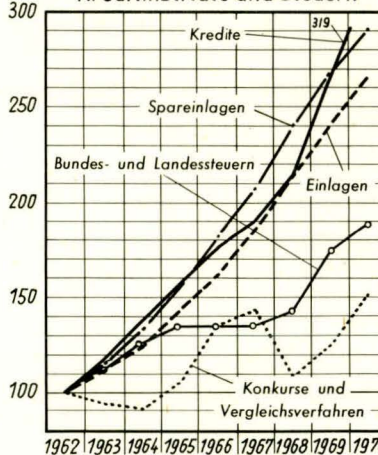
Bau



Bau



Kreditinstitute und Steuern





hier keine allzugroßen länderspezifischen Unterschiede zu erwarten sind, hat von Oktober 1969 bis Oktober 1970 ebenso wie die Einzelhandelspreise um rund 4% zugenommen. Nahrungsmittel haben sich unterdurchschnittlich um weniger als 2% verteuert, die besonders ernte-, saison- oder witterungsabhängigen sind sogar wesentlich billiger geworden (—8%). Dagegen sind die Preise für Dienstleistungen und Reparaturen, die auch den Gaststättenbesuch einschließen, um 6%, die Wohnungs- und Garagenmieten um 5% gestiegen. Von der Entwicklung waren alle im Preisindex für die Lebenshaltung ausgewiesenen Haushaltstypen, 4-Personen-Haushalte von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen, 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen und 2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern annähernd in gleichem Umfange betroffen. Lediglich die Lebenshaltungskosten für ein Kind sind hiervon in etwas geringerem Maße berührt worden (+3%).

### Witterung begünstigt Fremdenverkehr

Für das rheinland-pfälzische Gastgewerbe und insbesondere für den Fremdenverkehr brachte der lange und schöne Sommer 1970 geschäftlich so gute Ergebnisse, wie sie seit Jahren nicht mehr erzielt werden konnten. Trotz der auch hier spürbar verschlechterten Personalsituation — die Beschäftigtenzahl nahm um etwa 1% ab — ist für das gesamte Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe eine Umsatzsteigerung von fast 14% zu erwarten. Überdurchschnittlich profitierte mit +18% das Gaststättengewerbe von dieser Entwicklung (Bundesdurchschnitt +6%), während das Beherbergungsgewerbe nur einen Mehrumsatz von 7% meldete (Bundesgebiet Januar bis Oktober ebenfalls +7%). Diese im Vergleich zum Gaststättengewerbe relativ niedrige Zuwachsrates resultiert allerdings aus einem stark gestiegenen Übernachtungsumsatz, der nahezu um ein Fünftel über dem des Vorjahres liegt, und einer geringeren Ausdehnung des Verpflegungsumsatzes (+5%).

Zu Beginn des Sommerhalbjahres, am 1. April 1970, waren in 241 rheinland-pfälzischen Gemeinden, die zur Fremdenverkehrsstatistik berichten,

insgesamt 3 600 *Beherbergungsbetriebe* ansässig. Außerdem standen 46 Jugendherbergen und 105 anerkannte Campingplätze dem Fremdenverkehr zur Verfügung. Das vielseitige Angebot wird durch Privatquartiere abgerundet. Auch im Beherbergungsgewerbe zeigte sich der Trend zu größeren Betriebseinheiten, die rationeller bewirtschaftet werden können. So hat die Zahl der Betriebe, insbesondere derjenigen mit weniger als 20 Betten, sich verringert und gleichzeitig die Zahl der Betten um 1 800 oder 2% auf 88 900 zugenommen. Unter den Fremdenverkehrsgebieten hat das Rheintal, gemessen an der Zahl verfügbarer Fremdenbetten, seine führende Stellung an das Fremdenverkehrsgebiet Mosel/Saar verloren. Dort erhöhte sich die Beherbergungskapazität um 5% auf 19 200 Betten, im Rheintal reduzierte sie sich geringfügig auf 18 300. Größer als 1969 war die Bettenkapazität auch im Gebiet Eifel/Ahr (15 500 Betten), in der Pfalz (11 200), im Gebiet Hunsrück/Nahe/Glan (7 100 Betten) und in Rheinhessen (4 100), während Westerwald, Lahn und Taunus wie das Rheintal eine geringe Einbuße erlitten.

Infolge der günstigen Witterung kamen mehr Gäste ins Land, so daß die vorhandenen Übernachtungsmöglichkeiten stärker ausgenutzt werden konnten. Im Sommerhalbjahr (1. April bis 30. September) wurden in den Berichtsgemeinden insgesamt rund 1,9 Mill. Gäste und 7,0 Mill. *Übernachtungen* gezählt. Das sind 6 bzw. 4% mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Anders als bei der Bettenkapazität dominierten hier Eifel und Ahr mit rund 1,4 Mill. Übernachtungen. Im großen und ganzen verlief die Entwicklung der Übernachtungszahlen in den Fremdenverkehrsgebieten so, wie nach den Kapazitätsveränderungen erwartet worden war. In der Eifel, an der Ahr und in der Pfalz, die ihre Bettenkapazität am stärksten vergrößerten, haben auch die Übernachtungen am stärksten zugenommen (+10 bzw. +11%). Auch für das Rheintal ist, trotz der Verringerung der Bettenzahl, eine Zunahme der Übernachtungen festzustellen, während von den Fremdenverkehrsgemeinden von Hunsrück, Nahe, Glan sowie Westerwald, Lahn und Taunus sogar ein, wenn auch ganz geringer, Rückgang der Übernachtungszahlen gemeldet wurde.

Unter den angekommenen Gästen waren wieder sehr viele *Ausländer* (539 838), in erster Linie Niederländer (27,1%), Amerikaner (20,9%) und Engländer (18,4%). Während das Rheintal und die Pfalz von Gästen aus Großbritannien bevorzugt wurden, hatten Rheinhessen, Hunsrück, Nahe und Glan vorwiegend amerikanische Gäste. Eifel, Ahr, Mosel, Saar, Westerwald, Lahn und Taunus wurden überwiegend von Holländern besucht.

*Jugendherbergen und Campingplätze* verzeichneten im Sommerhalbjahr rückläufige Besucherzahlen (—1,8% bzw. —10,1%).

### Verkehrsdichte macht öffentliche Verkehrsmittel attraktiver

Der Güterverkehr der rheinland-pfälzischen *Binnenschifffahrt* konnte erneut mit dem Wachstum in

Gastgewerbe und Fremdenverkehr

Berichtsmerkmal	Einheit	1970	Veränderung zum Vorjahr in %	
			1969	1970
<u>Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe</u>				
Beschäftigte	1962=100	113	3,1	- 1
Umsatz	"	165	8,5	14
<u>Fremdenverkehr im Sommerhalbjahr</u> (241 Berichtsgemeinden)				
Bettenkapazität	Anzahl	88 915	7,0	2
Gäste	1 000	1 876	5,5	6
Übernachtungen	"	6 964	3,1	4
Rheintal	"	1 317	- 1,0	4
Rheinhessen	"	329	21,8	6
Eifel / Ahr	"	1 378	4,6	10
Mosel / Saar	"	1 356	7,9	1
Hunsrück / Nahe / Glan	"	676	0,1	- 0
Westerwald / Lahn / Taunus	"	1 034	- 1,4	- 0
Pfalz	"	873	2,6	11



Berichtsmerkmal	Einheit	1970	Veränderung zum Vorjahr in %	
			1969	1970
<u>Binnenschifffahrt</u>				
Güterumschlag	Mill. t	39, 1	1, 0	5
Versand	"	20, 4	- 2, 0	11
Empfang	"	18, 7	4, 1	1
<u>Bundesbahn (Güterzüge)</u>				
Zugkilometer	1 000	13 579	9, 1	4
Bruttotonnenkilometer	Mill.	12 242	8, 9	10
Nettotonnenkilometer	"	5 744	19, 9	11
<u>Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen</u>				
Beförderte Personen				
Allgemeiner Linienverkehr	1 000	266 859	0, 9	11
Berufsverkehr	"	9 322	2, 9	25
Schülerverkehr	"	17 450	.	45
<u>Kraftfahrzeugbestand</u>				
Krafträder	Anzahl	15 999	- 14, 6	- 15
Personenkraftwagen	"	754 641	8, 4	11
unter 1 000 ccm Hubraum	"	120 402	- 1, 1	- 1
1 000 - 1 500 " "	"	421 888	7, 6	10
über 1 500 " "	"	211 687	17, 9	21
Lastkraftwagen	"	59 642	3, 4	6

anderen Wirtschaftszweigen nicht Schritt halten. Bei einer aus den ersten neun Monaten des Jahres sich ergebenden Zuwachsrates von knapp 5% ist für 1970 mit einem Güterumschlag von rund 39 Mill. t zu rechnen, sofern nicht durch zu hohen oder zu niedrigen Wasserstand der Flüsse die Entwicklung noch nachhaltig beeinflusst wird. Im Bundesgebiet ist der Umschlag der Binnenschifffahrt von Januar bis Juli gegenüber dem Vorjahr um 5% zurückgegangen.

Beachtliche Unterschiede in der Entwicklung des Güterumschlags zeigen sich zwischen den einzelnen Häfen. Während die meisten wichtigeren Häfen am Mittelrhein (nordrhein-westfälische Grenze bis Worms), mit Ausnahme von Andernach, Bendorf, Koblenz und Ingelheim, sowie an Mosel und Lahn zum Teil spürbare Rückgänge hinnehmen mußten, überwiegen am Oberrhein die Zunahmen. Insbesondere der vor nicht ganz vier Jahren eröffnete Hafen Wörth hat sein Umschlagvolumen im zu Ende gehenden Jahr weit mehr als verdoppelt, und auch Speyer verzeichnete mit einem Zuwachs von über 30% ein sehr gutes Ergebnis.

Stärker als die Binnenschifffahrt hat die *Deutsche Bundesbahn* von der Hochkonjunktur profitiert, wenn auch die Zuwachsraten die Höhe des Vorjahres nicht mehr erreichen. Die Zahl der von Güterzügen zurückgelegten Zugkilometer hat nach den Angaben der Bundesbahndirektion Mainz, deren Gebiet den größten Teil von Rheinland-Pfalz einnimmt, um 4% zugenommen, die Zahl der Bruttotonnenkilometer um knapp 10% und die der Nettotonnenkilometer um mehr als 11%, was auf eine durchschnittlich wesentlich bessere Kapazitätsausnutzung schließen läßt. Auch im Reiseverkehr ist 1970 der Zuwachs nicht mehr so groß wie 1969.

Im öffentlichen *Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen* hat sich dagegen die positive Entwicklung des Vorjahres verstärkt fortgesetzt. Der zunehmende Parkraumangel in den Städten

veranlaßte viele, insbesondere auch Erwerbstätige, von dem Angebot der Straßenverkehrsunternehmen Gebrauch zu machen, was in der Steigerung der im allgemeinen Linienverkehr beförderten Personen um 11% und im Berufsverkehr (+ 25%) seinen Niederschlag findet. Noch deutlicher ist die Zunahme des Schülerverkehrs gewesen. Hauptsächlich wohl die Forcierung des Besuchs von Mittelpunktsschulen ließ die Zahl der beförderten Schüler um nicht weniger als 45% auf 17,5 Mill. anwachsen. Starke Impulse durch den Mietwagenverkehr (+ 17%) bewirkten beim Gelegenheitsverkehr eine Zunahme der beförderten Personen um rund 15%. Die gefahrenen Wagenkilometer haben sich nicht ganz in diesem Umfang vergrößert, woraus entnommen werden kann, daß auch bei den Straßenverkehrsunternehmen die Kapazitäten besser ausgelastet waren als 1969.

In der Entwicklung des *Kraftfahrzeugbestandes* hat sich die seit Jahren zu beobachtende Tendenz fortgesetzt. Der Bestand an Motorrädern und Motorrollern ist von Juni 1969 bis Juni 1970 erneut um 15% auf jetzt 16 000 geschrumpft. Vor 15 Jahren gab es noch zehnmal so viele Krafträder. Erneut zugenommen hat dagegen die Zahl der Personautos, und zwar um 11%. Obwohl die Kleinwagen mit weniger als 1 000 ccm Hubraum weiter an Bedeutung verloren haben, zählte Mitte des Jahres immer noch jedes sechste Auto zu dieser Kategorie. Der Trend vom Kleinwagen zum Mittelklassewagen und von der Mittelklasse zu einem großen Wagen zeigt sich auch in der Zuwachsrates von + 21% bei den Autos ab 1 500 ccm. In dieser Hubraumklasse waren Mitte des Jahres 212 000 Pkw zugelassen. Das Gros des Automobilbestandes findet sich in der Klasse von 1 000 bis 1 499 ccm Hubraum, deren Zahl um 10% auf 422 000 zugenommen hat und weit mehr als die Hälfte des Gesamtbestandes ausmacht. Außerdem waren am 30. Juni des Jahres 71 200 Kombiwagen (+ 11%), 59 600 Lastkraftwagen (+ 6%), 2 400 Omnibusse (+ 11%), 123 400 meist landwirtschaftliche Zugmaschinen (+ 4%), 7 500 Sonderkraftfahrzeuge (+ 10%) und 38 300 Kraftfahrzeuganhänger (+ 9%) polizeilich gemeldet.

In Rheinland-Pfalz kommen 1970 auf 1 000 Einwohner 225 Pkw, fast soviel wie im Bundesdurchschnitt (228). In den USA sind es 424 (1969). Im Jahre 1950 waren es hierzulande erst 10 gewesen, im Bundesgebiet 11. Anders ausgedrückt: 1950 entfiel ein Pkw auf 97 Einwohner (Bundesgebiet 91), 1970 auf 4 Einwohner. Im Bundesgebiet kamen 1970 ebenfalls rund 4 Einwohner auf einen Pkw, in den USA 2.

#### Straßenverkehrsunfälle: Trauriger Rekord

Einen nicht unbeträchtlichen materiellen Schaden erleidet die Volkswirtschaft alljährlich durch Straßenverkehrsunfälle. Nach den bis Redaktionsschluß vorliegenden Ergebnissen ist das Jahr 1970 nicht nur das bisher unfallreichste überhaupt, auch die Zuwachsraten sind seit Jahren nicht mehr so hoch ausgefallen. Während 1969 die Zahl der Unfälle relativ wenig angestiegen ist und die der Getöteten und Verletzten sogar geringer war als im Jahr zu-



# Straßenverkehrsunfälle

Berichtsmerkmal	Einheit	1970	Veränderung zum Vorjahr in %	
			1969	1970
Unfälle insgesamt	Anzahl	90 282	2, 4	15
mit schwerem Sachschaden	"	10 818	2, 4	23
mit Personenschaden	"	22 561	- 3, 9	12
Verletzte	"	32 665	- 2, 9	13
Schwerverletzte	"	11 010	- 4, 2	10
Getötete	"	1 306	- 7, 2	21

vor, sind 1970 etwa 15% mehr Unfälle passiert als 1969. Dabei sind mehr als 1 300 Verkehrsteilnehmer ums Leben gekommen, 11 000 Personen trugen schwere und 21 600 leichtere Verletzungen davon. Die Zahl der Verkehrstoten ist um über 20%, der Schwerverletzten um 10% und die der Leichtverletzten um 14% höher als im Jahr zuvor. Unfälle mit schwerem Sachschaden haben um 23%, mit geringerem Schaden um 14% zugenommen. Häufigste Unfallursachen waren zu schnelles Fahren, Fehler beim Überholen und Begegnen, Nichtbeachten der Vorfahrt und Alkoholeinfluß.

## Weniger Briefe - mehr Telefongespräche

Die Geschäftstätigkeit der Deutschen Bundespost zeigt 1970 wieder charakteristische Entwicklungstendenzen, wie sie schon seit längerer Zeit festge-

# Deutsche Bundespost

Berichtsmerkmal	Einheit	1970	Veränderung zum Vorjahr in %	
			1969	1970
Briefsendungen	Mill.	447	4, 5	- 2
Paketsendungen	1 000	13 755	2, 3	2
Aufgegebene Telegramme	"	718	- 4, 7	- 3
Fernschreibanschlüsse	Anzahl	3 450	8, 5	10
Fernsprechstellen	1 000	666	13, 2	11
Telefongespräche (nur Ferngespräche)	Mill.	208	13, 0	12
Rundfunkgenehmigungen } Sep-	1 000	1 098	2, 4	1
Fernsehgenehmigungen } tember	"	941	7, 8	4

stellt wurden. Insbesondere geht der Brief- und Telegrammverkehr zugunsten des für den Postkunden wesentlich bequemeren Telefon- und Fernschreibverkehrs zurück. 1970 wurden im Bereich der Oberpostdirektionen Koblenz, Trier und Neustadt, die mit den Grenzen von Rheinland-Pfalz identisch sind, 447 Mill. Briefsendungen befördert, 2% weniger als 1969. Die Zahl der aufgegebenen Telegramme ist um 3% auf 718 000 zurückgegangen. Zugenommen hat hingegen die Zahl der Fernschreibanschlüsse (+ 10%) und Fernsprechstellen (+ 11%). Insgesamt wurden im Berichtsjahr 208 Mill. Ferngespräche geführt, das sind 12% mehr als 1969. Hierin sind die Ortsgespräche, über die zur Zeit noch keine Angaben vorliegen, nicht enthalten.

Eine weitere wichtige Aufgabe der Bundespost ist die Einrichtung und Unterhaltung der Rundfunk- und Fernsehleinrichtungen. Hier hat die Zahl der Genehmigungen, insbesondere bei den Radiohörern, einen gewissen Sättigungsgrad erreicht. Ende August 1970 waren 1,098 Mill. Rundfunkgenehmigungen erteilt, nicht ganz 2% mehr als vor einem Jahr. Die Zahl der Fernseh Rundfunkgeneh-

migungen hat im gleichen Zeitraum um 5% auf 941 000 zugenommen.

## Spareinlagen erneut gestiegen

In starkem Maße waren die Kreditinstitute an der Hochkonjunktur des auslaufenden Jahres beteiligt, obwohl auch sie nicht mehr die Wachstumsraten des Vorjahres erreichen konnten. Trotz der hohen Mindestreservesätze war das Aktivgeschäft der Banken erneut lebhafter als das Passivgeschäft. Insgesamt haben die Kredite an Nichtbanken, das sind überwiegend Unternehmen und Privatpersonen, nach den bis jetzt vorliegenden Ergebnissen (Januar bis September) zum Jahresende den Stand von rund 21 Mrd. DM erzielt, was einer Zunahme gegenüber 1969 um 19% entspricht. Im Jahr zuvor war die Zuwachsrate noch um 2 Prozentpunkte höher ausgefallen. Überdurchschnittlich gewachsen sind, anders als 1969, in erster Linie die mittelfristigen Kredite, die um fast 30% zunahmen, und die kurzfristigen Kredite (+ 22%). Die langfristigen Kredite, die mit annähernd zwei Dritteln des Kreditvolumens den wichtigsten Posten des Aktivgeschäftes darstellen, sind Ende 1970 fast 16% höher als vor Jahresfrist.

Die Einlagen und die von Nichtbanken aufgenommenen Kredite dürften sich von Ende Dezember 1969 auf Ende Dezember 1970 um rund 8% auf über 17 Mrd. DM erhöhen. Im Vorjahr hatte sich das Passivgeschäft noch um 10% vergrößert. Sichtverbindlichkeiten und Termingelder verzeichneten mit + 10% annähernd die gleiche Wachstumsrate wie 1969, während die Spareinlagen, die mit mehr als 10 Mrd. DM weit über die Hälfte des Passivgeschäftes der Banken und Sparkassen ausmachten, mit + 9% ebenfalls über dem Durchschnitt blieben, aber die Veränderungsrate von 1969 (+ 12%) nicht mehr erreichen konnten. Möglicherweise wird die Zuwachsrate der Spareinlagen im letzten Quartal des Jahres noch stärkere Impulse durch das 3. Vermögensbildungsgesetz erhalten, das erst zur Jahresmitte verabschiedet wurde und rückwirkend zum 1. Januar 1970 eine Verdoppelung des steuer- und versicherungsfreien Sparbetrags von bisher 312 auf 624 DM ermöglicht.

Bis zur Jahresmitte war bei den Zahlungsschwierigkeiten gegenüber dem Vorjahr bereits ein An-

# Geld und Kredit

Berichtsmerkmal	Einheit	1970	Veränderung zum Vorjahr in %	
			1969	1970
<u>Kreditinstitute</u>				
Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	21 050	21, 4	19
kurzfristig	"	5 473	26, 2	22
mittelfristig	"	2 399	17, 6	30
langfristig	"	13 198	20, 2	16
Einlagen und aufgenommene Kredite	"	17 179	10, 4	8
Sicht- und Termingelder	"	5 529	10, 5	10
Spareinlagen	"	10 249	11, 7	9
<u>Zahlungsschwierigkeiten</u> (Januar - September)				
Konkurse	Anzahl	148	18, 6	29
Vergleichsverfahren	"	19	-	58
Gesamtforderungshöhe	Mill. DM	28, 6	110, 0	- 21



stieg um 16% zu verzeichnen, der sich im 3. Quartal verstärkt fortgesetzt hat. Auch diese Tatsache ist als Indiz für die in nahezu allen Wirtschaftszweigen festzustellende Abflachung der Konjunkturwelle zu werten. Insgesamt wurden von den Amtsgerichten des Landes in den ersten drei Quartalen dieses Jahres 148 Konkurse und 19 Vergleichsverfahren gemeldet. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres waren es 115 bzw. 12 gewesen. Die Gesamtforderungshöhe belief sich in den ersten neun Monaten dieses Jahres auf 28,6 Mill. DM (Vorjahr 36,1 Mill. DM).

#### Erwartungen über Steuereinnahmen nicht erfüllt

Die Vorausschätzung des Steueraufkommens von seiner Entstehungs- (Steuerarten) und Verteilungsseite her (Gebietskörperschaften), unterliegt eigenen Gesetzmäßigkeiten und ist mit besonderen Schwierigkeiten verbunden, weil hier die November- und Dezemberergebnisse von wesentlich stärkerem Einfluß auf das Jahresergebnis sind als bei den meisten Wirtschaftsstatistiken. Dennoch zeichnen sich auch hier zum Herbst hin bereits die wichtigsten Eckdaten und Entwicklungstendenzen ab.

Das *kassenmäßige Steueraufkommen* an Bundes- und Landessteuern blieb hinter den Erwartungen zurück. Es belief sich in den ersten zehn Monaten des Jahres auf rund 4,7 Mrd. DM und hat damit den Betrag aus dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um etwas mehr als 8% übertroffen. Legt man diese Zuwachsrate auch für die beiden letzten Monate zugrunde, so ist mit einem Gesamtaufkommen an staatlichen Steuern von rund 5,9 Mrd. DM zu rechnen.

In der Entwicklung der einzelnen *Steuerarten* sind bereits deutliche Unterschiede zu erkennen. Das Aufkommen aus gemeinschaftlichen Steuern, zu denen nach dem Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 28. August 1969 außer den Steuern vom Einkommen seit Januar 1970 auch die Steuern vom Umsatz zählen, hat von Januar bis Oktober einen um 2% höheren Betrag erreicht als 1969, der aus einer beträchtlichen Zunahme der Einkommensteuern und einem Minderaufkommen aus Umsatz- und Einfuhrumsatzsteuer resultiert. Die kassenmäßigen Einnahmen aus Landessteuern weisen im gleichen Zeitraum ein Mehr von über 11% auf. Die ausgeprägtesten Wachstumsraten verzeichneten mit annähernd + 30% die Bundessteuern, die seit Januar 1970 auch Kapitalverkehrsteuern, Versicherungsteuer und Wechselsteuer einschließen. Zu dieser positiven Entwicklung haben in erster Linie die Verbrauchsteuern beigetragen, und hier namentlich die Mineralölsteuer, deren Aufkommen sich in den Monaten Januar bis Oktober 1970 gegenüber dem gleichen Zeitraum 1969 beinahe verdreifacht hat, und die damit aufkommensmäßig fast die Bedeutung des Branntweinmonopols erreichte.

Daß dennoch die *Steuereinnahmen des Landes* in den ersten zehn Monaten des Jahres wesentlich stärker angestiegen sind als diejenigen *des Bundes* (+ 28% gegenüber + 4%), hat seine Ursache in der Neuverteilung der Steuererträge zwischen Bund und Ländern. Danach reduziert sich der Anteil des

Steueraufkommen Januar - Oktober

Berichtsmerkmal	Einheit	1970	Veränderung z. Vorjahr in %	
			1969	1970
<u>Staatsfinanzen</u>				
Kassenmäßige Steuereinnahmen	Mill. DM	4 653	21,3	8
Gemeinschaftliche Steuern	"	3 434	24,7	4
Steuern vom Einkommen	"	2 194	15,5	14
Steuern vom Umsatz	"	1 240	37,6	- 10
Umsatzsteuer	"	1 004	37,2	- 7
Bundessteuern	"	844	14,3	29
Zölle	"	107	25,2	27
Verbrauchsteuern	"	658	12,2	35
Branntweinmonopol	"	237	14,0	7
Mineralölsteuer	"	212	19,5	185
Landessteuern	"	375	5,8	11
Vermögensteuer	"	89	4,0	27
Kraftfahrzeugsteuer	"	193	7,4	9
Steuereinnahmen des Bundes	"	2 766	24,5	4
des Landes	"	2 085	16,4	28
Nachrichtlich:				
Gemeindeanteil an der Lohn- und veranlagten Ein- kommensteuer	"	247	.	.
Einnahmen des Landes a.dem Länderfinanzausgl. (15,6 % des Umsatzsteueraufk.)	"	167	.	.
<u>Kommunalfinanzen</u>				
(Januar - September)				
Steuereinnahmen der Gemein- den und Gemeindeverbände	"	664	9,8	3
Verschuldung der Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern (einschl. Gv., ohne Verbandsgemeinden)	"	2 441	10,1	19

Landes an den Steuern vom Einkommen, an denen jetzt auch die Gemeinden partizipieren; gleichzeitig erhielten die Länder jedoch Anrecht auf 30% der Umsatzsteuer, die gemäß § 2 der genannten Durchführungsverordnung regional unterschiedlich nach einem Schlüssel verteilt werden, der eine Mindestausstattung für steuerschwächere Länder vorsieht.

Die kassenmäßigen *Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände* lagen in den ersten drei Quartalen 1970 um rund 3% höher als im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres. Die Ursache für die relativ schwache Zuwachsrate hat vor allem zwei Gründe. Zum einen sind infolge nachträglicher Berechnung nur zwei Quartale der Einnahmen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer berücksichtigt und zum anderen haben insbesondere die kleineren Gemeinden im Hinblick auf die ab Januar 1970 abzuführende Gewerbesteuerumlage die Einziehung der Gewerbesteuer im letzten Quartal 1969 intensiviert. Das Aufkommen aus dieser Steuer war im ersten Quartal 1970 nicht einmal halb so groß wie im letzten Quartal 1969.

Die *Verschuldung der Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern* (ohne Verbandsgemeinden) hat, ohne Berücksichtigung der Kassenkredite, mit 2,4 Mrd. DM zum 30. September 1970 den Stand vom September 1969 um rund 20% überschritten. Gleichzeitig haben die *Bauinvestitionen* dieser Gebietskörperschaften um 8% zugenommen.

Diplom-Volkswirt J. Gebauer



## Die „Kleine Kommunalwahl“ am 8. November 1970

Im Zuge weiterer territorialer Verwaltungsreformen fanden am 8. November 1970 im nördlichen Teil des Landes auf Grund von Neubildungen und Umbildungen in sechs Landkreisen Kreistagswahlen, in 34 Städten und Gemeinden Gemeinderatswahlen und in 68 Verbandsgemeinden die Wahlen zu Verbandsgemeindevertretungen statt. Rund ein Drittel der wahlberechtigten Bevölkerung von Rheinland-Pfalz war von den territorialen Neu- und Umbildungen betroffen.

Erst 17 Monate waren seit den allgemeinen Kommunalwahlen und nur 14 Monate seit der Bundestagswahl vergangen. Die zu den Stadt- und Gemeinderatswahlen aufgerufene Bevölkerung zeigte keinerlei Wahlmüdigkeit, war doch eine um 4,4 Punkte stärkere Wahlbeteiligung (74,9%) festzustellen. Die Wahlbeteiligung zu den Kreistagswahlen ging dagegen um 6,8 Punkte auf 71,4% zurück und unterschied sich kaum von der bei den Wahlen zu den Verbandsgemeindevertretungen ermittelten Wahlbeteiligung.

Faßt man die Stimmenergebnisse der Wahlen zu den sechs Kreistagen und die auf den neuen Gebietsstand umgerechneten Vergleichszahlen der Kreistagswahlen von 1969 zusammen, so zeigt sich,

Gesamtstimmenergebnis der Kreistagswahlen von 6 Landkreisen

Berichtsmerkmal	8. November 1970		8. Juni 1969 <sup>1)</sup>	
	Anzahl	%	Anzahl	%
Wahlberechtigte	448 111	.	414 336	.
Wähler / Wahlbeteiligung	319 759	71,4	324 117	78,2
Ungültige Stimmen	10 045	3,1	15 450	4,8
Gültige Stimmen	309 714	96,9	308 667	95,2
CDU	187 481	60,5	175 891	57,0
SPD	95 907	31,0	93 955	30,4
FDP	18 299	5,9	29 781	9,6
Wählergruppen	8 027	2,6	9 040	2,9

1) Auf den Gebietsstand vom 8. 11. 1970 umgerechnete Ergebnisse.

daß die CDU ihren Stimmenanteil um 3,5 Punkte auf 60,5 % und die SPD um 0,6 Punkte auf 31,0% erhöhen konnte, während der Anteil der FDP um 3,7 Punkte auf 5,9% und der der Wählergruppen von 2,9 auf 2,6% sank. In allen sechs Landkreisen ist die CDU ebenso wie die SPD vertreten, während Mitglieder der FDP nur in zwei Kreistage, Mitglieder einer Wählergruppe nur noch in einen Kreistag einziehen konnten.

Das hervorstechendste Resultat des zusammengefaßten Wahlergebnisses der Stadt- und Gemeinderatswahlen ist der Rückgang der Wählergruppen. 1969 vereinigten Wählergruppen noch 14,5% aller Stimmen, nunmehr erhielten sie nur 5,5%. Die CDU erzielte den stärksten Stimmengewinn, indem sie

ihren Stimmenanteil von 36,9 auf 43,5% anheben konnte. Die Zunahme des Stimmenanteils der SPD auf 42,5% betrug 2,7 Prozentpunkte. Bei den Stadt-

Gesamtstimmenergebnis der Gemeinderatswahlen von 34 Städten und Gemeinden

Berichtsmerkmal	8. November 1970		8. Juni 1969 <sup>1)</sup>	
	Anzahl	%	Anzahl	%
Wahlberechtigte	236 175	.	219 317	.
Wähler / Wahlbeteiligung	176 779	74,9	154 529	70,5
Ungültige Stimmen	3 188	1,8	4 275	2,8
Gültige Stimmen	173 591	98,2	150 254	97,2
CDU	75 427	43,5	55 405	36,9
SPD	73 845	42,5	59 774	39,8
FDP	9 033	5,2	8 174	5,4
NPd	531	0,3	1 139	0,8
DKP	551	0,3	561	0,4
Wählergruppen	9 502	5,5	21 728	14,5
Mehrheitswahl	4 702	2,7	3 473	2,3

1) Auf den Gebietsstand vom 8. 11. 1970 umgerechnete Ergebnisse.

und Gemeinderatswahlen konnte die FDP ihren Stimmenanteil von etwas mehr als 5% gegenüber 1969 halten.

Zu den Wahlen der Vertretungskörperschaften von 68 Verbandsgemeinden hatten CDU und SPD in allen, die FDP in 44 und insgesamt 66 Wählergruppen in 39 Verbandsgemeinden Wahlvorschläge eingereicht. Mit einem Stimmenanteil von durchschnittlich 52,7% ist die CDU in allen 68 Verbandsgemeinden, in 39 von ihnen mit absoluter Mehrheit, in 13 mit relativer Mehrheit vertreten. Auf die SPD entfielen 30,4% aller Stimmen; auch sie ist in allen Verbandsgemeinden, davon in 4 mit absoluter und in 9 mit relativer Mehrheit vertreten. Die FDP zog

Gesamtstimmenergebnis der Wahlen zu den Vertretungskörperschaften von 68 Verbandsgemeinden

Berichtsmerkmal	8. November 1970	
	Anzahl	%
Wahlberechtigte	629 016	.
Wähler / Wahlbeteiligung	447 627	71,2
Ungültige Stimmen	13 765	3,1
Gültige Stimmen	433 862	96,9
CDU	228 634	52,7
SPD	132 069	30,4
FDP	23 500	5,4
Wählergruppen	49 659	11,4

in 33 der 44 Verbandsgemeinden ein, an deren Wahl sie sich beteiligt hatte, während 63 von 66 Wählergruppen in 38 Verbandsgemeinden zu Sitzen kamen.

Dr. P. Schuck



# Wohnungsmieten 1968

Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung vom 25. Oktober 1968

## 1. Methodische Vorbemerkungen

Die Durchleuchtung des gesamten Mietengefüges gehörte mit zu den Hauptaufgaben der Gebäude- und Wohnungszählung 1968, da die letzte totale Erfassung der Wohnungsmieten aus dem Jahre 1956 stammt. Zwar verfügt die amtliche Statistik durch Wohnungsstichproben und die Untergruppe Wohnungsmieten im Rahmen des Preisindex für die Lebenshaltung auch über aktuellere Daten, diese sind aber in der Regel für eine Analyse der regionalen Teilmärkte nicht zu verwenden. Für die Wirtschaftspolitik ist darüber hinaus von Bedeutung, daß sich aus der Entwicklung des relativen Anteils des Mietaufkommens am gesamten Bruttoinlandsprodukt die Bedeutung des Sektors Wohnungsvermietung für das allgemeine Wirtschaftswachstum ableiten läßt. Ferner spielt der Anteil der Mietausgaben am Haushaltsbudget für die Analyse der Verbrauchsausgabenstruktur der privaten Haushalte eine wesentliche Rolle. Im Zusammenhang mit der Neuregelung des Wohngeldgesetzes ergeben sich außerdem wichtige Hinweise zu Fragen der Subventions- und sektoralen Wohnungspolitik.

Um zu einer methodisch sauberen Abgrenzung zu gelangen, werden zur Bestimmung der Durchschnittsmieten nur die Angaben für bewohnte Mietwohnungen in Wohngebäuden herangezogen. Mieten, deren Höhe durch sachliche oder persönliche Präferenzen beeinflusst waren, sind nicht berücksichtigt worden. Hierzu zählen insbesondere Dienst-, Werks-, Geschäfts- und Zweitwohnungen sowie Wohneinheiten, die von Angehörigen ausländischer Streitkräfte privatrechtlich gemietet waren. Auch die Wohnungen von Altenteilern und sonstigen Wohnungsnutzern fanden keine Berücksichtigung.

Der Fragestellung im Wohnungs- und Haushaltsbogen entsprechend lag der Berechnung der Quadratmetermiete folgendes Schema zugrunde:

- Monatsmiete
- + Nebenkosten
- + finanzielle Vorleistungen
- Umlagen.

Zu den *Nebenkosten* zählten Gebühren für Wasser, Kanalisation, Straßenreinigung, Müllabfuhr, Treppenhäusbeleuchtung und Schornsteinfeger. Diese Beträge waren entweder in der Monatsmiete enthalten oder wurden vom Haushalt gesondert angegeben. Im zweiten Fall erfolgte eine maschinelle Prüfung, wobei Ne-

benkosten bis zu 20% der eigentlichen Miete bzw. maximal 30 DM akzeptiert wurden. Als finanzielle *Vorleistungen* wurden monatliche Mietermäßigungen durch Mieterdarlehen, Mietvorauszahlungen und Baukostenzuschüsse angesehen. Bei den maschinellen Kontrollen wurden Vorleistungen bis zur eigentlichen Höhe der Monatsmiete anerkannt. Bei höheren Beträgen ergaben die manuellen Nachprüfungen häufig, daß Jahresbeträge eingesetzt waren, die dann entsprechend umgerechnet wurden. Zu den *Umlagen* zählen die monatlichen Ausgaben für Heizung, Warmwasserversorgung, Garage sowie gegebenenfalls Untermiete und Möblierung. Die Summe der einzelnen Umlagen durfte 50% des Mietbetrages nicht übersteigen.

In den maschinell errechneten Mietbeträgen sind also Nebenkosten und finanzielle Vorleistungen, nicht dagegen die Umlagen, berücksichtigt. Die ermittelte „Kaltmiete“ wurde auf die in den Wohnungen festgestellten Wohnflächen bezogen und hieraus die regional vergleichbare Quadratmetermiete errechnet. Zu erwähnen bleibt noch, daß Mietbeträge unter 10 DM gelöscht, solche über 750 DM in Mehrfamilien- und über 1 000 DM in gemieteten Einfamilienhäusern noch einmal manuell auf ihre Richtigkeit überprüft wurden. Bei bewohnten Mietwohnungen ohne Mietangaben wurde auf eine Schätzung oder maschinelle Ergänzung verzichtet.

## 2. Gesamtüberblick

Nach den Miet- und Wohnflächenangaben für knapp 400 000 bewohnte Mietwohnungen errechnet sich für Rheinland-Pfalz zum Stichtag 25. Oktober 1968 eine durchschnittliche Mietbelastung von 2,12 DM je qm Wohnfläche. Über diesem Durchschnittswert liegen die Mietsätze in freifinanzierten Neubauwohnungen (2,63 DM) sowie in nach 1957 errichteten Sozialwohnungen (2,29 DM). Für Altbauwohnungen ergeben sich Quadratmetermieten von 1,71 DM (Baujahr bis 1918) und 1,83 DM (Baujahr 1919 bis 1948), für vor 1958 erstellte Sozialwohnungen von 2,01 DM.

Weitere Erkenntnisse über die Struktur des Mietengefüges lassen sich gewinnen, wenn man die Merkmale Sanitäre Ausstattung und Form der Beheizung berücksichtigt. Für die 84 500 Mietwohnungen der höchsten Komfortstufe (mit Bad, WC und Sammelheizung) mußten im Durchschnitt 2,79 DM

Bewohnte Mietwohnungen in Wohngebäuden und Quadratmeter-Mieten nach Ausstattung am 25. 10. 1968

Baualter	Wohnungen insgesamt		Wohnungen mit Bad, WC, Sammelheizung		Wohnungen mit Bad, WC, ohne Sammelheizung		Wohnungen ohne Bad mit WC	
	Anzahl	DM je qm	Anzahl	DM je qm	Anzahl	DM je qm	Anzahl	DM je qm
bis 1918	132 214	1, 71	7 377	2, 27	29 521	1, 90	18 585	1, 64
1919 - 1948	64 289	1, 83	7 145	2, 33	25 803	1, 86	14 500	1, 65
Freifinanziert								
1949 oder später	114 169	2, 63	52 457	3, 02	43 431	2, 33	17 012	1, 77
Öffentlich gefördert								
1949 - 1957	40 742	2, 01	3 214	2, 26	29 977	2, 03	-	-
1958 oder später	47 953	2, 29	14 264	2, 60	31 133	2, 16	-	-
<b>In s g e s a m t</b>	<b>399 367</b>	<b>2, 12</b>	<b>84 457</b>	<b>2, 79</b>	<b>159 865</b>	<b>2, 08</b>	<b>50 097</b>	<b>1, 68</b>



Bewohnte Mietwohnungen in Wohngebäuden und Quadratmeter-Mieten nach Baualter und Größe am 25. 10. 1968

Baualter	Ins- gesamt	Wohnungen mit ... qm Wohnfläche							
		unter 40		40 - 59		60 - 79		80 und mehr	
		Anzahl	DM je qm	Anzahl	DM je qm	Anzahl	DM je qm	Anzahl	DM je qm
bis 1918	132 214	32 912	1,92	48 354	1,71	29 993	1,65	20 955	1,67
1919 - 1948	64 289	10 358	1,96	25 040	1,81	17 045	1,79	11 846	1,86
Freifinanziert									
1949 oder später	114 169	14 208	3,10	31 897	2,51	37 919	2,60	30 145	2,64
Öffentlich gefördert									
1949 - 1957	40 742	5 035	2,10	21 235	2,01	11 221	1,99	3 251	1,99
1958 - 1960	19 516	1 215	2,25	6 724	2,10	9 403	2,09	2 174	2,10
1961 - 1966	24 415	1 248	2,46	6 884	2,33	11 946	2,35	4 337	2,42
1967 - 1968	4 022	172	2,70	884	2,65	1 814	2,69	1 152	2,74

je qm Wohnfläche bezahlt werden. In der gleichen Ausstattungsstufe errechnen sich für Altbauwohnungen Belastungen von 2,27 DM (Baualter bis 1918) und 2,33 DM (Baualter 1919 bis 1948) je qm. Freifinanzierte Wohnungen aus den Jahren nach 1948 kosteten 3,02 DM je qm Wohnfläche, während für Wohneinheiten, die im Rahmen des sozialen Wohnungsbaues mit öffentlichen Mitteln gefördert worden waren, je nach Baualter eine Quadratmetermiete von 2,26 DM (1949 bis 1957) bzw. 2,60 DM (1958 oder später) festgestellt wurde. Bei den rund 160 000 Mietwohnungen der qualitativ niedrigeren nächsten Ausstattungsstufe (mit Bad, WC, aber ohne Sammelheizung) stellt sich die globale, alle Baualtersgruppen umfassende Durchschnittsmiete auf 2,08 DM je qm, so daß - im Vergleich zur vorherigen Gruppe - ein Betrag von 0,71 DM je qm für das Vorhandensein der Sammelheizung angesetzt werden kann. Die Streuung um den Durchschnittswert ist relativ gering; sie reicht von 1,86 DM in Altbauten (1919 bis 1948) bis zu 2,33 DM in freifinanzierten Neubauwohnungen. Bei Wohnungen, die zwar ein WC, aber kein Bad besitzen, sinkt die Mietbelastung auf 1,68 DM je qm, wobei das Baualter nur einen geringen Einfluß auf die Miethöhe nimmt. Für die 18 850 Mietwohnungen der schlechtesten Ausstattungsgruppe (ohne Bad, WC und Sammelheizung) ergibt sich eine durchschnittliche Mietbelastung von 1,45 DM je qm.

Um das hier Gesagte zu veranschaulichen, seien - in Verbindung mit Ausstattung und Baualter -

noch einige Angaben zur absoluten Miethöhe gemacht. In Rheinland-Pfalz mußten am Stichtag 25. Oktober 1968 für eine bis 1948 errichtete Altbauwohnung im Durchschnitt 101 DM bezahlt werden. Für Wohnungen, die zwischen 1949 und 1966 errichtet worden waren, erhöhte sich dieser Betrag auf 167 DM, für Wohneinheiten der Baujahre 1967 und 1968 auf 240 DM. Die monatliche Mietbelastung von Altbauwohnungen, die über Bad, WC und Sammelheizung verfügten, lag bei 195 DM, für Neubauwohnungen mit Baujahr 1967 oder 1968 bei 250 DM. Für Altbauwohnungen ohne Bad ergab sich eine Durchschnittsmiete von 77 DM, für Neubauwohnungen ohne Bad aus den Jahren 1967 und 1968 von 110 DM. Diese Angaben verdeutlichen die Wertschätzung, die das Ausstattungsmerkmal Bad bei den Mietparteien genießt.

Eine Kombination der Quadratmetermiete mit der Wohnungsfläche zeigt, daß die Mietbelastung in den Kleinwohnungen bis 40 qm relativ am stärksten ist. In den Wohneinheiten mittlerer Größe (40 bis 59 und 60 bis 79 qm) geht sie dann zurück, um bei den größeren Mietwohnungen mit mehr als 80 qm Wohnfläche wieder anzusteigen. Bei kleineren Neubauwohnungen bis 40 qm Wohnfläche - hierzu zählen auch die Appartementwohnungen - errechnet sich eine Durchschnittsmiete von 3,10 DM je qm. Der Mietsatz für Altbauwohnungen dieser Art liegt dagegen unter 2,00 DM. Für Sozialwohnungen steigt die Belastung von 2,10 DM (Baujahr 1949 bis 1957) bis zu 2,70 DM (Baujahr 1967 und 1968). Bei größte-

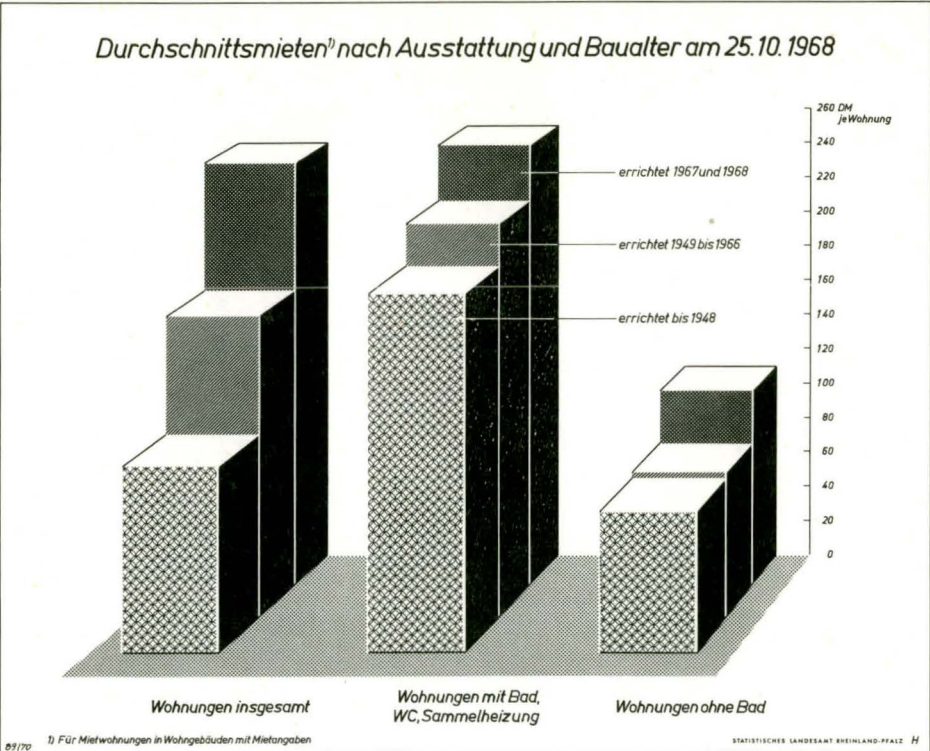
Bewohnte Mietwohnungen in Wohngebäuden nach Quadratmeter-Miete und Baualter am 25. 10. 1968

Quadratmeter-Miete	Insgesamt		In ... errichteten Gebäuden					
			bis 1948		1949 oder später			
					freifinanziert		öffentlich gefördert	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
bis 1,50 DM	103 115	26	80 121	41	14 372	12	8 622	10
1,50 - 2,00 "	97 594	24	53 839	27	18 458	16	25 297	28
2,00 - 2,50 "	92 048	23	32 435	16	24 768	22	34 845	39
2,50 - 3,00 "	49 316	12	15 356	8	20 093	18	13 867	16
3,00 - 3,50 "	27 025	7	7 505	4	15 494	14	4 026	5
3,50 und mehr "	30 269	8	7 247	4	20 984	18	2 038	2
Insgesamt	399 367	100	196 503	100	114 169	100	88 695	100



ren Mietwohnungen mit mehr als 80 qm Wohnfläche reicht die Skala der Quadratmetermieten von 1,67 DM in bis 1918 errichteten Altbauten, über 2,64 DM in nach 1948 erbauten Neubauwohnungen bis zu 2,74 DM im öffentlich geförderten Mietwohnungsbau der Jahre 1967 und 1968. Im Vergleich zum gesamten Wohnungsbestand ist die Streuung der Mietsätze nach Wohnungsgrößen und Baualter im sozialen Wohnungsbau relativ geringer, da hier das in bezug auf die Ausstattung charakteristische Gefälle zwischen Alt- und Neubauten nicht so stark in Erscheinung tritt.

Die Auswirkungen von Baualter und Finanzierungsart auf die Miethöhe werden sehr deutlich, wenn man die Quadratmetermieten nach Mietpreisklassen gruppiert. Dabei ergibt sich für Mietwohnungen insgesamt, daß für gut ein Viertel der Mieter die Belastung unter 1,50 DM je qm liegt. Rund 24% der Haushalte zahlten zwischen 1,50 und 2,00 DM, weitere 23% zwischen 2,00 und 2,50 DM. Für 8% der Mietparteien ergab sich ein Quadratmeterpreis von mehr als 3,50 DM, für 1,5% (6 250 Mieter) sogar von mehr als 5,00 DM. Bei den bis 1948 errichteten Altbauwohnungen sind erwartungsgemäß die unteren Gruppen stärker besetzt. Über zwei Fünftel aller Mieter solcher Wohnungen zahlten weniger als 1,50 DM je qm, 27% zwischen 1,50 und 2,00 DM sowie 16% zwischen 2,00 und 2,50 DM. Nur knapp 8% entrichteten mehr als 3,00 DM je qm. Bei freifinanzierten Neubauwohnungen sind dann die mittleren und höheren Grup-



pen wieder stärker besetzt. So liegt für 22% aller Haushalte in Mietwohnungen die Monatsmiete zwischen 2,00 und 2,50 DM je qm, für 18% zwischen 2,50 und 3,00 DM sowie für 14% zwischen 3,00 und 3,50 DM. Fast jeder fünfte Mieter einer Neubauwohnung (18%) zahlte mehr als 3,50 DM, jeder 25. sogar mehr als 5,00 DM (4%). Im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau basiert die Mietfestsetzung in mehr als der Hälfte aller Fälle (55%) auf Quadratmetermieten zwischen 2,00 und 3,00 DM.

In weiteren 38% aller Fälle lag die für Sozialwohnungen maßgebliche Kostenmiete unter 2 DM je qm, in nur 7% der Fälle über 3 DM.

3. Gemeindegrößenklassen

Die von den Wohnparteien zu zahlende Miete hängt erfahrungsgemäß nicht nur vom Baualter der

Bewohnte Mietwohnungen in Wohngebäuden und Quadratmeter-Mieten nach Gemeindegrößenklassen und Baualter am 25.10.1968

Gemeindegrößenklasse	Insgesamt		In ... errichteten Gebäuden									
			bis 1918		1919 - 1948		1949 oder später					
							freifinanziert		öffentlich gefördert			
									1949 - 1957		1958 oder später	
	Anzahl	DM je qm	Anzahl	DM je qm	Anzahl	DM je qm	Anzahl	DM je qm	Anzahl	DM je qm	Anzahl	DM je qm
unter 2 000 Einwohner	52 765	1, 68	25 237	1, 37	7 114	1, 57	15 946	2, 12	1 696	1, 47	2 772	1, 92
2 000 - 5 000 "	44 226	1, 97	17 315	1, 59	6 033	1, 72	14 645	2, 44	2 069	1, 65	4 164	2, 06
5 000 - 10 000 "	47 411	2, 05	16 422	1, 69	6 909	1, 76	15 064	2, 47	3 324	1, 81	5 692	2, 21
10 000 - 20 000 "	28 040	2, 15	10 036	1, 76	4 210	1, 87	8 373	2, 72	2 326	1, 84	3 095	2, 17
20 000 - 50 000 "	58 764	2, 13	19 171	1, 77	10 404	1, 77	15 576	2, 73	6 162	1, 99	7 451	2, 32
50 000 - 100 000 "	57 146	2, 18	15 461	1, 80	11 168	1, 85	15 584	2, 72	7 556	2, 06	7 377	2, 32
100 000 und mehr "	111 015	2, 36	28 572	2, 00	18 451	2, 00	28 981	2, 96	17 609	2, 13	17 402	2, 42
Insgesamt	399 367	2, 12	132 214	1, 71	64 289	1, 83	114 169	2, 63	40 742	2, 04	32 084	2, 31



## Bewohnte Mietwohnungen in Wohngebäuden und Quadratmeter-Mieten nach Baualter und Verwaltungsbezirken am 25. 10. 1968

Verwaltungsbezirk (Gebietsstand 1. 1. 1970)	Insgesamt		In ... errichteten Gebäuden									
			bis 1918		1919 - 1948		1949 oder später					
							freifinanziert		öffentlich gefördert			
									1949 - 1957		1958 oder später	
	Anzahl	DM je qm	Anzahl	DM je qm	Anzahl	DM je qm	Anzahl	DM je qm	Anzahl	DM je qm	Anzahl	DM je qm
Kreisfreie Stadt Koblenz	23 140	2, 32	6 067	1, 97	3 394	1, 98	7 781	2, 71	3 293	2, 10	2 605	2, 48
Landkreise												
Ahrweiler	8 820	2, 40	2 777	1, 94	1 274	2, 01	3 687	2, 87	444	1, 95	638	2, 23
Altenkirchen (Ww.)	9 611	1, 86	3 405	1, 53	1 786	1, 76	2 992	2, 22	483	1, 71	945	2, 01
Bad Kreuznach	14 914	2, 14	5 738	1, 63	1 970	1, 89	4 554	2, 81	1 001	1, 93	1 651	2, 22
Bad Kreuznach, St.	7 463	2, 38	2 374	1, 85	1 210	2, 00	2 443	3, 13	542	2, 02	894	2, 38
Birkenfeld	8 892	1, 84	3 010	1, 63	1 699	1, 59	2 747	2, 14	647	1, 79	789	2, 05
Idar-Oberstein, St.	5 527	1, 87	1 855	1, 73	1 264	1, 61	1 495	2, 15	356	1, 89	557	2, 08
Cochem-Zell	3 781	1, 85	1 745	1, 55	487	1, 74	1 278	2, 21	102	1, 62	169	2, 00
Koblenz	10 874	2, 17	4 415	1, 73	1 497	1, 83	3 876	2, 66	387	1, 77	699	2, 28
Mayen	11 913	1, 91	4 067	1, 61	2 062	1, 68	4 044	2, 24	885	1, 78	855	2, 01
Andernach, St.	3 534	2, 12	945	1, 80	762	1, 78	1 195	2, 58	378	1, 91	254	2, 09
Neuwied	17 021	2, 06	6 201	1, 68	3 247	1, 77	5 227	2, 50	897	1, 94	1 449	2, 42
Neuwied, St.	6 142	2, 05	2 223	1, 67	1 131	1, 73	1 296	2, 59	529	2, 01	963	2, 49
Oberwesterwaldkreis	3 770	2, 03	1 260	1, 61	546	1, 84	1 342	2, 32	82	1, 67	540	2, 40
Rhein-Hunsrück-Kreis	6 142	1, 95	2 447	1, 57	788	1, 71	2 290	2, 35	206	1, 77	411	2, 08
Rhein-Lahn-Kreis	13 906	1, 90	6 710	1, 64	1 829	1, 69	3 170	2, 43	1 091	1, 88	1 106	2, 06
Lahnstein, St.	4 039	2, 08	1 836	1, 85	540	1, 80	842	2, 61	518	2, 03	303	2, 21
Unterwesterwaldkreis	6 878	1, 91	2 812	1, 64	998	1, 73	2 168	2, 26	455	1, 80	445	2, 07
Reg. Bez. Koblenz	139 662	2, 07	50 654	1, 69	21 577	1, 81	45 156	2, 52	9 973	1, 94	12 302	2, 25
Kreisfreie Stadt Trier	19 644	2, 23	7 060	2, 05	3 929	1, 95	4 136	2, 69	2 306	2, 07	2 213	2, 49
Landkreise												
Bernkastel-Wittlich	6 055	1, 76	2 854	1, 48	958	1, 69	1 669	2, 15	248	1, 71	326	1, 99
Bitburg	2 381	1, 99	797	1, 64	355	1, 79	905	2, 35	127	1, 89	197	2, 02
Dau	2 607	1, 85	786	1, 50	364	1, 49	1 024	2, 17	154	1, 64	279	1, 99
Prüm	1 448	1, 65	431	1, 42	259	1, 47	562	1, 85	108	1, 69	88	2, 00
Trier-Saarburg	5 982	1, 88	2 149	1, 59	849	1, 62	2 325	2, 18	195	1, 67	464	2, 00
Reg. Bez. Trier	38 117	2, 04	14 077	1, 78	6 714	1, 82	10 621	2, 37	3 138	1, 98	3 567	2, 32
Kreisfreie Städte												
Frankenthal (Pfalz)	6 533	2, 12	1 749	1, 80	1 397	1, 73	1 013	2, 97	890	2, 00	1 484	2, 30
Kaiserslautern	21 986	2, 22	4 390	1, 86	4 619	1, 79	6 791	2, 76	3 002	2, 04	3 184	2, 30
Landau i. d. Pfalz	4 947	2, 15	1 585	1, 70	922	1, 88	1 600	2, 73	406	2, 01	434	2, 47
Ludwigshafen a. Rhein	33 570	2, 21	7 414	1, 76	6 378	1, 89	7 681	2, 87	5 345	2, 11	6 752	2, 28
Mainz	34 661	2, 60	8 031	2, 20	4 750	2, 22	9 383	3, 39	6 665	2, 18	5 832	2, 53
Neustadt a. d. Weinstr.	8 364	2, 21	3 166	1, 80	1 303	2, 12	1 733	2, 96	1 120	2, 05	1 042	2, 28
Pirmasens	12 639	2, 14	2 853	1, 79	2 400	1, 88	4 467	2, 42	1 850	2, 13	1 069	2, 38
Speyer	8 091	2, 16	2 733	1, 70	1 420	1, 63	2 012	2, 97	821	1, 99	1 105	2, 34
Worms	14 157	2, 11	5 052	1, 76	2 846	1, 81	2 593	2, 91	1 584	2, 01	2 082	2, 34
Zweibrücken	5 689	2, 00	1 289	1, 66	889	1, 68	1 653	2, 24	1 130	2, 02	728	2, 35
Landkreise												
Alzey-Worms	6 045	1, 70	3 357	1, 40	693	1, 56	1 069	2, 37	341	1, 56	585	2, 13
Bad Dürkheim	10 403	2, 05	4 449	1, 61	1 304	1, 81	2 920	2, 72	856	1, 78	874	2, 21
Donnersbergkreis	4 418	1, 62	2 309	1, 30	369	1, 46	661	2, 06	267	1, 65	812	2, 17
Germersheim	5 830	2, 01	1 794	1, 41	639	1, 56	2 169	2, 49	249	1, 71	979	2, 17
Kaiserslautern	5 612	1, 85	1 957	1, 56	719	1, 70	1 795	2, 18	507	1, 74	634	1, 93
Kusel	4 182	1, 53	2 074	1, 28	567	1, 40	849	1, 92	209	1, 79	483	1, 94
Landau-Bad Bergzabern	6 061	1, 80	3 147	1, 47	649	1, 76	1 578	2, 31	270	1, 77	417	2, 10
Ludwigshafen	8 774	2, 23	2 347	1, 83	1 407	1, 95	2 664	2, 75	890	1, 68	1 466	2, 27
Mainz-Bingen	13 032	2, 12	5 757	1, 68	1 567	1, 79	3 389	2, 92	824	1, 76	1 495	2, 21
Bingen, St.	3 636	2, 00	1 607	1, 76	490	1, 78	685	2, 68	367	1, 83	487	2, 14
Pirmasens	5 061	1, 69	1 544	1, 36	912	1, 51	1 947	1, 99	291	1, 48	367	1, 82
Zweibrücken	1 533	1, 57	486	1, 34	248	1, 36	425	1, 78	114	1, 61	260	1, 81
Reg. Bez. Rheinhessen-Pfalz	221 588	2, 16	67 483	1, 71	35 998	1, 85	58 392	2, 76	27 631	2, 04	32 084	2, 31
Rheinland-Pfalz	399 367	2, 12	132 214	1, 71	64 289	1, 83	114 169	2, 63	40 742	2, 01	47 953	2, 29



Gebäude, der sanitären Ausstattung, der Wohnfläche und der Art der Beheizung, sondern darüber hinaus auch von der Lage der Wohnungen in Gemeinden verschiedener Größenklasse ab. Die Streuung der globalen, alle Baualtersstufen umfassenden Durchschnittsmiete reicht von 1,68 DM je qm Wohnfläche in Gemeinden unter 2 000 Einwohner bis zu 2,36 DM in den Großstädten. Den größten Abstand voneinander weisen hinsichtlich der Miethöhe die beiden kleinsten Gemeindegrößenklassen auf (0,29 DM je qm), während die Unterschiede in den mittleren Klassen relativ gering sind. Bei den bis 1918 errichteten Altbauwohnungen ergeben sich Quadratmeterbelastungen von 1,37 DM in kleinen Gemeinden unter 2 000 Einwohner, über 1,76 DM in Gemeinden mit 10 000 bis 20 000 Einwohnern bis hin zu 2,00 DM in den Großstädten. Für die knapp 16 000 freifinanzierten Neubauwohnungen in Gemeinden unter 2 000 Einwohner errechnet sich eine Quadratmetermiete von 2,12 DM; die entsprechende Durchschnittsmiete für die 29 000 Wohnungen in Großstädten lag bei 2,96 DM. Von den rund 73 000 bewohnten Sozialwohnungen mit Mietangaben entfiel knapp die Hälfte (48%) auf die Großstädte des Landes, wobei sich für bis 1957 errichtete Wohnungen eine Durchschnittsmiete von 2,13 DM, für danach erbaute eine solche von 2,42 DM ergab.

#### 4. Regionale Unterschiede

Noch aufschlußreicher als die Gliederung der Durchschnittsmieten nach Gemeindegrößenklassen ist ihre regionale Differenzierung. Innerhalb der Regierungsbezirke ist die Abweichung von der Landesdurchschnittsmiete, die für Alt- und Neubauten zusammen bei 2,12 DM je qm lag, relativ gering. Die Streuung reicht von 2,04 DM im Bezirk Trier bis zu

2,16 DM in Rheinhessen-Pfalz. Die Grenze in der Mietbelastung zwischen kreisfreien Städten und Landkreisen liegt bei etwa 2,00 DM je qm Wohnfläche. Der Übergang ist aber insofern fließend, als in einigen im Einzugsbereich von Großstädten liegenden Kreisen, wie Ludwigshafen, Mainz und Koblenz, das Mietniveau relativ hoch ist. Die Quadratmetermiete (Alt- und Neubauten) reicht bei den kreisfreien Städten von 2,00 DM in Zweibrücken bis 2,60 DM in Mainz, bei den Landkreisen von 1,53 DM (Kusel) bis 2,40 DM (Ahrweiler).

Bei Altbauwohnungen in bis 1918 errichteten Gebäuden liegen die Durchschnittsmieten besonders niedrig in den pfälzischen Landkreisen Kusel (1,28 DM je qm) und dem Donnersbergkreis (1,30) sowie im Raum Trier (Prüm 1,42, Bernkastel-Wittlich 1,48). Bei den nach 1948 errichteten freifinanzierten Mietwohnungen ergeben sich Abweichungen vom Landesdurchschnitt (2,63 DM je qm), die von 1,78 im Landkreis Zweibrücken bis zu 3,39 für die Stadt Mainz reichen. Relativ günstig liegen hierbei die Städte Koblenz (2,71) und Trier (2,69), deren Mietenniveau für Neubauten noch unter dem einiger Landkreise (Ahrweiler, Bad Kreuznach, Ludwigshafen, Mainz-Bingen) liegt. Bei den öffentlich geförderten Wohnungen unterscheidet man zweckmäßigerweise zwischen den vor und nach 1958 errichteten Wohnungen, da letztere einen erheblich besseren Ausstattungsgrad aufweisen, der sich auch in höheren Durchschnittsmieten niederschlägt. Die Quadratmetermiete der nach 1958 erbauten Sozialwohnungen erreicht dabei Werte zwischen 1,81 (Landkreis Zweibrücken) und 2,53 DM (Stadt Mainz). In sechs Landkreisen liegt die Belastung unter 2 DM je qm Wohnfläche.

*Diplom-Volkswirt K. H. Zimmermann*

## Spar- und Vermögensformen der privaten Haushalte Anfang 1970

Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1969

Durch eine besondere Auswertung des Grundinterviews zur Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1969 war es möglich, an dieser Stelle bereits für den Monat Januar 1969 Aussagen über die Vermögensformen privater Haushalte zu machen, welche der ganzen Anlage des Grundinterviews nach jedoch sehr cursorisch bleiben mußten<sup>1)</sup>. Nunmehr liegt sehr viel umfangreicheres Material aus dem Schlußinterview dieser Erhebung für Anfang 1970 vor, welches es unter Berücksichtigung der Einkommensangaben der Nichtselbständigen bei den Feinanschiebungen im Oktober 1969 und der Selbständigen im Schlußinterview selbst gestattet, die Spar- und Vermögensformen privater Haushalte in Rheinland-Pfalz unter den verschiedensten Gliederungsgesichtspunkten zu untersuchen. Ausführliche Darlegungen über Ziel und Methode der Erhebung erübrigen sich hier; sie wurden bereits zu einem früheren Zeitpunkt publiziert<sup>2)</sup>.

Zur Erleichterung und zum besseren Verständnis der Übersichten sei jedoch nochmals auf folgendes hingewiesen: Die verhältnismäßig geringe Zahl der in die

Untersuchung einbezogenen Haushalte erfordert eine ziemlich starke Zusammenfassung der Ergebnisse, um zu relativ gesicherten Aussagen zu gelangen. Ergebnisse für Untergliederungen, denen weniger als 25 Erfaste zugrunde liegen, sind deshalb nicht ausgewiesen; hier erscheint in den Übersichten ein Punkt. Bei 25 bis unter 100 Erfasten sind noch Aussagen möglich, allerdings mit Einschränkungen. Die Zahlen wurden deshalb in Klammern gesetzt. Ab 100 erfasten Haushalten in einem Feld bleibt der relative Standardfehler in vertretbaren Grenzen. Soweit in den Tabellen absolute Haushaltszahlen ausgewiesen werden, handelt es sich um die Sollzahlen nach dem Stichprobenplan. Sie ermöglichen nach Multiplikation mit 400 Rückschlüsse auf die in dieser Gliederung in Rheinland-Pfalz überhaupt im Zeitraum der Erhebung vorhandenen Haushalte.

#### 1. Sparformen

Die Entscheidung darüber, welche Sparform der einzelne Haushalt wählt - sofern er überhaupt in der Lage und willens ist zu sparen - wird stark von individuellen Präferenzen bestimmt, wie Liquiditätsgrad, Rendite, Sicherheit oder Zweckbindung. Offenbar bevorzugen die meisten Haushalte Liquidität und Sicherheit, denn nach wie vor ist

<sup>1)</sup> Vgl. B. Knoblich: Vermögensformen der privaten Haushalte im Januar 1969. Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Jg. 22, Heft 8, August 1969.

<sup>2)</sup> B. Knoblich: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1969. Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Jg. 22, Heft 5, Mai 1969.



das *Kontensparen* über Sparbücher die weitaus beliebteste Sparform. Im Durchschnitt hatten 90% aller Haushalte ein Sparbuch, wobei die Beamten- und Angestellten-Haushalte sogar auf 96 bzw. 95% kamen. Bei Haushalten von Nichterwerbstätigen waren es 82%. Diese Werte haben sich gegenüber Anfang 1969 kaum verändert. In der Gliederung nach der Haushaltsgröße ist bemerkenswert, daß die Ein- und Zwei-Personen-Haushalte mit 79 bzw. 87% zu einem wesentlich geringeren Teil Sparbuchbesitzer waren als die Haushalte mit höheren Personenzahlen. Der Grund ist wohl darin zu suchen, daß zu diesem Personenkreis viele Rentner und Pensionäre zählen, die ihr Einkommen restlos für die Lebenshaltung ausgeben müssen, also nicht in der Lage sind zu sparen. Der zuletzt genannte Gesichtspunkt, leben am Rande des Existenzminimums, kommt noch stärker bei der Gliederung nach der Einkommenshöhe zur Geltung. Hier reicht die Skala der Anteile von Sparbuchbesitzern von 68% bei Haushalten mit einem Einkommen bis unter 300 DM bis zu 95% bei Haushalten mit 1 800 und mehr DM Einkommen.

Ein völlig anderes Strukturbild zeigt sich beim *Wertpapiersparen* - hierzu gehört die Kapitalanlage in Form von Aktien, Rentenwerten und Investmentzertifikaten - in der Aufgliederung nach sozialer Stellung des Haushaltsvorstandes und nach der Einkommenshöhe. Während im Durchschnitt aller Haushalte der Anteil der Wertpapiersparer 17% betrug, waren es bei den Haushalten von Selbständigen 31%, von Arbeitern nur 7% und von Beamten und Angestellten immerhin 22 bzw. 25%. Hohes Risiko, eingeschränkte Liquidität und Einkommenshöhe bzw. bereits angespartes Kapital mögen für diese Verteilung bestimmend gewesen sein. Es überrascht daher auch nicht, daß die Bezieher von Einkommen über 1 800 DM zu 25% Wertpapiersparer waren, daß aber bei Einkommen unter 600 DM diese Art von Kapitalanlage praktisch keine Rolle spielte. Die Gliederung nach der Zahl der

Personen im Haushalt war für diese Sparform ziemlich indifferent.

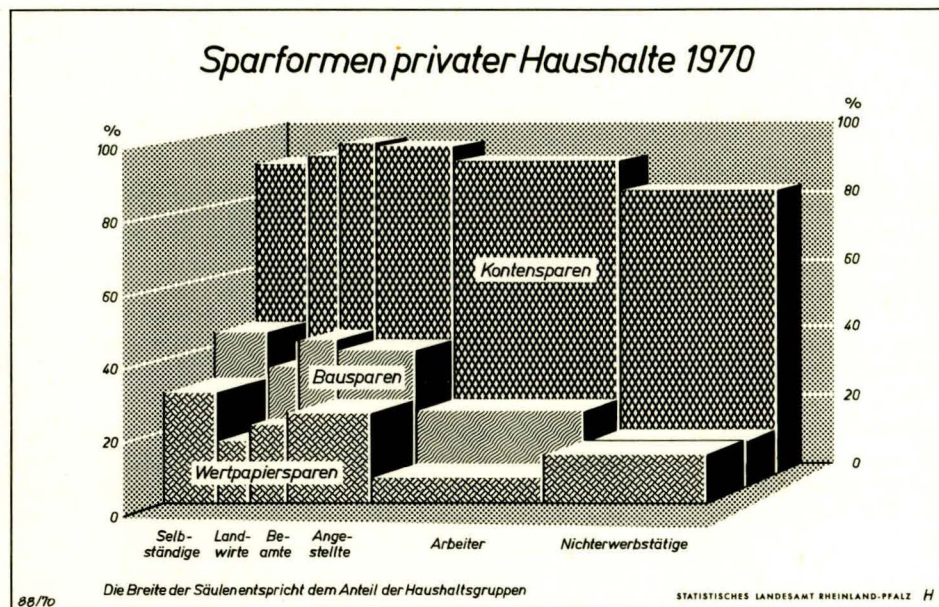
*Bausparverträge* konnten in 27% der Haushalte nachgewiesen werden. Mit 44% hielten hier die Selbständigen-Haushalte die Spitze, gefolgt von denen der Beamten (42%) und Angestellten (39%). Auch die Haushalte von Landwirten lagen mit 34% noch auf relativ hohem Niveau, während sich bei den Arbeiterhaushalten und solchen von Nichterwerbstätigen die Anteile erheblich niedriger stellten (22 und 13%). Daß mit steigender Personenzahl der Haushalte und mit steigendem Einkommen sich die Quote der Bausparer erhöht, ist nahezu eine Selbstverständlichkeit. So waren bei den Haushalten mit 5 und mehr Personen mehr als doppelt so viele Bausparer vorhanden wie bei den Ein- und Zwei-Personen-Haushalten, und bei den Haushalten mit einem Einkommen von über 1 800 DM waren es sogar 43%. Für die niedrigen Einkommensklassen sind wegen der geringen Fallzahl keine Aussagen möglich.

Erwartungsgemäß war das *Versicherungssparen* in Form von abgeschlossenen Lebens-, Aussteuer- und Ausbildungsversicherungen nach dem Kontensparen die verbreitetste Geldanlage. In 76% aller Haushalte waren eine oder mehrere Versicherungsarten vorhanden. Infolge der Zusammenfassung verschiedener Versicherungsarten blieben die drei Gliederungskriterien (soziale Stellung, Haushaltsgröße und Haushaltseinkommen) relativ unergiebig. Bemerkenswert ist höchstens der hohe Anteil der Versicherungssparer bei den Selbständigen-Haushalten (87%). Er erklärt sich aus der Tatsache, daß viele dieser Haushalte Lebensversicherungen für ihre Altersversorgung abschließen müssen, weil sie nicht der Sozialversicherung angehören.

### Kontensparen

Die nähere Aufgliederung der einzelnen Sparformen führt beim Kontensparen zu recht aufschlußreichen Ergebnissen insofern, als sich einige deutliche Zusammenhänge zwischen der Höhe der Sparkonten und den drei obengenannten Gliederungsmerkmalen nachweisen lassen. Zunächst sei festgehalten, daß 31% der Haushalte mit Sparguthaben weniger als 1000 DM auf ihrem Sparkonto hatten, 39% zwischen 1 000 und 5 000 DM, 16% zwischen 5 000 und 10 000 DM und immerhin noch 14% 10 000 DM und mehr. 39% der Sparkontenbesitzer sparten auf prämienbegünstigten Konten.

Aus Gründen der Altersvorsorge, derentwegen die Sparform der Lebensversicherung bei den Selbständigen so stark vertreten war, konnten auch hier





die höchsten Sparleistungen erwartet werden. Tatsächlich hatten von den Selbständigen-Haushalten mit Sparkonten 41% über 5 000 DM angespart und 26% kamen sogar auf 10 000 DM und mehr. Auch die Landwirte lagen zu 41% über 5 000 DM Sparleistung, jedoch waren es hier nur 19%, die über 10 000 DM erreichten. Die Beamten- und Angestellten-Haushalte sowie die Haushalte von Nichterwerbstätigen wiesen etwa die gleiche Verteilung auf, indem sie zu rund zwei Dritteln weniger als 5 000 DM auf ihrem Sparkonto hatten und zu 15% mehr als 10 000 DM. Die zuletzt genannte Summe wurde von den Arbeiter-Haushalten nur zu 7% erreicht; sie fielen zu 82% in die Gruppe unter 5 000 DM.

Nach der Haushaltsgröße ergaben sich relativ geringfügige Differenzen. So schwankten die Anteile der Haushalte mit Sparkonten in den Gruppen über 5 000 DM Sparleistung nur zwischen 26% bei den Haushalten mit 4 Personen und 32% bei den

Private Haushalte mit Sparkonten nach der Höhe der Sparguthaben  
Anfang 1970

Haushaltsgruppe	Haushalte mit einem Spar- guthaben von ... DM				Über prämien- begün- stigte Konten sparten
	unter 1 000	1 000 5 000	5 000 10 000	10 000 und mehr	
	%				
<u>Soziale Stellung des Haushaltsvorstandes</u>					
Selbständige 1)	(25)	(34)	(15)	(26)	(38)
Landwirte	(23)	(36)	(22)	(19)	(29)
Beamte	(26)	39	(20)	(15)	43
Angestellte	27	41	(17)	(15)	53
Arbeiter	43	39	(11)	(7)	34
Nichterwerbstätige	27	41	18	(14)	32
<u>Haushaltsgröße</u>					
1 Person	(28)	44	(17)	(11)	(32)
2 Personen	25	43	17	15	40
3 Personen	29	39	(16)	(16)	42
4 Personen	36	38	(13)	(13)	36
5 und mehr Personen	38	34	(17)	(11)	39
<u>Monatliches Haushalts- bruttoeinkommen 2)</u>					
unter 800 DM	35	42	(15)	(8)	28
800 - 1 200 "	37	43	(11)	(9)	30
1 200 - 1 500 "	33	41	(13)	(13)	40
1 500 - 1 800 "	34	42	(15)	(9)	41
1 800 und mehr "	24	34	21	21	49
Insgesamt	31	39	16	14	39

1) Gewerblich und freiberuflich Selbständige. - 2) Ohne Landwirte.

Haushalten mit 2 bzw. 3 Personen. Deutlicher war dagegen wieder die positive Korrelation zwischen Höhe des Einkommens und Höhe der Sparkonten. In der Gruppe 10 000 DM und mehr stieg der Anteil von Haushalten mit unter 800 DM Monatseinkommen von 8% bis auf 21 % bei Haushalten mit einem Einkommen von 1 800 DM und mehr. Die Form des prämienbegünstigten Sparens wurde durchweg von einem Drittel bis zur Hälfte der nach den drei Kriterien untergliederten kontensparenden Haushalten wahrgenommen.

Wertpapiersparen

Der geringe Anteil der Haushalte mit Wertpapieren überhaupt (17%) machte eine tiefere Unterglie-

Private Haushalte mit Wertpapieren nach der Anlagehöhe  
Anfang 1970

Haushaltsgruppe	Haushalte mit Wertpapieren im Kurswert von ... DM	
	bis 10 000	über 10 000
	%	
<u>Soziale Stellung des Haushaltsvorstandes</u>		
Selbständige 1)	(70)	} (28)
Landwirte	.	
Beamte	(75)	} (22)
Angestellte	81	
Arbeiter	(98)	-
Nichterwerbstätige	(69)	(31)
<u>Haushaltsgröße</u>		
1 Person	(69)	} (26)
2 Personen	(75)	
3 Personen	(74)	(26)
4 Personen	(83)	} (18)
5 und mehr Personen	(81)	
<u>Monatliches Haushalts- bruttoeinkommen 2)</u>		
unter 800 DM	(74)	.
800 - 1 200 "	(96)	.
1 200 - 1 500 "	(81)	} (18)
1 500 - 1 800 "	(83)	
1 800 und mehr "	71	(29)
Insgesamt	77	23

1) Gewerblich und freiberuflich Selbständige. - 2) Ohne Landwirte.

derung nach der Kurswerthöhe unmöglich. Es konnte nur die relativ grobe Gliederung bis unter 10 000 DM und 10 000 DM und mehr genommen werden. Hierbei zeigte es sich, daß im Durchschnitt nur 23% dieser Bevölkerungsgruppe Wertpapiere mit einem Kurswert von über 10 000 DM im Besitz hatten. Soweit durch die Werbung in den öffentlichen Kommunikationsmitteln Presse, Funk und Fernsehen vielleicht der Eindruck entstanden ist, daß ein breitgestreuter und der Kurswerthöhe nach beachtlicher Wertpapierbesitz heute in der Bundesrepublik schon die Regel sei, so wird diese Vorstellung durch die eben genannten Ergebnisse wohl gründlich korrigiert. Sogar bei den Selbständigen, der Haushaltsgruppe mit dem höchsten Wertpapierbesitz, war die Klasse über 10 000 DM Kurswert nur mit 28% besetzt, und auch die höchste Monatseinkommensklasse (Haushalte mit 1 800 und mehr DM) erreichte nur 29%.

Bausparen

Von den 27% bausparenden Haushalten in Rheinland-Pfalz - in Nordrhein-Westfalen waren es z. B. nur 17%, in Baden-Württemberg 37% und im gesamten Bundesgebiet 21% - hatten 57% eine Abschlußsumme von unter 20 000 DM, 35% eine solche von 20 000 DM bis unter 50 000 DM, und nur 8% legten sich auf 50 000 DM und mehr fest. Angespарт hatten von diesen Haushalten 31% weniger als 2 000 DM, 30% zwischen 2 000 und 5 000 DM, 22% zwischen 5 000 und 10 000 DM und 17% 10 000 DM und mehr. Die Aufgliederung dieser Werte läßt ein gewisses Gefälle sowohl nach der sozialen Stellung des Haushaltsvorstandes als auch nach der Größe des Haushalts und des Einkommens erkennen. Hervorgehoben sei nur, daß Nichterwerbstätige, Einpersonen-Haushalte und Bezieher von Einkommen unter 800 DM monatlich in ganz überwiegendem



Haushaltsgruppe	Haushalte mit einer Abschlußsumme von ... DM			Haushalte mit einem angesparten Betrag von ... DM				
	unter 20 000	20 000 - 50 000	50 000 und mehr	unter 2 000	2 000 - 5 000	5 000 - 10 000	10 000 und mehr	
	%							
<u>Soziale Stellung des Haushaltsvorstandes</u>								
Selbständige 1)	(39)	(42)	.	.	(26)	(24)	(32)	
Landwirte	(52)	.	.	(54)	.	.	.	
Beamte	(56)	(35)	}	(32)	(32)	(22)	.	
Angestellte	53	(38)		(28)	(31)	(22)	(20)	
Arbeiter	62	(36)		(40)	(31)			
Nichterwerbstätige	(76)	.	.	(34)	(29)	(30)	(36)	
<u>Haushaltsgröße</u>								
1 Person	(82)	.	-	}	(30)	(26)	(19)	
2 Personen	(61)	(34)	}					(27)
3 Personen	55	(37)						(8)
4 Personen	52	(37)	}	(31)	(30)	(22)	(18)	
5 und mehr Personen	56	(37)		(9)	(36)	(29)	(23)	(19)
<u>Monatliches Haushalts- bruttoeinkommen 2)</u>								
unter 800 DM	(89)	.	-	(76)				
800 - 1 200 "	(62)	(33)	.	(35)	(29)	.	(38)	
1 200 - 1 500 "	(53)	(43)	.	(29)	(32)	(25)	.	
1 500 - 1 800 "	(68)	(26)	.	(39)	(40)	.	(22)	
1800 und mehr '''	49	39	(13)	(27)	(26)	(22)	(25)	
Insgesamt	57	35	(8)	31	30	22	17	

1) Gewerblich und freiberuflich Selbständige. - 2) Ohne Landwirte.

Maße kleinere Abschlußsummen tätigten. Es dürfte sich hier weitgehend um den gleichen Personenkreis von Rentnern und Pensionären handeln, welche keine größeren Investitionen mehr in Form von aufwendigen Neubauten für die Zukunft machen, sondern höchstens den erworbenen Besitz durch Ersatzinvestitionen erhalten oder auch modernisieren wollen. Die Selbständigen-Haushalte stellten mit 61% die höchste Quote an Bausparern mit einer Abschlußsumme von 20 000 und mehr DM, in der glei-

chen Klasse erreichten die Haushalte mit 4 Personen den höchsten Anteil in Höhe von 48%, und die Haushalte mit einem Monatseinkommen von 1 800 und mehr DM kamen hier auf 51%.

Versicherungssparen

Auch bei der an zweiter Stelle stehenden Sparform, dem Versicherungssparen, ist nach der Abschlußsumme gegliedert worden. Sehr hoch war mit 46% der Anteil der Haushalte mit Bagatellsummen unter 5 000 DM. Hier dürfte es sich vorwiegend um Sterbegeldversicherungen handeln. Bei den Nichterwerbstätigen betrug der Anteil in dieser Klasse sogar 82%, bei den Ein-Personen-Haushalten 85% und bei den Haushalten mit einem Monatseinkommen unter 800 DM 83%. Aus dem bereits mehrfach erwähnten Gesichtspunkt der Altersvorsorge heraus schlossen die Selbständigen zu 70% Versicherungen (vermutlich fast ausschließlich Lebensversicherungen) mit einer Abschlußsumme von über 20 000 DM ab, und 34% kamen sogar auf Summen von 50 000 und mehr DM. In die zuletzt genannte Klasse fielen 8% der Angestellten-Haushalte. Es handelt sich hier sicherlich um den Personenkreis, der auf Grund gesetzlicher Befreiungsvorschriften aus der Sozialversicherung in eine Lebensversicherung übergewechselt ist. Nach der Haushaltsgröße unterschieden wiesen 5% der Drei-Personen-Haushalte, 7% der Vier-Personen-Haushalte und 10% der Haushalte mit 5 und mehr Personen Abschlußsummen in dieser Größenordnung aus. Bei den Haushalten mit einem Monatseinkommen von 1 800 und mehr DM waren es 13%. Im Durchschnitt relativ am stärksten vertreten sind die Versicherungen mit Abschlußsummen von 5 000 bis unter 20 000 DM, und auch diejenigen mit 20 000 bis unter 50 000 DM erreichten durchweg noch Anteile in den Einzeluntergliederungen zwischen 10 und 20%.

Private Haushalte mit Versicherungsverträgen nach der Höhe der Abschlußsumme Anfang 1970

Haushaltsgruppe	Haushalte mit einer Abschlußsumme von ... DM			
	unter 5 000	5 000 - 20 000	20 000 - 50 000	50 000 und mehr
	%			
<u>Soziale Stellung des Haushaltsvorstandes</u>				
Selbständige 1)	.	(21)	(36)	(34)
Landwirte	.	(45)	(28)	.
Beamte	(41)	44	(14)	.
Angestellte	33	41	(18)	(8)
Arbeiter	43	47	(10)	.
Nichterwerbstätige	82	(15)	.	.
<u>Haushaltsgröße</u>				
1 Person	85	.	.	.
2 Personen	66	23	(8)	.
3 Personen	40	40	(15)	(5)
4 Personen	30	46	(17)	(7)
5 und mehr Personen	28	42	(20)	(10)
<u>Monatliches Haushalts- bruttoeinkommen 2)</u>				
unter 800 DM	83	(10)	.	.
800 - 1 200 "	52	37	(9)	.
1 200 - 1 500 "	46	43	(9)	.
1 500 - 1 800 "	39	43	(15)	.
1 800 und mehr "	30	36	21	(13)
Insgesamt	46	35	14	5

1) Gewerblich und freiberuflich Selbständige. - 2) Ohne Landwirte.



## 2. Haus- und Grundbesitz

Von den 56% nachgewiesenen Haushalten mit Haus- und Grundbesitz war rund die Hälfte noch mit Kredittilgung belastet. Beide Werte variierten in der Aufgliederung nach sozialer Stellung des Haushaltsvorstandes sowie nach Haushaltsgröße und Einkommenshöhe. Den höchsten Anteil mit 87% Haus- und Grundbesitzern stellten erwartungsgemäß die Gruppe der Landwirte, gefolgt von den Selbständigen (74%). Die übrigen sozialen Gruppen streuten um 50%. Relativ am meisten waren die haus- und grundbesitzenden Beamten und Angestellten mit Kredittilgung belastet (65 und 60%). Bei den Nichterwerbstätigen (Rentner, Pensionäre!) waren es dagegen nur 32%. Bezüglich der beiden Gliederungsmerkmale Haushaltsgröße und Höhe des Bruttoeinkommens ergab sich eine positive Korrelation derart, daß mit steigender Haushaltsgröße und mit steigendem Einkommen sowohl der Anteil der Haus- und Grundbesitzer überhaupt und darunter wieder der Anteil der Haushalte mit Kredittilgung anstiegen. Unter den 73% haus- und grundbesitzenden Haushalten mit 5 und mehr Personen hatten 64%, unter den 60% entsprechenden Haushalten mit 1 800 und mehr DM Monatseinkommen immerhin 60% noch eine Kredittilgung zu tragen.

## 3. Sparszwecke

Im Zusammenhang mit einer Frage im Schlußinterview der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1969, ob Haushaltsmitglieder im Laufe des Jahres 1969 Geld gespart haben, sei es in bar, auf laufenden Konten, auf Sparbüchern, in Form von Prämien für Lebensversicherungsunternehmen oder Bausparkassen oder durch Wertpapierkäufe, wurde bei allen Haushalten, die diese Frage mit „ja“ beantwortet hatten, außerdem gefragt, ob die Ersparnisse ganz, teilweise, oder überhaupt nicht

Private Haushalte mit Haus- und Grundbesitz Anfang 1970

Haushaltsgruppe	Insgesamt <sup>1)</sup>		Haushalte mit Haus- und Grundbesitz	
			zu- sammen	noch mit Kredit- tilgung belastet
	Anzahl		%	
<u>Soziale Stellung des Haushaltsvorstandes</u>				
Selbständige <sup>2)</sup>	280	10	74	(58)
Landwirte	191	6	87	(48)
Beamte	193	7	54	65
Angestellte	431	15	48	60
Arbeiter	927	32	57	54
Nichterwerbstätige	882	30	49	32
<u>Haushaltsgröße</u>				
1 Person	317	11	37	(23)
2 Personen	784	27	49	36
3 Personen	616	21	54	50
4 Personen	636	22	60	60
5 und mehr Personen	551	19	73	64
<u>Monatliches Haushaltsbruttoeinkommen<sup>3)</sup></u>				
unter 300 DM	99	4	(49)	.
300 - 600 "	228	8	(44)	(27)
600 - 800 "	195	7	(48)	(39)
800 - 1 200 "	514	19	44	47
1 200 - 1 500 "	499	19	59	51
1 500 - 1 800 "	391	14	59	59
1 800 und mehr "	787	29	60	60
<b>Insgesamt</b>	<b>2 904</b>	<b>100</b>	<b>56</b>	<b>51</b>

1) Sollzahlen nach dem Stichprobenplan 1968. - 2) Gewerblich und freiberuflich Selbständige. - 3) Ohne Landwirte.

dazu verwendet werden sollen, bestimmte größere Vorhaben zu finanzieren. Soweit diese Frage mit „ganz“ oder „teilweise“ beantwortet wurde, erfolgte eine Auszählung nach sechs Gruppen von Verwendungszwecken, die je nach sozialer Stellung des Haushaltsvorstandes und Einkommenshöhe recht unterschiedlich vertreten waren. Selbstverständlich konnte ein Haushalt

Private Haushalte mit Sparguthaben nach dem Sparszweck Anfang 1970

Haushaltsgruppe	Haushalte, die 1969 in irgendeiner Form Geld sparten	Von diesen Haushalten sparten ganz oder teilweise für					
		Haus- oder Grundstücks- kauf	Kauf eines Kraft- fahrzeuges	Kauf größerer Einrichtungs- gegenstände/ Schmuck	Urlaubs- reisen	Vorsorge für die Zukunft	sonstige Zwecke
		%					
<u>Soziale Stellung des Haushaltsvorstandes</u>							
Selbständige <sup>1)</sup>	97	(27)	.	.	(14)	66	(22)
Landwirte	93	(24)	.	.	.	(66)	(19)
Beamte	98	(25)	(20)	(18)	(20)	52	(24)
Angestellte	98	25	(13)	(14)	21	62	19
Arbeiter	96	16	(11)	16	17	67	14
Nichterwerbstätige	89	(8)	(3)	(9)	(13)	83	16
<u>Haushaltsgröße</u>							
1 Person	85	.	.	.	(14)	74	(20)
2 Personen	93	(13)	(8)	(12)	17	77	17
3 Personen	97	21	(13)	(13)	(15)	63	(17)
4 Personen	97	21	(12)	(14)	20	64	17
5 und mehr Personen	97	25	(11)	(14)	(12)	64	(18)
<u>Monatliches Haushaltsbruttoeinkommen<sup>2)</sup></u>							
unter 800 DM	85	.	.	(7)	(9)	82	(15)
800 - 1 200 "	95	(15)	(7)	(12)	(13)	74	(13)
1 200 - 1 500 "	97	(18)	(9)	(14)	(19)	70	(17)
1 500 - 1 800 "	97	(19)	(15)	(14)	(18)	62	(21)
1 800 und mehr "	99	27	15	15	22	59	21
<b>Insgesamt</b>	<b>95</b>	<b>18</b>	<b>10</b>	<b>13</b>	<b>16</b>	<b>68</b>	<b>18</b>

1) Gewerblich und freiberuflich Selbständige. - 2) Ohne Landwirte.



Haushaltsgruppe	Höhe der Sparneigung						Form der Sparneigung sparwilliger Haushalte			
	alles	etwa 3/4	etwa 1/2	etwa 1/4	nichts	keine Vor- stellung	Spar- buch	Wert- papiere	Bauspar- vertrag/ Kapital- versiche- rungen	sonstige Formen
	%									
<u>Soziale Stellung des Haushaltsvorstandes</u>										
Selbständige <sup>1)</sup>	(28)	.	(16)	.	(23)	(21)	(56)	.	(19)	(22)
Landwirte	(31)	.	.	.	(28)	(20)	(65)	.	.	.
Beamte	31	.	(26)	(8)	(16)	(12)	72	(12)	(23)	.
Angestellte	34	(5)	20	(10)	21	(10)	76	(15)	(16)	.
Arbeiter	31	(4)	18	(11)	23	13	80	(6)	(11)	(5)
Nichterwerbstätige	29	.	15	8	32	13	85	(8)	.	.
<u>Haushaltsgröße</u>										
1 Person	(32)	.	(12)	.	(32)	(15)	83	.	.	} (5)
2 Personen	31	(4)	18	(8)	26	(13)	85	(10)	(6)	
3 Personen	32	(5)	19	(9)	22	(13)	76	(14)	(15)	.
4 Personen	32	(4)	19	(9)	23	(13)	74	(8)	(15)	(7)
5 und mehr Personen	28	.	(19)	(11)	23	(15)	67	(9)	(22)	(10)
<u>Monatliches Haushalts- bruttoeinkommen <sup>2)</sup></u>										
unter 800 DM	25	.	(12)	(8)	39	(14)	84	.	.	.
800 - 1 200 "	27	.	20	(8)	25	(15)	84	.	(12)	} (4)
1 200 - 1 500 "	30	(5)	(20)	(9)	21	(15)	80	(9)	(12)	
1 500 - 1 800 "	33	.	(19)	(12)	(21)	(10)	78	.	(15)	.
1 800 und mehr "	37	(4)	19	(9)	19	(12)	68	(16)	(17)	(8)
<b>I n s g e s a m t</b>	31	4	18	9	25	13	77	10	13	6

1) Gewerblich und freiberuflich Selbständige. - 2) Ohne Landwirte.

mehrere Hauptzwecke angeben, so daß Mehrfachzählungen die Regel sind.

68% der Haushalte mit Ersparnissen sparten aus Vorsorge für die Zukunft, 18% für einen Haus- oder Grundstückskauf, 16% für Urlaubsreisen, 13% für größere Einrichtungsgegenstände oder Schmuck und 10% für den Kauf eines Kraftfahrzeuges. 18% gaben sonstige nicht näher bestimmte Gründe an. Das Merkmal „Vorsorge für die Zukunft“ war bei den Beamten infolge der Alterssicherung durch Pension mit 52% relativ am wenigsten stark vertreten. Es lag bei den übrigen Gruppen durchweg bei zwei Dritteln und nur die Nichterwerbstätigen fielen mit 83% etwas aus dem Rahmen. Der Haus- oder Grundstückskauf stand mit rund einem Viertel der Fälle bei Haushalten von Selbständigen, Landwirten, Beamten und Angestellten an zweiter Stelle.

Die Aufgliederung nach der Haushaltsgröße ergab in diesem Zusammenhang eigentlich keine besonders zu erwähnenden Ergebnisse, während bei der Auszählung nach dem monatlichen Haushaltsbruttoeinkommen die negative Korrelation zwischen der Höhe des Einkommens und der Vorsorgebereitschaft für die Zukunft bemerkenswert scheint. Bei einem Einkommen bis unter 800 DM gaben 82% der Haushalte an, ihre 1969 gemachten Ersparnisse ganz oder teilweise aus Vorsorge für die Zukunft angelegt zu haben, bei einem Einkommen von 1 200 bis unter 1 500 DM waren es nur noch 70% und bei einem solchen von 1 800 und mehr DM noch 59%. Die zuletzt genannte Einkommensklasse gab auch in weit stärkerem Maße als die übrigen Klassen an, für Haus- und Grundbesitz zu sparen. Auch Kraftfahrzeuge, Kauf von größeren Einrichtungsgegenständen oder Schmuck sowie Urlaubsreisen waren hier stärker vertretene Sparzwecke als bei den niedrigeren Einkommensgruppen.

#### 4. Sparneigung

Die Haushalte wurden danach gefragt, wieviel sie bei einer fiktiven Erhöhung ihres Einkommens um 10% von dem zusätzlichen Einkommen sparen würden: alles, etwa drei Viertel, etwa die Hälfte, etwa ein Viertel oder nichts. Auch der Kategorie „keine Vorstellung“ wurde Rechnung getragen. Weiter sollten bei einer überhaupt vorhandenen Sparneigung Angaben darüber gemacht werden, in welcher Form diese Sparneigung realisiert werden würde (Sparbuch, Wertpapierkäufe, Bausparvertrag oder Kapitalansamlungsvertrag, sonstige Formen).

Das Ergebnis ist recht interessant. Immerhin ein Viertel aller befragten Haushalte würden bei einer Erhöhung ihres Einkommens um 10% nichts sparen, noch höher lag allerdings mit 31% der Anteil der Haushalte, die den gesamten Zuwachs zurücklegen möchten. 77% der sparwilligen Haushalte würden das Sparbuch bevorzugen, 13% Bauspar- und Kapitalansamlungsverträge abschließen und nur 10% Wertpapiere kaufen. Innerhalb der Einzeluntergliederung war besonders die Höhe des Monatsbruttoeinkommens interessant, denn hier war deutlich festzustellen, daß mit wachsendem Einkommen der Prozentsatz der Haushalte, welche den gesamten Zuwachs sparen würden, von 25% bei Haushalten unter 800 DM Einkommen bis 37% bei den Einkommensbezieher von 1 800 und mehr DM je Monat anstieg, während in der gleichen Reihenfolge die Sätze der nicht sparwilligen Haushalte von 39 bis auf 19% abfielen. Auch würden - ebenfalls in der gleichen Reihenfolge - die Haushalte mit niedrigem Einkommen zu 84%, mit hohem Einkommen aber nur zu 68% das zusätzliche Einkommen auf Sparbuch legen. Die zuletzt genannte Gruppe ist statt dessen mit 16 und 17% mehr für Wertpapierkäufe sowie für den Abschluß von Bauspar- und Kapitalansamlungsverträgen.

Dr. P. Baron



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (\*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1965	1969				1970			
		Monatsdurchschnitt	August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober	
<b>Bevölkerung und Erwerbstätigkeit</b>										
<b>Bevölkerungsstand</b>										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 567	3 635	3 667	3 669	3 671	...	...	...	...
<b>Natürliche Bevölkerungsbewegung</b>										
* Eheschließungen 1)	Anzahl	2 304	2 141	3 714	1 844	2 104	3 174	3 107	2 035 <sup>p</sup>	2 296 <sup>p</sup>
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr	Anzahl	6,5	7,0	11,9	6,1	6,7	10,2 <sup>p</sup>	9,9 <sup>p</sup>	6,7 <sup>p</sup>	7,3 <sup>p</sup>
* Lebendgeborene 2)	Anzahl	5 373	4 878	4 343	4 477	4 259	4 252	3 893	4 060 <sup>p</sup>	3 931 <sup>p</sup>
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr	Anzahl	15,1	16,1	14,0	14,9	13,7	13,6 <sup>p</sup>	12,4 <sup>p</sup>	13,4 <sup>p</sup>	12,6 <sup>p</sup>
* Gestorbene (ohne Totgeborene) 3)	Anzahl	3 345	3 685	3 156	3 376	3 542	3 268	3 392	3 347 <sup>p</sup>	3 481 <sup>p</sup>
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr	Anzahl	9,4	12,2	10,1	11,2	11,4	10,5 <sup>p</sup>	10,8 <sup>p</sup>	11,1 <sup>p</sup>	11,1 <sup>p</sup>
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	129	118	90	97	110	91	108	...	...
* je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	24,0	24,2	20,7	21,7	25,8	21,4	27,7	...	...
* Überschuß der Geborenen	Anzahl	2 028	1 193	1 187	1 101	717	984	501	713 <sup>p</sup>	450 <sup>p</sup>
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr	Anzahl	5,7	3,9	3,8	3,7	2,3	3,1 <sup>p</sup>	1,6 <sup>p</sup>	2,4 <sup>p</sup>	1,4 <sup>p</sup>
<b>Wanderungen</b>										
* Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	10 083	9 092	11 116	12 798	13 453	...	...	...	...
* Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	9 074	8 735	8 811	12 027	11 859	...	...	...	...
* Wanderungsgewinn oder -verlust	Anzahl	1 009	357	2 305	771	1 594	...	...	...	...
* Innerhalb des Landes Umgezogene 4)	Anzahl	10 017	11 172	12 154	13 630	13 721	...	...	...	...
<b>Arbeitslage</b>										
* Arbeitslose	1 000	8,4	18,3	4,7	4,5	4,8	5,1	5,2	5,1	5,7
* Männer	1 000	6,8	14,5	2,6	2,6	2,7	2,7	2,6	2,5	2,7
Ausgewählte Berufsgruppen:										
Land- und forstwirtschaftliche Berufe	Anzahl	755	890	72	123	59	56	60	73	75
Bauberufe	Anzahl	948	2 253	83	84	90	72	60	68	87
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	4 372	9 911	2 268	2 129	2 201	2 787	2 769	2 836	3 064
Offene Stellen	Anzahl	27 607	19 460	35 399	35 171	32 665	35 951	34 663	33 798	31 118
Männer	Anzahl	15 420	10 430	21 832	21 869	20 674	22 786	22 199	21 952	20 256
Ausgewählte Berufsgruppen:										
Land- und forstwirtschaftliche Berufe	Anzahl	327	342	447	827	441	405	406	637	514
Bauberufe	Anzahl	2 508	1 911	2 861	2 824	2 716	3 439	3 479	3 263	3 022
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	15 003	9 405	20 603	20 501	18 849	18 350	17 776	17 574	16 195
<b>Landwirtschaft</b>										
<b>Viehbestand</b>										
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	739	754	.	.	.	.	.	.	.
* Milchkühe	1 000	298	288	.	.	.	.	.	.	.
* Schweine	1 000	722	758	.	767	.	.	.	868	.
* Zuchtsauen	1 000	56	70	.	72	.	.	.	80	.
* Trächtige Zuchtsauen	1 000	33	43	.	43	.	.	.	47	.
<b>Schlachtungen von Inlandtieren</b>										
* Rinder	1 000	17	19	18	21	20	19	19	21	21
* Kälber	1 000	5	3	2	2	2	2	2	2	2
* Schweine	1 000	101	102	86	104	94	85	94	89	94
* Hausschlachtungen	1 000	24	21	7	11	15	9	8	11	17
* Schlachtmengen 5)	1 000 t	11,0	11,7	11,2	13,3	11,9	11,4	12,5	12,1	12,0
* Rinder	1 000 t	4,2	4,9	4,7	5,5	5,1	5,1	5,2	5,5	5,5
* Kälber	1 000 t	0,3	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2	0,1	0,1
* Schweine	1 000 t	6,4	6,7	6,4	7,6	6,6	6,2	7,1	6,5	6,3
<b>Geflügel</b>										
Eingelegte Bruteier 6)										
* für Legehennenküken	1 000	310	417	366	432	246	179	226	183	66
* für Masthühnerküken	1 000	17	17	19	18	-	-	-	-	-
* Geflügelfleisch 7)	1 000 kg	18	53	63	59	54	56	58	62	38
<b>Milch</b>										
* Milchherzeugung an Molkereien und Händler geliefert	1 000 t	82	86	87	80	82	89	86	76	78
* Milchleistung je Kuh und Tag	% kg	72,1 8,9	77,9 9,6	79,8 9,6	79,9 9,1	78,7 9,0	82,2 10,3	81,9 9,8	82,2 9,1	77,9 8,9

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 5) Aus gewerblichen Schlachtungen; einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien und ohne Geflügel. - 6) In Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern. - 7) Aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren.



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1965	1969				1970			
		Monatsdurchschnitt	August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober	
Industrie und Handwerk										
Industrie 1)										
Betriebe (örtliche Einheiten)	Anzahl	3 229	2 995	2 989	2 995	2 997	3 004	3 000	3 007	3 007
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inh.)	1 000	379	388	392	397	398	408	410	412	412
* Arbeiter 2)	1 000	294	294	297	300	301	308	309	309	309
* Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	48	47	45	50	53	50	46	51	52
Löhne und Gehälter (brutto)	Mill. DM	302	405	392	405	422	505	481	482	499
* Löhne (brutto)	Mill. DM	209	269	264	273	288	342	323	327	341
* Gehälter (brutto)	Mill. DM	93	136	128	132	134	163	158	155	158
* Kohleverbrauch	1 000 t SKE 3)	203	124	112	114	126	86	83	85	101
* Gasverbrauch (ohne Erdgas)	1 000 Nm 3	32 600	33 959	32 431	33 708	36 318	28 845	28 415	27 857	28 620
* Heizölverbrauch	1 000 t	117	174	140	157	188	166	161	171	197
* Stromverbrauch	Mill. kWh	592	738	739	752	798	808	772	773	829
* Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	231	328	298	304	348	278	264	280	307
* Umsatz (ohne Mehrwertsteuer) 4)	Mill. DM	1 412	2 041	1 888	2 263	2 329	2 480	2 208	2 617	2 599
* Auslandsumsatz	Mill. DM	230	455	405	482	481	510	441	530	520
Index der industriellen Produktion 5)										
Gesamtindustrie	1962 = 100	129	185	174	192	199	200	192	208	210 <sup>P</sup>
ohne Bauhauptgewerbe	1962 = 100	131	194	176	198	207	207	196	215	217 <sup>P</sup>
ohne Bauhauptgewerbe und Energiewirtschaft	1962 = 100	131	195	178	200	209	209	198	217	219
Energiewirtschaft	1962 = 100	115	152	142	151	159	161	160	168	169 <sup>P</sup>
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	1962 = 100	137	202	193	209	215	229	213	223	222
Industrie der Steine und Erden	1962 = 100	119	138	161	166	168	183	181	192	191
Chemische Industrie	1962 = 100	151	237	220	237	248	264	242	247	246
Investitionsgüterindustrien	1962 = 100	128	247	193	248	263	271	242	294	288
Maschinenbau und Datenverarbeitung	1962 = 100	111	218	135	222	230	225	193	254	225
Verbrauchsgüterindustrien	1962 = 100	123	160	148	163	167	146	153	169	173
Schuhindustrie	1962 = 100	118	120	124	128	124	106	118	120	119
Nahrungs- und Genussmittelindustrien	1962 = 100	128	154	147	160	179	143	148	162	181
Bauhauptgewerbe	1962 = 100	118	140	160	157	155	165	167	171	171
Handwerk 6)										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1962=100	.	103	.	103	.	.	.	103	.
* Umsatz	VjD 1962=100	.	160	.	165	.	.	.	185	.
* Handwerksumsatz	VjD 1962=100	.	157	.	166	.	.	.	185	.
Öffentliche Energieversorgung										
* Elektrizitätserzeugung (brutto)	Mill. kWh	170	242	178	189	225	205	...	...	...
Strombezug (netto)	Mill. kWh	474	595	621	655	689	730	719	746	...
Stromaufkommen	Mill. kWh	637	824	786	830	898	923	873	930	...
* Gaserzeugung (brutto)	Mill. Nm 3	12,1	0,6	0,3	0,4	0,5	0,3	0,3	0,3	0,6
* Gasbezug (netto)	Mill. Nm 3	52	103	75	80	101	84	81	79	117
* Gasaufkommen	Mill. Nm 3	57	104	75	80	101	84	81	80	118
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe 7)										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inh.)	1 000	99	91	94	92	90	93	93	93	91
Facharbeiter	1 000	51	50	52	51	49	52	51	50	49
Helfer und Hilfsarbeiter	1 000	33	27	28	27	27	27	28	28	28
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	13 994	12 651	14 414	15 121	15 360	16 431	15 066	16 156	15 366
Privater Bau	1 000	7 759	6 963	7 668	7 921	8 290	8 829	8 005	8 587	8 422
* Wohnungsbauten	1 000	4 899	4 780	5 347	5 479	5 622	5 862	5 169	5 507	5 380
Landwirtschaftliche Bauten	1 000	415	233	291	283	261	193	205	189	206
Gewerbliche Bauten	1 000	2 445	1 950	2 030	2 159	2 407	2 774	2 631	2 891	2 836
* Verkehrs- und öffentl. Bauten	1 000	6 235	5 688	6 746	7 200	7 070	7 602	7 061	7 569	6 944
Hochbau	1 000	1 791	1 363	1 559	1 758	1 654	1 708	1 564	1 752	1 533
Tiefbau	1 000	4 444	4 325	5 187	5 442	5 416	5 894	5 497	5 817	5 411
Straßenbau	1 000	2 027	2 113	2 611	2 779	2 776	2 992	2 720	2 916	2 685
Löhne und Gehälter (brutto)	1 000 DM	75 603	83 558	94 668	97 667	100 674	125 411	118 438	122 529	120 347
* Löhne (brutto)	1 000 DM	69 161	75 178	86 232	89 214	92 331	115 419	108 331	112 432	110 366
* Gehälter (brutto)	1 000 DM	6 442	8 380	8 436	8 453	8 343	9 992	10 107	10 097	9 981
* Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	1 000 DM	217 848	219 942	232 074	270 704	289 800	299 470	256 840	333 954	321 500

1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - 2) Einschl. gewerblicher Lehrlinge. - 3) Eine Tonne Steinkohleeinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts. - 4) 1965 einschl. Umsatzsteuer. - 5) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt. - 6) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. - 7) Berichtigte Ergebnisse.



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1965	1969				1970			
		Monatsdurchschnitt	August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober	
<b>Baugenehmigungen</b>										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	1 346	1 131	1 268	1 194	1 248	1 558	1 192	1 085	1 230
* Ein- und Zweifamilienhäuser	Anzahl	.	1 032	1 158	1 116	1 108	1 429	1 084	988	1 101
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 226	1 159	1 395	1 142	1 365	1 551	1 284	1 262	1 365
* Veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	122 133	130 934	159 040	131 411	156 882	191 286	162 116	155 577	176 833
* Wohnfläche	1 000 qm	210	199	236	191	259	278	220	220	236
<b>Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)</b>										
* Umbauter Raum	Anzahl	339	308	344	339	331	342	315	263	303
* Veranschlagte reine Baukosten	1 000 cbm	1 067	1 097	1 488	881	1 148	1 681	1 369	1 236	1 228
* Nutzfläche	1 000 DM	76 216	81 548	78 899	65 425	88 038	143 667	104 937	121 913	78 012
	1 000 qm	187	192	248	163	207	286	215	210	185
* Wohnungen insgesamt	Anzahl	2 790	2 344	2 961	2 185	2 847	3 043	2 721	2 503	2 768
<b>Bauleistungspreise</b> (einschl. Mehrwertsteuer)										
Ausheben einer Baugrube (mittelschwerer Boden)	1962 = 100	104	101	101	.	.	.	118	.	.
Mauerwerk (Mauerziegel bzw. Kalksandsteine)	1962 = 100	119	133	134	.	.	.	159	.	.
Hohlblockmauerwerk	1962 = 100	124	136	136	.	.	.	161	.	.
Leichttrennwand	1962 = 100	121	132	133	.	.	.	163	.	.
Stahlbetondecke (auch aus Stahlbetonfertigteilen)	1962 = 100	117	122	123	.	.	.	153	.	.
Beton für Wände	1962 = 100	120	133	134	.	.	.	157	.	.
Bauholz (Normalklasse)	1962 = 100	105	108	109	.	.	.	126	.	.
Innenwandputz	1962 = 100	127	138	140	.	.	.	167	.	.
Deckenputz	1962 = 100	129	139	140	.	.	.	165	.	.
Außenwandputz	1962 = 100	130	146	146	.	.	.	175	.	.
Wandbelag (Fliesen)	1962 = 100	117	123	124	.	.	.	141	.	.
Zimmertür, einflügelig	1962 = 100	.	135	134	.	.	.	153	.	.
<b>Handel und Gastgewerbe</b>										
<b>Ausfuhr</b>										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	262,2	520,9	466,2	537,4	577,8	601,5	505,2	582,3	620,3
<b>Nach Warengruppen</b>										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	7,8	16,1	13,5	16,5	18,6	20,5	20,9	18,6	22,1
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	254,4	504,8	452,7	520,8	559,2	581,0	484,2	563,6	598,3
* Rohstoffe	Mill. DM	6,9	8,9	8,4	10,1	10,1	11,9	8,8	11,9	11,5
* Halbwaren	Mill. DM	21,8	27,0	28,1	26,3	28,2	31,4	28,7	28,5	32,0
* Fertigwaren	Mill. DM	225,7	468,9	416,2	484,4	520,9	537,8	446,8	523,3	554,7
* Vorerzeugnisse	Mill. DM	119,9	192,4	172,7	208,3	214,0	204,2	167,5	201,8	207,6
* Enderzeugnisse	Mill. DM	105,8	276,5	243,5	276,1	306,9	333,5	279,3	321,4	347,1
<b>Nach ausgewählten Verbrauchs- ländern</b>										
* EWG - Länder	Mill. DM	88,3	203,5	168,6	207,9	222,9	225,7	172,4	225,4	252,4
Belgien - Luxemburg	Mill. DM	18,5	35,5	32,2	36,5	37,9	38,6	36,9	41,0	41,8
Frankreich	Mill. DM	27,0	82,7	59,3	83,0	93,2	86,4	57,8	83,6	98,6
Italien	Mill. DM	20,0	42,9	39,0	43,6	46,9	51,5	31,9	50,6	54,3
Niederlande	Mill. DM	22,8	42,4	38,0	44,7	44,9	49,2	45,9	50,2	57,6
* EFTA - Länder	Mill. DM	71,9	109,8	103,3	120,3	127,3	118,5	111,1	129,2	131,6
Dänemark	Mill. DM	7,5	12,1	12,2	13,5	13,5	13,0	12,4	13,6	13,2
Großbritannien	Mill. DM	17,3	20,5	17,3	19,3	21,5	22,0	18,6	23,7	25,4
Österreich	Mill. DM	13,2	21,8	21,2	26,9	28,3	23,9	23,7	23,2	27,6
Schweden	Mill. DM	10,5	16,1	15,0	17,2	19,0	12,8	16,8	20,2	19,3
Schweiz	Mill. DM	17,8	28,8	27,8	32,0	33,9	34,3	29,7	37,0	33,4
USA und Kanada	Mill. DM	17,6	32,5	27,6	34,6	38,3	48,1	34,2	42,9	39,1
Ostblockländer	Mill. DM	11,2	26,8	17,8	28,9	22,8	25,5	16,8	15,5	16,8
<b>Handel mit Berlin (West)</b>										
* Bezüge	1 000 DM	12 201	19 806	20 316	24 336	22 527	19 676	17 440	21 773	22 307
* Lieferungen	1 000 DM	32 468	37 773	34 086	39 799	43 906	43 409	37 831	44 569	43 300
<b>Einzelhandel</b>										
Beschäftigte	1962 = 100	98	96	96	96	97	95	98	98	98
* Umsätze	1962 = 100	122	143	133	138	159	162	145	153	177
Waren verschiedener Art	1962 = 100	158	212	192	186	233	236	200	204	258
Nahrungs- und Genußmittel	1962 = 100	114	127	128	121	135	145	140	133	147
Bekleidung, Wäsche, Sport- artikel und Schuhe	1962 = 100	114	133	109	119	164	141	109	131	190
Waren aus Metall, Kunststoff, Keramik und Holz	1962 = 100	122	143	137	157	173	183	171	188	185
Elektrotechn., feinmechanische und optische Erzeugnisse	1962 = 100	120	137	122	124	138	141	126	133	150
Fahrzeuge, Maschinen und Büroeinrichtungen	1962 = 100	127	137	117	142	158	171	133	157	170
<b>Gastgewerbe</b>										
Beschäftigte	1962 = 100	107	114	122	120	117	123	120	124	121
Teilbeschäftigte	1962 = 100	185	175	184	207	161	221	231	227	233
* Umsatz	1962 = 100	132	145	175	168	162	194	220	194	186
Übernachtungsumsatz	1962 = 100	142	175	285	281	246	328	361	342	273
Beköstigungsumsatz	1962 = 100	132	143	169	162	158	182	209	183	176



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1965	1969				1970			
		Monatsdurchschnitt	August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober	
<b>Fremdenverkehr</b>										
in 241 Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1 000	206	215	370	345	283	364	379	385	...
* Auslandsgäste	1 000	41	50	125	76	42	147	128	89	...
* Fremdenübernachtungen	1 000	767	792	1 480	1 260	876	1 413	1 564	1 350	...
* Auslandsgäste	1 000	81	114	300	159	82	368	311	182	...
Nach Gemeindegruppen										
Großstädte	1 000	82	87	120	121	106	136	142	129	...
Heilbäder	1 000	328	324	534	495	347	478	546	499	...
Luftkurorte	1 000	53	55	138	113	63	123	146	117	...
Erholungsorte 1)	1 000		114	259	171	96	258	280	180	...
Übrige Berichtsgemeinden	1 000	304	212	429	360	264	418	450	425	...
<b>Verkehr</b>										
<b>Bundesbahn 2)</b>										
Zugkilometer	1 000	2 974	3 207	3 541	3 380	3 436	3 725	3 621	3 502	3 486
Wagenachskilometer	1 000	120 148	131 654	143 667	139 018	144 895	158 795	150 073	147 696	149 073
Bruttotonnenkilometer	Mill.	1 235	1 408	1 541	1 496	1 561	1 711	1 622	1 587	1 598
Nettotonnenkilometer	Mill.	347	429	436	454	512	512	470	484	514
Gestellte Güterwagen	Anzahl	71 436	65 200	65 959	75 139	83 576	73 383	68 510	76 451	81 766
<b>Binnenschifffahrt</b>										
Güterumschlag	1 000 t	2 772	3 078	3 507	3 513	2 770	4 071	3 773	3 776	3 803
* Gütereingang	1 000 t	1 356	1 541	1 740	1 715	1 382	1 837	1 789	1 704	1 757
* Güterversand	1 000 t	1 416	1 537	1 767	1 798	1 388	2 234	1 984	2 072	2 046
Schiffs- und Güterdurchgangs- verkehr an der Koblenzer Fähre										
Bergverkehr										
Güterschiffe	Anzahl	4 721	4 056	4 376	4 249	4 264	4 242	3 906	3 593	3 946
Ladung	1 000 t	3 472	2 927	3 292	3 281	2 138	3 457	3 187	2 848	3 099
Auslastungsgrad 3)	%	82	81	85	86	55	91	91	89	86
Talverkehr										
Güterschiffe	Anzahl	4 830	4 358	4 820	4 370	4 745	4 520	4 139	3 897	4 393
Ladung	1 000 t	1 246	1 418	1 755	1 569	883	1 786	1 655	1 509	1 512
Auslastungsgrad 3)	%	77	77	84	83	50	89	89	89	82
<b>Straßenverkehr</b>										
* Zulassungen fabrikneuer Kraft- fahrzeuge	Anzahl	8 055	9 887	6 210	9 385	11 596	13 164	6 902	10 015	...
Krafträder und Motorroller	Anzahl	32	29	32	20	17	92	37	36	...
* Personen- und Kombinations- kraftwagen	Anzahl	6 846	7 861	5 260	8 090	10 213	11 799	5 929	8 698	...
* Lastkraftwagen	Anzahl	553	592	481	669	722	756	588	703	...
Zugmaschinen	Anzahl	546	521	356	556	573	442	311	519	...
Kraftfahrzeuganhänger	Anzahl	262	303	204	193	218	734	285	255	...
<b>Personenverkehr der Straßen- verkehrsunternehmen</b>										
Beförderte Personen	1 000	20 990	22 061	18 561	24 097	24 448	23 548	21 522	27 671	...
Allgemeiner Linienverkehr	1 000	19 968	20 084	17 253	21 418	22 022	21 281	19 829	24 542	...
Sonderformen des Linienverkehrs	1 000	634	1 629	849	2 181	2 055	1 664	1 143	2 543	...
Berufsverkehr	1 000	576	623	589	666	683	758	700	716	...
Schülerverkehr	1 000	56	1 003	259	1 514	1 371	906	443	1 826	...
Gelegenheitsverkehr	1 000	388	348	459	498	371	603	550	586	...
Ausflugsfahrten	1 000	92	87	108	123	90	154	155	129	...
Ferienziel-Reisen	1 000	1	1	6	1	0	3	3	2	...
Mietwagenverkehr	1 000	295	260	345	374	281	446	392	455	...
Wagenkilometer	1 000	8 951	10 223	10 908	12 002	11 104	12 482	11 358	12 994	...
<b>Straßenverkehrsunfälle</b>	Anzahl	5 696	6 570	7 408	6 902	6 907	8 079	7 489	7 524	8 116
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 592	1 684	2 024	1 983	1 887	2 218	2 044	2 075	2 063
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	4 104	4 887	5 384	4 919	5 020	5 861	5 445	5 449	6 053
bis 1 000 DM bei jedem										
Beteiligten	Anzahl	3 508	4 156	4 583	4 122	4 246	4 924	4 548	4 578	4 979
über 1 000 DM bei einem										
Beteiligten	Anzahl	596	731	801	797	774	937	897	871	1 074
* Getötete Personen	Anzahl	83	90	107	117	106	125	128	126	77
* Verletzte Personen	Anzahl	2 216	2 418	3 015	2 825	2 647	3 264	2 915	2 946	2 987
Schwerverletzte	Anzahl	741	832	1 082	993	938	1 160	1 023	1 021	994
<b>Bundespost</b>										
Gewöhnliche Briefsendungen	1 000	36 901	37 953	31 639	38 746	41 657	36 984	32 465	38 959	40 004
Gewöhnliche Paketsendungen	1 000	1 114	1 124	956	1 182	1 352	983	976	1 193	1 299
Telegramme	1 000	86	61	69	66	64	71	67	62	59
Postcheckverkehr										
Gutschriften	1 000 DM	773 166	882 250	858 909	885 357	939 511	1181 582	1042 816	1083 168	1115 482
Lastschriften	1 000 DM	772 416	881 000	856 888	884 362	939 964	1199 393	1029 799	1070 664	1139 002
Postsparkassendienst										
Einzahlungen	1 000 DM	9 164	12 770	14 159	13 552	13 967	21 173	18 881	16 410	15 549
Auszahlungen	1 000 DM	9 038	12 286	12 925	14 089	14 045	18 270	18 568	18 380	18 381
<b>Rundfunkgenehmigungen</b>										
Tonrundfunk	1 000	997	1 079	1 080	1 081	1 085	1 096	1 098	1 098	1 101
Fernsehrundfunk	1 000	595	889	894	897	901	939	941	944	947

1) Anerkannte Erholungsorte und Gemeinden mit einer mittleren Aufenthaltsdauer von mindestens 5 Tagen. - 2) Nur Bundesbahndirektion Mainz. - 3) Auslastungsgrad der beladenen Schiffe.



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1965	1969				1970			
		Monatsdurchschnitt	August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober	
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen <sup>1)</sup> (Stand am Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	10 036	17 732	15 977	16 254	16 514	18 928	19 034	19 294	19 411
* Kurzfristige Kredite 2)	Mill. DM	2 917	4 474	3 968	4 029	4 103	4 898	4 796	4 931	4 909
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	2 863	4 398	3 881	3 965	4 033	4 782	4 692	4 816	4 804
* Mittelfristige Kredite 3)	Mill. DM	1 294	1 851	1 677	1 610	1 620	2 027	2 047	2 086	2 092
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	1 188	1 713	1 563	1 494	1 493	1 894	1 926	1 958	1 959
* durchlaufende Kredite	Mill. DM	3	6	1	0	0	10	10	10	10
* Langfristige Kredite 4)	Mill. DM	5 826	11 406	10 333	10 615	10 791	12 003	12 191	12 277	12 411
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	4 461	9 215	8 252	8 528	8 649	9 674	9 824	9 895	9 955
* durchlaufende Kredite	Mill. DM	372	1 618	1 599	1 605	1 608	1 615	1 623	1 620	1 625
* Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	Mill. DM	8 531	15 844	15 404	15 512	15 492	16 695	16 934	16 826	17 054
* Sicht- und Termingelder von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	2 944	5 028	4 979	5 054	5 019	5 542	5 705	5 557	5 737
* Spareinlagen	Mill. DM	2 258	4 018	4 090	4 180	4 167	4 460	4 559	4 466	4 612
* bei Sparkassen	Mill. DM	5 588	9 433	9 055	9 081	9 094	9 754	9 823	9 864	9 908
* Gutschriften auf Sparkonten	Mill. DM	3 771	6 081	5 811	5 819	5 856	6 265	6 308	6 326	6 346
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	301	476	426	432	483	646	501	509	502
* Zinsgutschriften	Mill. DM	246	425	346	405	470	642	433	469	460
	Mill. DM	15	31	0	1	0	2	1	1	1
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse	Anzahl	11	14	10	11	14	15	23	21	10
* Vergleichsverfahren	Anzahl	2	1	3	2	2	1	3	3	3
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl	2 391	1 848	1 860	1 955	1 908	1 752	1 429	1 668	1 762
* Wechselsumme	1 000 DM	3 653	3 286	3 739	3 532	3 538	4 166	2 671	3 645	4 040
Steuern										
* Gemeinschaftliche Steuern	1 000 DM	256 725	346 816	240 842	491 530	312 112	339 547	276 026	489 569	318 017
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	152 021	206 560	104 106	361 443	138 380	206 399	149 499	378 544	169 209
* Lohnsteuer	1 000 DM	59 322	96 178	83 142	93 646	115 155	112 555	134 427	139 385	148 863
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	58 006	66 982	10 370	171 792	20 320	19 017	4 674	171 776	12 594
* Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1 000 DM	5 223	7 437	7 287	963	911	72 025	7 043	1 852	1 485
* Körperschaftsteuer	1 000 DM	29 470	35 963	3 307	95 042	1 994	2 802	3 355	65 531	6 267
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	104 704	140 256	136 736	130 087	173 732	133 148	126 527	111 025	148 808
* Umsatzsteuer	1 000 DM	83 759	109 103	111 906	107 149	127 620	100 380	108 190	95 647	118 121
* Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	20 945	31 153	24 830	22 938	46 112	32 768	18 337	15 378	30 687
* Bundessteuern	1 000 DM	67 618	69 028	58 402	69 417	81 257	100 512	90 893	100 477	98 930
* Zölle	1 000 DM	24 568	10 176	4 043	9 705	13 160	14 366	7 031	5 473	9 735
* Verbrauchsteuern	1 000 DM	39 052	50 732	48 153	48 061	52 575	78 409	73 534	83 454	77 376
* Mineralölsteuer	1 000 DM	3 541	7 803	8 139	8 226	8 414	34 044	27 191	46 488	35 697
* Branntweinmonopol	1 000 DM	14 094	21 886	21 871	21 139	20 400	22 209	26 158	19 296	19 064
* Schaumweinsteuer	1 000 DM	5 136	7 888	7 623	6 415	8 179	6 672	6 436	6 413	8 218
* Landessteuern	1 000 DM	25 951	34 610	45 869	28 296	30 356	33 687	52 043	33 412	34 041
* Vermögensteuer	1 000 DM	5 486	7 760	19 937	1 811	2 084	2 401	25 164	4 284	2 439
* Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	13 282	17 854	15 598	17 550	18 831	21 008	17 349	19 318	20 864
* Biersteuer	1 000 DM	4 670	5 625	7 199	5 940	6 102	6 708	6 435	6 515	6 150
* Gemeindesteuern <sup>5)</sup>	1 000 DM	171 391	241 065	.	246 159	.	.	.	224 563	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	1 000 DM	117 256	174 627	.	174 571	.	.	.	142 566	.
* Lohnsummensteuer	1 000 DM	8 458	10 629	.	11 091	.	.	.	12 946	.
* Grundsteuer A	1 000 DM	9 696	9 685	.	11 052	.	.	.	12 050	.
* Grundsteuer B	1 000 DM	22 044	27 820	.	30 671	.	.	.	35 981	.
* Einnahmen des Bundes	1 000 DM	229 669	278 193	228 043	323 789	290 682	310 868	246 917	350 887	301 901
* Einnahmen des Landes	1 000 DM	120 625	172 261	117 070	265 454	133 043	215 085	179 340	267 275	215 512
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	92 733	134 264	67 669	234 938	89 947	93 989	65 012	167 491	73 303
* Anteil an den Steuern vom Umsatz <sup>7)</sup>	1 000 DM	-	-	-	-	-	64 246	59 841	61 171	82 666
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	-	-	-	-	-	23 163	2 444	5 201	25 502
* Einnahmen der Gemeinden (Gv.)	1 000 DM	171 391	241 065	.	246 159	.	.	.	231 068	.
* Gemeindeeinkommensteuer	1 000 DM	-	-	-	-	.	.	.	77 026	.

1) Ohne Landeszentralbank, Postsparkassen, Postscheckkämter sowie ländliche Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31.12.1967 unter 5 Mill. DM lag; einschl. aller im Bereich der Landeszentralbank gelegenen Niederlassungen auswärtiger Kreditinstitute und einschl. Bausparkassen. - Infolge Umgestaltung der Bankenstatistik sind die Zahlen ab 1969 mit früheren Angaben nicht voll vergleichbar. - 2) Laufzeit bis zu 1 Jahr (bis einschl. 1968 = 6 Monate). - 3) Laufzeit 1 bis 4 Jahre (bis einschl. 1968 = 6 Monate bis 4 Jahre). - 4) Ab 1969 einschl. Landeswohnungsbaufonds. - 5) Einschl. Steuern der Kreise; Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. - 6) Ohne aufgenommene Kredite. - 7) Einschl. Umsatzsteuerausgleich zwischen den Ländern.



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1965	1969				1970			
		Monatsdurchschnitt	August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober	
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste	DM	185	228	.	.	239	264	.	.	...
* Männliche Arbeiter	DM	201	249	.	.	260	289	.	.	...
Facharbeiter	DM	213	264	.	.	276	307	.	.	...
Angelernte Arbeiter	DM	199	244	.	.	255	281	.	.	...
Hilfsarbeiter	DM	169	207	.	.	216	243	.	.	...
* Weibliche Arbeiter	DM	123	152	.	.	157	171	.	.	...
Bruttostundenverdienste	DM	4,09	5,09	.	.	5,29	5,91	.	.	...
* Männliche Arbeiter	DM	4,37	5,42	.	.	5,64	6,32	.	.	...
Facharbeiter	DM	4,63	5,76	.	.	6,00	6,70	.	.	...
Angelernte Arbeiter	DM	4,29	5,31	.	.	5,52	6,17	.	.	...
Hilfsarbeiter	DM	3,73	4,52	.	.	4,69	5,28	.	.	...
* Weibliche Arbeiter	DM	2,96	3,67	.	.	3,80	4,20	.	.	...
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	44,9	44,7	.	.	45,1	44,7	.	.	...
* Männliche Arbeiter	Std.	45,9	45,7	.	.	46,1	45,7	.	.	...
* Weibliche Arbeiter	Std.	41,5	41,3	.	.	41,3	40,7	.	.	...
Geleistete Wochenarbeitszeit	Std.	41,2	41,1	.	.	43,2	38,6	.	.	...
* Männliche Arbeiter	Std.	42,2	42,1	.	.	44,0	39,7	.	.	...
* Weibliche Arbeiter	Std.	37,3	37,6	.	.	40,0	34,1	.	.	...
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte	DM	970	1 234	.	.	1 277	1 400	.	.	...
* Männliche Angestellte	DM	876	1 116	.	.	1 151	1 260	.	.	...
* Weibliche Angestellte	DM	1 057	1 358	.	.	1 400	1 522	.	.	...
Technische Angestellte	DM	674	849	.	.	881	975	.	.	...
* Männliche Angestellte	DM	1 140	1 434	.	.	1 488	1 630	.	.	...
* Weibliche Angestellte	DM	1 172	1 476	.	.	1 534	1 680	.	.	...
	DM	783	983	.	.	1 015	1 127	.	.	...
im Handel, Kredit- und Versicherungen										
Kaufmännische Angestellte	DM	651	839	.	.	858	954	.	.	...
* Männliche Angestellte	DM	646	835	.	.	854	949	.	.	...
* Weibliche Angestellte	DM	852	1 093	.	.	1 121	1 241	.	.	...
	DM	513	655	.	.	670	746	.	.	...
in Industrie und Handel zusammen										
Kaufmännische Angestellte	DM	817	1 048	.	.	1 080	1 193	.	.	...
* Männliche Angestellte	DM	742	952	.	.	978	1 081	.	.	...
* Weibliche Angestellte	DM	952	1 220	.	.	1 255	1 377	.	.	...
Technische Angestellte	DM	570	727	.	.	748	831	.	.	...
* Männliche Angestellte	DM	1 124	1 415	.	.	1 465	1 604	.	.	...
* Weibliche Angestellte	DM	1 156	1 459	.	.	1 515	1 659	.	.	...
	DM	769	959	.	.	984	1 091	.	.	...
Öffentliche Sozialleistungen										
Soziale Krankenversicherung 1)										
Mitglieder (einschl. freiwillige)	1 000	1 055	1 094	1 101 <sup>r</sup>	1 107	1 109	1 110	1 118	1 123	1 125
Pflichtmitglieder	1 000	671	656	661 <sup>r</sup>	666	668	667	673	677	679
Rentner	1 000	241	342	344 <sup>r</sup>	344	345	350	351	351	352
Krankenstand der Pflichtmitglieder	%	4,9	5,1	4,5 <sup>r</sup>	4,8	5,1	4,8	4,4	4,8	5,1
Männer	%	4,9	5,2	4,6 <sup>r</sup>	4,7	5,0	5,0	4,6	4,9	5,2
Frauen	%	4,8	5,1	4,4 <sup>r</sup>	4,8	5,1	4,4	4,1	4,6	5,0
Arbeiterrentenversicherung 2)										
Rentenempfänger	Anzahl	307 980	359 232	362 079	361 885	362 753	368 827	371 480	372 214	372 919
Ausgezahlte Renten	1 000 DM	58 446	92 565	94 061	93 542	93 208	102 889	104 799	105 417	105 403
Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenhilfe										
Hauptunterstützungsempfänger	Anzahl	7 169	8 575	3 391	3 624	3 369	3 731	3 732	3 566	3 781
Arbeitslosenversicherung	Anzahl	6 755	7 236	2 489	2 645	2 564	3 103	3 063	2 987	3 222
Ausgezahlte Unterstützungen	1 000 DM	2 507	3 684	1 253	1 296	1 375	1 515	1 811	1 419	2 362
Arbeitslosenversicherung	1 000 DM	2 400	3 314	1 008	1 069	1 127	1 408	1 635	1 291	2 115
Kriegsopferversorgung										
Rentenempfänger	1 000	176	164	164	164	164	164	160	160	160
Ausgezahlte Renten	1 000 DM	26 846	29 050	29 066	28 638	29 045	34 444	34 381	34 164	34 049

1) Ohne Ersatzkassen, Betriebskrankenkassen der Bundesbahn und Bundespost, Seekasse und Knappschaftskassen. - 2) Ohne Knappschaftsversicherung.



# Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1965	1969				1970			
		Monatsdurchschnitt	Juli	August	September	Juni	Juli	August	September	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	59 297	60 848 <sup>p</sup>	60 910	60 976	61 069	...	...	...	...
Eheschließungen 1)	Anzahl	41 011	37 215 <sup>p</sup>	43 549	55 667	32 832	44 116 <sup>r</sup>	48 434	46 314	35 774
Lebendgeborene 2)	Anzahl	87 027	75 288 <sup>p</sup>	78 177	71 986	73 517	77 127 <sup>r</sup>	70 908	65 412	63 057
Gestorbene 3)	Anzahl	56 469	61 030 <sup>p</sup>	59 074	54 711	56 453	64 718 <sup>r</sup>	56 421	56 539	54 392
Geburtenüberschuß	Anzahl	30 558	13 258 <sup>p</sup>	19 103	17 275	17 064	12 409 <sup>r</sup>	14 487	8 873	8 665
Arbeitslose	1 000	147	179	108	104	100	95	99	99	97 <sup>p</sup>
Männer	1 000	106	125	67	63	58	50	52	52	49 <sup>p</sup>
Landwirtschaft										
Schweinebestand	1 000	17 723	19 323	.	.	20 272	17 732	.	.	21 597
Gesamtschlachtgewicht aus gewerblichen Schlachtungen 4)	1 000 t	234	280	262	262	315	287	286	283	299
Milcherzeugung	1 000 t	1 765	1 846	2 055	1 879	1 687	2 088	2 027	1 880	1 634
Industrie und Energiewirtschaft										
Industrie 5)										
Beschäftigte (einschl. tätiger Inh.)	1 000	8 460	8 308	8 314	8 364	8 429	8 573	8 621	8 649	8 685
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	1 055	996	990	930	1 031	1 024	1 025	940	1 043
Umsatz (ohne Mehrwertsteuer) 6)	Mill. DM	31 218	39 211	39 817	36 368	43 210	45 191	45 074	40 009	47 893
Auslandumsatz	Mill. DM	4 903	7 747	8 059	6 799	8 360	8 848	8 575	7 271	9 144
Index der industriellen Produktion 7)										
Gesamtindustrie	1962 = 100	118	148	137	136	151	160	146	142	157
ohne Bauhauptgewerbe	1962 = 100	118	149	136	136	151	160	145	141	157
ohne Bauhauptgewerbe und Energiewirtschaft	1962 = 100	118	148	136	135	151	160	145	141	156
Energiewirtschaft	1962 = 100	126	175	147	150	163	165	161	160	173
Bergbau	1962 = 100	100	97	90	90	93	95	93	92	95
Verarbeitende Industrie	1962 = 100	119	152	139	138	155	164	148	144	160
Grundstoffe und Produktionsgüter	1962 = 100	125	170	167	168	176	185	179	176	180
Investitionsgüter	1962 = 100	118	147	128	123	149	167	141	131	158
Verbrauchsgüter	1962 = 100	116	144	124	129	148	144	128	127	150
Nahrungs- und Genußmittel	1962 = 100	115	134	128	130	133	139	129	133	137
Bauhauptgewerbe	1962 = 100	119	128	142	144	149	162	151	152	158
Steinkohlenförderung (brutto)	1 000 t	11 256	9 302	9 514	8 621	9 121	9 114	9 748	8 476	9 325 <sup>p</sup>
Braunkohlenförderung (brutto)	1 000 t	8 492	8 952	8 832	8 781	8 860	8 737	9 351	8 938	8 715
Produktion von										
Roheisen	1 000 t	2 249	2 814	2 944	2 964	2 841	2 867	3 007	2 948	2 739
Stahlrohblöcken	1 000 t	3 014	3 714	3 847	3 800	3 730	3 849	3 994	3 872	3 559
Walzstahlfertigerzeugnissen	1 000 t	2 070	2 687	2 825	2 698	2 803	2 828	2 910	2 673	2 683
Elektrizitätserzeugung (brutto)	Mill. kWh	13 003	18 837	17 020	16 887	18 133	17 731	18 030	17 388	...
Gaserzeugung (brutto)	Mill. Nm <sup>3</sup>	4 980	6 147	5 817	5 878	5 809	6 239	6 565	6 471	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte (einschl. tätiger Inh.)	1 000	1 643	1 505	1 558	1 558	1 551	1 564	1 581	1 583	1 582
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	233	203	249	227	247	248	251	229	250
Umsatz (ohne Mehrwertsteuer) 6)	Mill. DM	3 698	3 563	3 693	3 663	4 331	4 313	4 767	4 645	5 330
Baugenehmigungen										
Wohnungen	Anzahl	51 898	46 653	54 384	49 654	50 716	54 689	62 434	58 701	...
Handel										
Einzelhandel										
Umsatz	1962 = 100	124	152	153	140	147	...	...	...	...
Großhandel										
Umsatz	1962 = 100	122	145	151	146	159	165	161	154 <sup>r</sup>	168
Gastgewerbe										
Umsatz	1962 = 100	116	129	145	150	140	...	...	...	...
Außenhandel (Spezialhandel)										
Einfuhr	Mill. DM	5 871	8 167	8 585	7 468	8 509	9 569	9 294	8 067	9 202
Ausfuhr	Mill. DM	5 971	9 463	10 244	8 475	9 834	10 705	11 292	9 016	10 561
Ein- (-) bzw. Ausfuhrüberschuß	Mill. DM	100	1 296	1 659	1 007	1 325	1 136	1 998	950	1 359

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien und Geflügel. - 5) Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke. - 6) 1965 einschl. Umsatzsteuer. - 7) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt.



# Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1965	1969				1970			
		Monatsdurchschnitt	Juli	August	September	Juni	Juli	August	September	
<b>Verkehr</b>										
Im Güterverkehr beförderte Güter (kalendertäglich)										
Eisenbahn	1962 = 100	103	118	120	114	126	127	...	...	...
Binnenschifffahrt	1962 = 100	113	136	158	145	142	163	158	154	...
Seeschifffahrt: Güterumschlag	1962 = 100	122	146	143	148	144	165	170	...	...
Im Personenverkehr beförderte Personen (kalendertäglich)										
Eisenbahn	1962 = 100	93	85	82	78	92	85	...	...	...
Stadtschnellbahnen, Straßenbahnen, Obusse, Kraftomnibusse	1962 = 100	95	89	81	75	93	94	86	75	...
<b>Geld und Kredit</b>										
(Stand am Monatsende)										
Bargeldumlauf <sup>1)</sup>	Mill. DM	29 652	34 689	34 097	34 103	33 866	34 988	36 549	35 990	35 597 <sup>P</sup>
Kredite und Einlagen <sup>2)</sup>										
Kredite an Nichtbanken <sup>3)</sup>										
Kurzfristige Kredite	Mill. DM	316 728	491 247	453 870	459 927	464 449	513 959	517 216	520 210	523 967 <sup>P</sup>
Mittel- und langfristige Kredite	Mill. DM	71 093	108 203	95 556	96 602	98 431	115 146	114 279	113 883	114 790 <sup>P</sup>
Durchlaufende Kredite	Mill. DM	245 635	383 044	358 314	363 325	366 018	398 813	402 937	406 327	409 177 <sup>P</sup>
Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	Mill. DM	26 007	34 099	33 404	33 559	33 594	34 868	35 080	35 358	35 378 <sup>P</sup>
Sicht- und Termingelder	Mill. DM	258 110	405 917	381 117	385 215	389 586	414 756	417 890	421 221	419 962 <sup>P</sup>
Spareinlagen	Mill. DM	123 539	181 369	168 347	170 680	174 161	184 043	186 983	188 765	188 898 <sup>P</sup>
Index der Aktienkurse	31.12.65=100	109,0	144,4	138,8	144,0	146,0	124,3	123,5	129,9	126,3
<b>Steuern</b>										
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	3 421	4 721	3 236	2 995	8 263	8 353	3 860	3 965	8 682
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	2 018	3 063	3 064	3 261	3 064	2 996	3 061	3 223	2 943
Bundessteuern	Mill. DM	1 630	2 171	2 136	2 060	2 311	2 447	2 260	2 338	2 426
Landessteuern	Mill. DM	546	720	580	1 020	542	595	676	1 132	636
<b>Preise</b>										
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte <sup>4)</sup>	1961/63=100	107,2	102,6	106,3	105,9	106,4	103,4	105,4 <sup>P</sup>	101,0 <sup>P</sup>	98,5 <sup>P</sup>
Index der Einkaufspreise landw. Betriebsmittel <sup>4) 5)</sup>	1962/63=100	104,4	102,4	103,2	103,3	103,6	108,9	108,8	109,3 <sup>x</sup>	109,1
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte <sup>4)</sup>	1962 = 100	104,0	101,5	101,1	101,5	102,1	107,4	107,6	107,8	108,0
Preisindex für Wohngebäude <sup>6)</sup>	1962 = 100	114,6	127,2	.	128,0	.	.	.	149,6	.
Preisindex für den Straßenbau <sup>7)</sup>	1962 = 100	97,5	100,5	.	101,5	.	.	.	117,6	.
Preisindex für die Lebenshaltung <sup>8)</sup>	1938 = 100	215,8	236,3	236,6	236,6	236,8	245,7	245,7	245,5	245,1
Preisindex für die Lebenshaltung <sup>8)</sup>	1958 = 100	117,5	128,7	128,9	128,9	129,0	133,9	133,9	133,8	133,5
Preisindex für die Lebenshaltung <sup>8)</sup>	1962 = 100	109,0	119,3	119,5	119,5	119,6	124,1	124,1	124,0	123,8
Preisindex für die Lebenshaltung <sup>9)</sup>	1962 = 100	108,7	119,5	119,5	119,2	119,5	124,2	124,2	124,1	124,1
Nahrungs- und Genußmittel	1962 = 100	108,8	114,1	114,8	114,0	114,2	118,5	118,3	117,4	116,6
Kleidung und Schuhe	1962 = 100	105,8	111,3	111,1	111,1	111,5	115,3	115,6	115,9	116,7
Wohnungsmiete	1962 = 100	117,8	156,6	157,1	157,5	157,8	162,9	163,5	163,9	164,7
Elektrizität, Gas und Brennstoffe	1962 = 100	107,1	118,7	115,6	116,1	117,4	125,7	126,5	127,8	129,3
Übriges für die Haushaltsführung	1962 = 100	104,8	109,1	108,2	107,5	108,0	114,0	113,1	113,4	113,9
Waren und Dienstleistungen für Verkehr u. Nachrichtenübermittlg.	1962 = 100	105,2	115,3	115,4	115,3	115,0	117,6	117,9	118,3	118,7
Körper- und Gesundheitspflege	1962 = 100	112,3	133,3	133,0	133,5	133,9	140,7	141,2	141,6	142,0
Bildung und Unterhaltung	1962 = 100	110,2	123,1	123,0	123,2	123,7	129,1	129,3	129,5	129,8
Persönliche Ausstattung, sonstiges	1962 = 100	106,0	116,4	115,7	117,5	117,6	121,0	121,2	121,3	121,4
<b>Löhne</b>										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
Männliche Arbeiter	1962 = 100	126,8	157,2	158,5	.	.	.	183,4	.	.
Weibliche Arbeiter	1962 = 100	127,3	161,7	163,5	.	.	.	183,2	.	.
Bruttostundenverdienste										
Männliche Arbeiter	1962 = 100	127,8	159,3	159,6	.	.	.	185,5	.	.
Weibliche Arbeiter	1962 = 100	128,2	163,5	165,1	.	.	.	187,7	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
Männliche Arbeiter	1962 = 100	99,4	98,6	99,3	.	.	.	98,9	.	.
Weibliche Arbeiter	1962 = 100	99,2	98,7	98,8	.	.	.	97,3	.	.

1) Ohne Bestand der Kreditinstitute. - 2) Ohne Zentralbanksystem. Infolge Umgestaltung der Bankenstatistik sind die Zahlen ab 1969 mit früheren Angaben nicht voll vergleichbar. - 3) Einschl. Wertpapiere, Ausgleichs- und Deckungsforderungen. - 4) Nettopreisindizes (ohne Mehrwertsteuer). - 5) Monatsdurchschnitte für das Wirtschaftsjahr (Juli - Juni). - 6) Bauleistungen am Gebäude ohne Baunebenleistungen. - 7) Bundesfernstraßen (vierbahnig). - 8) 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen. - 9) Alle privaten Haushalte.



# *Inhalt dieses Jahrgangs*

## **Themen der bisherigen Hefte**

### **Heft 1/Januar**

Ernte 1969  
Landwirtschaftliche Betriebsgrößen 1969  
Bevölkerungsbewegung 1968  
Sozialhilfeempfänger 1968  
Tuberkulose 1968

### **Heft 2/Februar**

Bauwirtschaft in den neuen Kreisen  
Landwirtschaft in den neuen Kreisen  
Wein, Obst und Gemüse 1969  
Nutztviehhaltung 1969  
Meldepflichtige Krankheiten 1969

### **Heft 3/März**

Öffentlich Bedienstete 1969  
Löhne, Gehälter und Arbeitszeiten 1969  
Investitionen 1968  
Bauwirtschaft 1968  
Binnenschifffahrt 1965 bis 1969

### **Heft 4/April**

Steuereinnahmen 1969  
Industrie 1969  
Leistungskraft der neuen Kreise  
Erwerbstätigkeit 1969  
Ausfuhr 1969

### **Heft 5/Mai**

Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung 1970  
Sozialprodukt 1969  
Gebäude und Wohnungen 1968  
Handwerk in den neuen Kreisen 1962 bis 1969  
Gastgewerbe und Fremdenverkehr 1969  
Milch, Fleisch und Eier 1969

### **Heft 6/Juni**

Einkommensverhältnisse der privaten Haushalte 1969  
Sozialhilfe 1969  
Öffentlich Bedienstete 1969  
Gebäude, Wohnungen und Wohnparteien 1968  
Personenverkehr 1969  
Straßenverkehrsunfälle 1969

### **Heft 7/Juli**

Volksschulen 1969/70  
Kriegsopferfürsorge 1969  
Einzelhandel 1969  
Schlacht tier- und Fleischbeschau 1969  
Milchkuhhaltung 1969

### **Heft 8/August**

Ernteaussichten 1970  
Schweinehaltung 1969  
Hochbautätigkeit 1969  
Sozialer Wohnungsbau 1969  
Tiefbauaufträge 1969  
Öffentliche Jugendhilfe 1969



### Heft 9/September

Handel und Gastgewerbe 1968  
Industrie Rheinland-Pfalz/Bund  
Baulandmarkt 1969  
Sozialhilfeempfänger 1969  
Zuchtsauenhaltung 1969

### Heft 10/Oktober

Industrie in den neuen Kreisen  
Wohngeldgewährung 1969  
Wanderungen 1969  
Bevölkerungsbewegung 1969  
Legehennenhaltung 1969

### Heft 11/November

Erbschaftsbesteuerung 1967–1969  
Bauhauptgewerbe in den neuen Kreisen  
Bodennutzung 1970  
Straßenverkehrsunfälle 1969 – Ursachen und Orte

### **Themen der folgenden Hefte**

Sterbefälle und Todesursachen 1969  
Erwerbstätigkeit 1970  
Größenstruktur landwirtschaftlicher Betriebe 1970  
Ernte 1970  
Betriebsverhältnisse im Handel  
Ausstattung von Wohnungen 1968  
Sonstige Leistungen der Kriegsopferfürsorge 1969



## AUSZUG AUS DEN

### VERÖFFENTLICHUNGEN DES STATISTISCHEN LANDESAMTES RHEINLAND-PFALZ

#### Zusammenfassende Veröffentlichungen

Rheinland - Pfalz im Spiegel der Statistik

Statistisches Jahrbuch für Rheinland - Pfalz 1958, 1960, 1962, 1964, 1966, 1968, 1970

Statistische Monatshefte Rheinland - Pfalz Jg. 11 ff., 1958 ff.

Gemeindestatistik 1946, 1950, 1958, 1960/61

#### Bevölkerung und Erwerbstätigkeit

##### Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 1, 3, 12, 17, 114	Volkszählung 1946, 1950, 1961
" 34	Bevölkerung der Gemeinden 1815 - 1950
" 81, 91, 97, 136, 170, 193	Bevölkerungsentwicklung 1951 - '58, '59, '60, '61, '62, 1963 - '65, 1966 - '67
" 9	Natürliche Bevölkerungsbewegung 1946 - 1950
" 117	Haushalte und Familien 1961
" 28, 113	Pendelwanderung 1950, 1961
" 2, 13, 18, 115, 116	Berufszählung 1946, 1950, 1961

Statistische Berichte: 10 Reihen

#### Unterricht und Bildung, Rechtspflege

##### Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 1*, 5*, 8, 17*, 26*,	Allgemeinbildende Schulen 1947/48, 1949/50, 1950/51, 1951/52,
" 30*, 32*, 34*, 57, 99, 143	1952/53, 1953/54, 1954/55, 1955/56, 1957/58, 1961/62, 1964/65
" 6*, 23*, 29*, 31*, 40, 99,	Berufsbildende Schulen 1949/50, 1951/52, 1952/53, 1953/54, 1954/55,
" 143	1956/57, 1961/62, 1964/65

Statistische Berichte: 5 Reihen

#### Wahlen

##### Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 4, 29, 53, 94, 152, 203	Bundestagswahl 1949, 1953, 1957, 1961, 1965, 1969
" .., 11, 38, 69, 130, 171	Landtagswahl 1947, 1951, 1955, 1959, 1963, 1967
" .., 24, 46, 87, 142, 195	Kommunalwahlen 1948, 1952, 1956, 1960, 1964, 1969
" 39	Wahlen zum Landtag und Bundestag 1947 - 1955

Statistische Berichte: 4 Reihen (Mitteilungen des Landeswahlleiters)

#### Landwirtschaft

##### Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 16, 26	Landwirtschaftliche Betriebszählung 1949 und Schleppererhebung 1950
" 119, 120, 121, 141	Betriebsverhältnisse in der Land- und Forstwirtschaft im Jahre 1960
" 28*, 122	Gartenbauerhebung 1950, 1961
" 27	Struktur der Landwirtschaft 1949 - 1952
" 78	Produktions- und Absatzverhältnisse des Weinbaus 1957
" 33*, 44*, 162	Arbeitskräfte der Landwirtschaft 1953 und 1954, 1956, 1964/65
" 36, 42, 37*, 43*, 58, 70, 82, 92,	Bodennutzung und Ernte 1949 - 1953, 1954, 1955, 1956, 1957, 1958,
" 100, 129, 138, 148, 156, 169, 182, 192, 205	1959, 1960, 1961, 1962, 1963, 1964, 1965, 1966, 1967, 1968, 1969
" 75	Wein- und Gartenbau 1958
" 60	Gemüseanbau und Gemüseernte 1950 - 1957
" 18*,	Obstbaumzählung 1951
" 61, 165	Obstanbau und Obsternte 1950 - 1957, 1965
" 55, 167	Weinbau 1950 - 1957, 1964
" 45, 54, 64, 74, 83, 93, 104, 133,	Viehwirtschaft 1949 - 1955, 1956, 1957, 1958, 1959, 1960, 1961, 1962,
" 140, 149, 159, 168, 185, 196, 206	1963, 1964, 1965, 1966, 1967, 1968, 1969

Statistische Berichte: 23 Reihen

#### Industrie und Handwerk, Handel, Verkehr

##### Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 5	Industrie 1936, 1944, 1946 und 1947
" 89, 103, 132, 139, 150, 160, 175, 184, 197	Industrie 1950 - 1960, 1961, 1962, 1963, 1964, 1965, 1966, 1967, 1968
" 6	Index der industriellen Produktion 1948 - 1950

\*) Hefte der Kleinen Schriftenreihe des Statistischen Landesamtes Rheinland - Pfalz, die im Rahmen der Reihe Statistik von Rheinland - Pfalz aufgeführt wurden.



## noch: Industrie und Handwerk, Handel, Verkehr

Band 15, 20, 123	Arbeitsstättenzählung 1950, 1961
" 7, 62, 164	Handwerkszählung 1949, 1956, 1963
" 124	Großhandel, Handelsvermittlung und Einzelhandel 1960
" 125	Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe 1960
" 126	Gewerblicher und Werkverkehr der gewerblichen Wirtschaft 1962
" 44, 181	Verkehrsstruktur 1950 - 1955, 1956 - 1965
" 77	Gemeindestraßen 1956
" 128, 173	Straßennetz am 1. Januar 1961, 1966
" 155	Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung 1963
" 190, 198	Straßenverkehrsunfälle 1967, 1968

Statistische Berichte: 15 Reihen

## Bau- und Wohnungswesen

### Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 14, 19, 56, 118	Wohnungszählung 1950, 1956, 1961
" 35, 51, 67, 76, 85, 98, 107	Bautätigkeit 1950 - 1952, 1953 - 1955, 1956 - 1957, 1958, 1959, 1960.
" 134, 144, 151, 161, 176, 187, 201	1961, 1962, 1963, 1964, 1965, 1966, 1967, 1968
" 158, 174, 183, 194, 200	Bauhauptgewerbe 1950 - 1965, 1966, 1967, 1968, 1969

Statistische Berichte: 6 Reihen

## Geld und Kredit

Statistische Berichte: 2 Reihen

## Öffentliche Sozialleistungen

### Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 23, 43	Öffentliche Fürsorge 1949 - 1950, 1951 - 1954
" 71, 84, 90, 96, 106, 127,	Öffentliche Fürsorge und Jugendhilfe 1955 - 1957, 1958, 1959, 1960, 1961,
" 145, 153, 166, 180, 189, 199	1962, 1963, 1964, 1965, 1966, 1967, 1968

## Öffentliche Finanzen

Taschenbuch der Finanz- und Steuerstatistik für Rheinland - Pfalz Jg. 1 ff., 1953 ff.

### Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 10	Steuerkraft der Finanzamtsbezirke 1936, 1947 - 1950
" 80	Steuerkraft der kreisfreien Städte und Landkreise 1958
" 102	Öffentliche Finanzen 1951 - 1960
" 25	Finanzen der Gemeinden und Gemeindeverbände 1948 (DM - Abschnitt), 1949 und 1950
" 59	Umlagen der Landkreise, der Ämter und des Bezirksverbandes 1953 - 1957
" 86	Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuerstatistik 1957
" 30, 66, 135, 179	Lohnsteuerstatistik 1950, 1955, 1961, 1965
" 31, 49, 146, 188	Einkommen- und Körperschaftsteuerstatistik 1950, 1954, 1961, 1965
" 68, 79, 131, 154, 186	Vermögensteuer- und Einheitswertstatistik 1953, 1957, 1960, 1963, 1966
" 32, 41, 48, 50, 65, 72,	Umsatzsteuerstatistik 1950, 1954, 1955, 1956, 1957, 1958, 1959, 1960,
" 88, 95, 105, 137, 157, 178, 202	1961, 1962, 1964, 1966, 1968
" 101	Gewerbsteuer 1958

Statistische Berichte: 4 Reihen

## Preise, Löhne und Gehälter

### Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 21*	Lohnstrukturerhebungen in der Landwirtschaft, im Weinbau und in der Forstwirtschaft 1949/50
" 33, 147, 207	Gehalts- und Lohnstrukturerhebungen 1951/53, 1962, 1966
" 73	Gehalts- und Lohnstrukturerhebung in Industrie und Handel 1957

Statistische Berichte: 7 Reihen

## Sozialprodukt, Wirtschaftsrechnungen

Band 45*, 177	Sozialprodukt 1950 - 1955, 1950 - 1966,
" 47	Einkommen und Verbrauch von privaten Haushaltungen 1950 - 1955

## Verzeichnisse

Amtliches Gemeindeverzeichnis für Rheinland - Pfalz 1950, 1955, 1957, 1962, 1967

Behördenverzeichnis für Rheinland - Pfalz 1952, 1957

Anstalten und Heime in Rheinland - Pfalz 1950, 1951, 1952, 1960, 1963, 1966, 1969

Messen und Märkte in Rheinland - Pfalz 1949 ff.